

# politicum

Josef Krainer Haus  
Schriften

Österreich:  
Die 2. Republik im Wandel

# 13

**MITARBEITER DIESER NUMMER**

Dr. Alfred ABLEITINGER  
Univ.-Prof. am Institut für Geschichte  
und Neuzeit an der Universität Graz

Dr. Alois ADLER  
Landesbibliothek Graz

Peter BERMANN  
Student; Initiator des „Trofaiacher  
Kreises“

Dr. Rudolf BRETSCHNEIDER  
Meinungsforscher

Dr. Felix BUTSCHK  
Univ.-Doz., Österreichisches Institut für  
Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. Ernst GLASER  
Publizist

Hofrat Prof. Franz GÖBHARDT  
Pädagoge

Wolfgang HAUPT  
Chefredakteur der APA, Graz

Günther KOGLER  
Redakteur der „Kleinen Zeitung“, Graz

Dr. Jörg MAUTHE  
Stadtrat; Schriftsteller, Regisseur; Wien

Dr. Gottfried MOIK  
Leiter der Diözesankommission für  
Weltkirche und Entwicklung

Karl PISA  
Staatssekretär a. D., Chefredakteur des  
Wirtschaftsverlages, Wien

Mag. Wolfgang PUMPERNIG  
Referat für Entwicklungshilfe des Landes  
Steiermark

Prof. Dr. Viktor REIMANN  
„Kronen-Zeitung“, Wien; Publizist

Hermann SCHUCH  
Student, Landwirt

Min.-Rat Dr. Kurt SKALNIK  
Sektionschef;  
Leiter der Presse- und Informations-  
abteilung der Präsidentschaftskanzlei

Dr. Gerfried SPERL  
Chefredakteur der „Südost-Tagespost“,  
Graz

Leopold SPIRA  
Publizist; Wien

Dr. Erika WEINZIERL  
Univ.-Professor am Institut für  
Zeitgeschichte an der Universität Wien

Dipl.-Ing. Dr. Heimo WIDTMANN  
Univ.-Doz., Architekt

**INHALT:**

Editorial

Kurt Skalik  
Die innenpolitische Entwicklung  
der 2. Republik

Felix Butschek  
Die österreichische Wirtschaft  
nach dem 2. Weltkrieg (1945—1955)

Erika Weinzierl  
Meilensteine auf dem Weg zur  
österreichischen Nation

Karl PISA  
Entwicklung der ÖVP seit der  
Ära Raab

Ernst Glaser  
Über den „Wandel“ der SPÖ  
in der 2. Republik

Viktor Reimann  
Die FPÖ — Von den  
Anfängen zur Ära Kreisky

Leopold Spira  
Geschichte und Entwicklung der  
KPÖ 1958/60 bis 1970

Gerfried Sperl  
1968 in Österreich und die  
„68er“ in Österreich seither

Rudolf Bretschneider.  
Der Wertwandel in der Ära Kreisky

Jörg Mauthe  
Österreichische Übergänge

Franz Göbhardt  
Die Erste und die Zweite Republik —  
Ein Vergleich

Hermann Schuch  
Von der Konsensdemokratie zum  
Parteienabsolutismus

Heimo Widtmann  
Freie Wahlen — das ist wie  
Weihnachten

Wolfgang Pumpernig/Gottfried Moik  
Dritte Welt und Österreich:  
Ein Überblick

Günther Kogler  
Die 2. Republik in Sprüchen

Ex Libris

politicum

13

Dezember 1982 / 3. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:  
Heft 8 „Kunst und Politik“  
Heft 9 „Familie und Politik“  
Heft 10 „Sport und Politik“  
Heft 11 „Partei in der Gesellschaft“  
Heft 12 „Hat die österreichische Wirtschaft  
eine Zukunft?“

In Arbeit sind:

Heft 14 „Lernen“  
Heft 15 „Architektur“  
Heft 16 „Regionalpolitik“  
Heft 17 „Die Steiermark und ihre Nachbarn“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus.  
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark.  
Medieninhaber: ÖVP Steiermark  
Ständige Redaktion: Herwig Hösele, Ludwig  
Kapfer, Dr. Manfred Prisching  
Redaktion dieser Nummer:  
Peter Bermann  
Grafische Gestaltung und Illustrationen:  
Georg Schmid  
Hersteller:  
Fotosatz & Offsetdruck Klampfer OHG., Weiz  
Für den Vertrieb verantwortlich:  
Ing. Karl Robausch und Helmut Wolf  
Bestellungen an Josef-Krainer-Haus,  
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

**Mitglieder des Wissenschaft-  
lichen Beirates**

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,  
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,  
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER,  
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,  
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,  
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,  
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,  
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,  
Univ.-Prof. Dr. Gerald SCHÖPPER,  
Univ.-Prof. Dr. Wilfried SKREINER,  
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER.

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:  
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste  
jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien,  
wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.



# EDITORIAL

**S**ieben schöne Hefte lang mußten politicum-Leser warten, eine arge Geduldsprobe: Jetzt, endlich erscheint nach politicum 5 mit politicum 13 wieder eines, das Geschichte zum Thema hat. Österreichische Republikgeschichte.

I

politicum 5 fragte: „Hat Österreich seine Vergangenheit bewältigt?“ Dieselbe Frage an die Zweite Republik Österreich zu stellen, wäre offensichtlich absurd. An ihre Geschichte ist nichts zu „bewältigen“. Politische Gewalt, wie sie der Bürger gemeinhin versteht, nämlich Gewalttätigkeit, gab es in der Zweiten Republik nicht; (Gerhard Botz wird dazu nichts zu schreiben haben.) Gewalt, bei deren Erinnerung eine Gesellschaft sich selbst schämt, sich über sich selbst schreckt, deren Wirkungen und deren Andenken sie „bewältigen“ will, statt sie zu verdrängen: solche Gewalt kennt die Zweite Republik nicht. Sie war und sie ist friedfertig, bis hin zur Fäulnis, die keine Emotionen mehr erweckt.

War die Erste Republik konfliktreich, dramatisch, zeitweise mörderisch, war ihr Schicksal schließlich letal, so stellte sich die Zweite Republik den Österreichern lange Zeit als ein gemeinsam beständenes „zweites Heldenzeitalter“ dar (H. v. Doderer). In ihm brachten sie es von der Befreiung 1945 zur Freiheit 1955, von Schutz und Trümmern über den Wiederaufbau zur „Insel der Seligen“. Zuerst, ja eine lange gute Zeit hindurch, gab das viele Erfolgserlebnisse, viel Grund zu Stolz (wie die Älteren sagten). Mit den Jahren wurde daraus ein gelenkiges Sich-selber-und-einander-auf-die-Schulter-klopfen. Bis Papst Paul VI. die Formel von der „Insel der Seligen“ erfand — wenn er es war, der sie erfand — und das österreichische Fleisch zum Wort werden ließ.

Es ist kein Wunder, daß es in diesem Klima wohliger Sathheit wenig Neigung gab, sich mit der Geschichte des eigenen Wachstums zu Fülle und Rundung hin zu befassen. Und in der Tat hatten ja viele Österreicher bis tief in die 60er und 70er Jahre hinein — materiell „unterernährt“, wie sie nach wie vor waren — reichlich damit zu tun, an diesem „Dickenwachstum“ teilnehmen zu können. Nach einigen wichtigen Memoirenwerken (z. B. von Karl Gruber, Adolf Schärff, Oskar Helmer) wurde es still. Bis Erika Weinzierl und Kurt Skalnik 1972 das stattliche zwei-bändige Sammelwerk „Die Zweite Republik“ erscheinen ließen. Sie und einer ihrer Mitautoren, Felix Butschek, sind deshalb nicht zu fälliger Mitarbeiter dieses politicum 13.

Vier zentrale Themen für die Existenz

der Zweiten Republik behandelten diese drei Autoren dort mit eigener Feder:

1. Den österreichischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Weinzierl), der als österreichischer Widerstand nach außen und nach innen den Anspruch der Österreicher auf einen eigenen Staat manifestierte — nach den Erfahrungen von 1918 bis 1938 eben gar keine Selbstverständlichkeit.
2. Die österreichischen Parteien (Skalnik), die nach 1945 fähig waren, sich selbst jeweils als Partei unter Parteien, als Teile zu sehen, die erst zusammen und miteinander das Ganze ausmachen — ganz anders als 1918 und 1938, als sich jedes der drei politischen Lager als Garant des „wahren“ Österreich empfand. Die Christlichsozialen verstanden sich damals als Garanten des Katholischen, die Deutschnationalen als die des deutschen Wesens Österreichs, die Sozialdemokraten verstanden sich als Avantgarde des allein zukunftsfähigen, nämlich sozialistischen Österreich, in einer international sozialistischen Umwelt.

Über die Entwicklung der politischen Parteien in der 2. Republik schreiben Pisa, Glaser, Reimann und Spira.

3. Die katholische Kirche (Weinzierl), die mit ihrer 1952 vollendeten Wendung zur „freien Kirche im freien Staat“ den österreichischen Katholiken die Orientierung auf ein pluralistisches neues Österreich erleichterte.

4. Die Struktur- und Integrationsprobleme der österreichischen Wirtschaft (Butschek), die in hohem Maße gelöst wurden und gelöst werden mußten, wenn dieses neue Österreich von seiner Bevölkerung akzeptiert werden sollte. Es mußte die ökonomische Lebensfähigkeit beweisen, die es sich 1918 bis 1938 selbst abgesprochen hatte, es mußte, wie Anton Burghardt später schrieb, seiner Bevölkerung vor Augen führen, daß es sich buchstäblich „auszahlte“, Österreicher zu sein.

Im übrigen: Weinzierl und Skalnik widmeten ihr Werk dem Andenken Adolf Schärffs und Leopold Figls. Sie drückten damit — wie mit dem ganzen Tenor der beiden Bände — das Konsensklima der Zweiten Republik aus, die Gewinnung, die die große Koalition getragen hatte, die innere und äußere Friedfertigkeit des öffentlichen Lebens dieser Zweiten Republik.

II.

Dabei konnte es nicht bleiben, durfte es nicht bleiben: So seelig mit sich und ihrer jüngsten Geschichte sei es wortlos seelig, sei es zweibändig — wortreich seelig, wollten manche Österreicher nicht sein.

Das zweite Vatikanische Konzil, das den Katholiken ein neues Bild von ih-

rer Aufgabe in der Welt vermittelte; der Vietnamkrieg, der im Westen das positive Bild von sich selbst radikal in Frage stellte; die Neue Linke und die Kritische Theorie, die Manipulation und repressive Toleranz nannten, was bisher für Demokratie gegolten hatte: das alles schlug auch auf Österreich durch. Mit der allgemein vorgebrachten Kritik an der gewohnten Demokratie als bloßer Formaldemokratie und der damit zwangsläufig aufgeworfenen Frage nach der wahren Demokratie — sie wurde zumindest als „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ definiert — schienen auch in Österreich die Gemeinsamkeiten des Nachkriegskonsens fragwürdig zu werden. Vielleicht sogar schädlich.

Auch Österreich hatte seine „68er“. Gerfried Sperl schreibt in diesem Heft darüber.

Parallel zur Demokratiekritik wurde damals nach einem neuen Bild von der Geschichte der Zweiten Republik gerufen. Ausdrücklich zum Beispiel in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaften, wo in manchen Beiträgen Klage über die einseitige „Westorientierung“ Österreichs nach 1945 — manifestiert in der Teilnahme am Marshallplan — geführt wurde. Sie habe nämlich Österreichs Weg zum Sozialismus verhindert. Implizit gaben die ersten „Roten Markierungen“ ein neues, nämlich düsteres Bild der Zweiten Republik. Ihre Geschichte erschien geprägt durch mausgraue Kleinkariertheit, durch vertane bzw. unzureichend genutzte Chancen und für dies alles war die großkoalitionäre Gesinnung verantwortlich. „Mehr“ von der wahren, vollen, totalen Demokratie sollte nun „gewagt“ werden, und dazu war notwendig, auch den politischen Gegner, der dem im Wege stand gehörig zu kennzeichnen: z. B. mittels Exhumierung des 34er Jahres, das geeignet schien, den wirklichen Charakter des Gegners ohne Sublimierungen zu offenbaren. Was an Wunden aus den 30er Jahren vernarbt war in den Jahrzehnten der Zweiten Republik, was im Blick auf die 30er Jahre mitunter sogar als gemeinsames (= beiderseitiges) Versagen verstanden worden war (z. B. in Norbert Lesers Buch über den Austromarxismus), das galt nun nicht mehr als positiv, sondern als Ausdruck von Konfliktscheu, die dem Neuen, die der Herrlichkeit der Zukunft im Wege stehe.

Es schien, als ob nicht bloß die Geschichte der Ersten Republik umgeschrieben werden müsse, das gemeinsame Schuldgefühl an der Ersten Republik zugunsten eindeutiger und einseitiger

Schuldzuweisung ersetzt werden müsse. Das Bild von der Zweiten Republik, der Wert ihres 30-jährigen Erbes selbst schien fragwürdig geworden. Das Wort von der Dritten Republik Österreich, die eben beginne, kam auf.

### III.

Aber, wenn ich es richtig sehe, es schien nur so. Aus dieser Kritik und aus dem Echo auf sie resultierte nicht wirklich der Übergang von der Zweiten in die Dritte Republik. Die linke, sich selbst links nennende Kritik von 1970 konnte das Krisenbewußtsein nicht erzeugen, das ihr so notwendig erschien, und damit nicht die erwünschte Konfliktbereitschaft als Voraussetzung gravierender Änderung. Sie blieb in Österreich eine marginale Erscheinung. Wohl aber fand im Lande seit 1970 eine teilweise Verwandlung statt. Verwandlung nicht durch Überwältigung des Vorangegangenen, sondern durch Integration von manchem Neuem. Auch darüber schreiben Gerfried Sperl und Rudolf Bretschneider in diesem Heft.

Erst die Krise des Wachstums und parallel dazu die ökologische Krise scheinen untermessen seit der Mitte der 70er Jahre eine wirklich neue Herausforderung für die Zweite Republik zu bedeuten. Diese Herausforderung empfängt ihren Ernst aus der Kumulation, teilweisen Amalgamierung und teilweise wechselseitigen Eskalation von drei an sich von einander relativ unabhängigen Problemebenen.

Da haben wir es, erstens, zu tun mit dem Zusammentreffen dreier Wertwelten in der österreichischen Gesellschaft der Gegenwart. Es gibt weiterhin die traditionellen Wertstandards der Zweiten Republik, die die ersten 25 Jahre unseres Staates geprägt und so erfolgreich gemacht hatten. Diese Wertvorstellungen des nicht einach mit Wurstigkeit, Gleichgültigkeit zu identifizieren, sondern positiv verstandenen Leben-und-leben-lassens, des Miteinander-Auskommens, des Einander-Tolerierens waren zugleich gerichtet auf das Ziel und getragen von dem Motiv, daß man es in gemeinsamer Arbeit wirtschaftlich vorwärts bringe, den Lebensstandard steigere. Diese Wertwelt ist mittlerweile durchsetzt von dem ganz ambivalenten Wertwandel der 70er Jahre, der positiv in zunehmenden Selbstbestimmungsansprüchen der Österreicher zum Ausdruck kommt, negativ in den Tendenzen der „Wegwerfgesellschaft“, die gerade im Namen der jeweiligen persönlichen Selbstbestimmung Güter und Menschen verbraucht und wegwirft. Hinzu tritt die dritte, postmaterielle Wertwelt, die höheren Lebensstandard und Konsum für inhuman erklärt und sich gegen beides in vielerlei Form auflehnt. Es geht nicht an, diese Wertkonflikte auf die unterschiedlichen Inter-

sen von zwei oder drei gleichzeitig lebenden Generationen, oder von zwei, drei sozialen Schichten (z. B. materiell immer noch wenig Begüterten, Wohlhabenden und meist ebenfalls wohlhabenden Intellektuellen) zu reduzieren. Da spielt mit, drückt aber nicht das Wesen des Wertkonfliktes aus. Er ist tatsächlich mehr: ein gleichzeitig lautes wie stilles Ringen um Grundwerte, an denen eine Gesellschaft sich orientiert. Und es ist ein Ringen, von dem ungewißt ist, ob es zu einem neuen, wie immer inhaltlich bestimmten, gemeinsamen Grundkonsens führt oder zu einer Aufspaltung (Segmentierung) in Teilgesellschaften, die miteinander wenig positive Kommunikation haben. Jörg Mauthe drückt in diesem politicum 13 deutlich seine diesbezüglichen Sorgen aus.

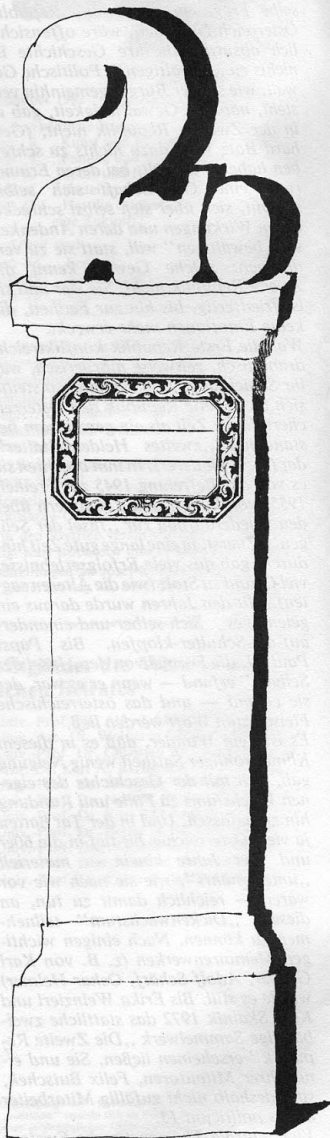
Wir haben es, zweitens, mit einer Krise der Glaubwürdigkeit der hergebrachten politischen und bürokratischen Eliten und Institutionen zu tun. Nicht mit Demokratieverdrossenheit im allgemeinen, sondern mit massiver Kritik an den sichtbaren Trägern und Akteuren unserer bisherigen demokratischen Praxis. Diese Krise ist äußerst schwerwiegend: Der Einklang von Bevölkerung und Elite war nämlich ein tragendes Element der Zweiten Republik, das sie von der Ersten Republik unterschied, und er war umso bedeutender, als Österreichs politische Kultur von einer starken Durchorganisation von oben nach unten gekennzeichnet ist. Was wird, wenn die Steuerungssysteme unserer Gesellschaft, Steuerung von oben nach unten mit Zustimmung der Bevölkerung, ernstlich erschüttert wird, vermag niemand zu sagen. Umso weniger, wenn die Meinung allgemein werden sollte, daß die österreichischen Eliten zur Frage der Wertausinandersetzung nichts Überzeugendes beizutragen wissen. Dieses Problem wird, drittens, verdichtet durch den Eindruck, daß die ohnehin fragwürdigen Eliten in der wirtschaftlichen Krise, in der wir leben, auch ihr traditionelles Geschäft nicht mehr erfolgreich wahrnehmen können, daß sie ratlos sind gegenüber den ökonomischen Problemen und immer weniger effizient. Ihre technokratische Kompetenz ist nicht minder im Wanken wie ihre moralische Glaubwürdigkeit; „Reaganomics“ greift anscheinend nicht und „Austro-Keynesianismus“ auch nicht. Politik- und Wissenschaftsskepsis breiten sich aus. Und zusammen mit den beiden ersten Problemen mag die Frage laut werden: Wozu sind die Eliten denn überhaupt nütze, wodurch ist ihr Vorrang noch legitimiert?

Scheinen wir in diesem Sinne gerade auf den Weg von der Zweiten in der Dritten Republik? Sind wir mit einer

echten Herausforderung der Republik konfrontiert oder einer tiefen, in ihrem Wesen noch undefinierten Krise? Andererseits: Sind Krisen, leichtere oder schwerere, in der Demokratie nicht etwas ganz Normales, und hat nicht recht, wer sagt, in unserer Zeit sei eine Krise nichts weiter als eine Epoche zwischen zwei Krisen?

Wie immer: Gar so fad muß die Betrachtung der Zweiten Republik Österreichs anscheinend nicht sein!

Alfred Ableitinger





# DIE INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNG DER 2. REPUBLIK

**F**rühling 1945! Österreichs Frühling aus „Flammen und Eis“ (Gerhard Fritsch). Die Frauen und alten Männer, die aus den Luftschutzkellern wieder ans Tageslicht stiegen, die Verfolgten, die ihre Verstecke verließen, die Soldaten, die zwischen der SS und der einrückenden Besatzungsmacht nach Hause strebten: sie alle sahen die immer zahlreicher auftauchenden, sieben Jahre lang verpönten und verbotenen rotweißroten Fahnen. Diese kündeten von dem Wunsch und dem Willen, daß es wieder ein Österreich geben solle. Wie dieses Österreich aber aussehen würde, welche Kräfte es gestalten, welche Männer es repräsentieren würden, das konnte in jenen Tagen noch niemand sagen.

Werden die Kommunisten alle Macht an sich reißen? Werden die alten historischen Parteien, die der österreichischen Politik durch Jahrzehnte ihren Stempel aufgedrückt hatten und an deren Zwist schließlich die Demokratie scheiterte und vier Jahre später die Unabhängigkeit des Landes verloren ging, wieder entstehen — und mit ihnen selbstmörderischer Streit und Hader? Oder wird etwas „ganz Neues“ kommen? Fragen, bange Fragen, die sich in jenen Tagen alle politisch denkenden Österreicher stellten.

Von „etwas ganz Neuem“ träumte man vor allem in den von verschiedenen, hauptsächlich aber von jungen Menschen getragenen Widerstandsgruppen. Bald nach der Okkupation im Jahre 1938 gebildet, mehrmals zerschlagen und dezimiert, hatten sich diese aber immer wieder, wenn auch mit wechselnden politischen Akzenten und Personen, gebildet. Verhältnismäßig gering waren hier die Bindungen an die Vergangenheit, unscharf die Zielvorstellungen; man wollte nur mit dem Idealismus jeder jungen Generation — war erst einmal die Freiheit des Landes gewonnen — es „besser als die Alten“ machen.

Übersehen oder zu gering geachtet wurden hier die Bleigewichte der Geschichte. Deshalb bildeten sich im Laufe der Jahre innerhalb des politischen Untergrunds immer deutlicher feste Kerne, die dem alten, traditionellen Parteischema von „Schwarz“ und „Rot“ entsprachen. Die Kommunisten kamen als Dritte im Bunde hinzu.

Dennoch schien es in den entscheidenden Apriltagen, als ob doch die ersten, freilich etwas vagen, Vorstellungen zum Durchbruch kommen sollten. Die mit dem militärischen Widerstand im Raum Wien ebenso wie mit den bewaffneten Unternehmungen in Tirol verbundene Widerstandsbewegung O 5 schien noch einmal den Geist des „Neubeginns“ zu repräsentieren. In ihrem provisorischen Hauptquartier, zunächst im Palais Auersperg und später im Niederösterreichischen Landhaus, liefen im befreiten Wien fürs erste alle Fäden zusammen. Alte Parteipolitiker wie Adolf Schärf und Lois Weinberger beobachteten mit Mißtrauen das neue Gebilde, in dem neben bewährten Patrioten und jungen Idealisten ohne Zweifel auch Glücksritter und politische Opportunisten — wie immer in solchen Situationen — in nicht geringer Zahl anzutreffen waren. Die örtlichen Repräsentanten der sowjetischen Besatzungsmacht zeigten sich noch unschlüssig. Zweifellos wäre es — aus späterer Sicht gesehen — für sie leichter gewesen, die politisch weniger erfahrenen Männer der O 5 in ihrem Sinn zu „manipulieren“ als „alte Hasen“ der Politik. Aus Moskau kam jedoch andere Weisung. Dort hatte man sich entschlossen, nicht länger die Widerstandsbewegung zu favorisieren, sondern die alten Parteien ins Spiel zu bringen. Das Auftreten Karl Renners, der in Gloggnitz, wo er die ganze NS-Zeit über zurückgezogen gelebt hatte, zunächst nur einen sehr unpolitischen Kontakt mit der Besatzungsmacht aufnahm, erhärtete ohne Zweifel diesen Entschluß.

Wann er gefallen ist, läßt sich aus einer Maßnahme leicht rekonstruieren, die, wenig bekannt oder „verdrängt“, von der historischen Forschung ausgelotet werden mußten. Mitte April wurden alle prominenten Personen der O 5 in Wien von NKWD verhaftet. Auf dem Akkonplatz im 15. Bezirk harrierten die eben der Verfolgungsjagd der Gestapo und der SS Entronnenen durch bange Tage, aber verhältnismäßig gut behandelt, eines ungewissen Schicksals, bevor sie ebenso kommentarlos wieder entlassen wurden, wie sie inhaftiert worden waren. Ob bei dieser „Kaltstellung“ der Widerstandsbewegung Exponenten der neuen alten Parteien eine Rolle spielten — eine Vermutung, die

von den Leuten der Widerstandsbewegung aus verständlichem Groll mitunter zu hören war, konnte nie bewiesen werden; fest steht, daß in den Wochen der Ausschaltung der Widerstandsbewegung die Weichen für Österreichs Zukunft von den neu- bzw. wieder gegründeten Parteien gestellt wurden.

## Die „Vorakte“ der politischen Parteien:

### Die Österreichische Volkspartei

Gottfried Heindl bemerkt in einer Darstellung über die Entwicklung der Österreichischen Volkspartei, daß es für das offizielle Datum ihrer Gründung, den 17. April 1945, „einen Vorakt“ gibt, der weit in die Jahre vor 1945 zurückreicht. Solche „Vorakte“ gibt es für alle Parteien, insbesondere für die beiden „historischen Lager“. In ihnen sind vor allem die Gespräche in den Baracken der Konzentrationslager des Dritten Reiches verzeichnet, wo eine politische Wissensersforschung und geistige „Flurbereinigung“ abgehalten worden waren. Auf der Lagerstraße hatten sich die Gegner im österreichischen Bürgerkrieg 1934 geschworen, sollten sie je wieder herauskommen und in der Heimat etwas zu reden haben, nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander zu arbeiten. Die später oftmals zitierte „Kameradschaft der Lagerstraße“, die Menschen sehr verschiedener politischer Herkunft umfaßte, war hier geboren worden.

Die ersten Kontakte wurden später in relativer, von ständiger Überwachung durch die Gestapo begleiteter „Freiheit“ fortgesetzt. Insbesondere die Gespräche, die sich zwischen zwei Rechtsanwältinnen entwickelten, sollten schicksalhaft werden. Die beiden Advokaten hießen Felix Hurdes und Adolf Schärf. Hurdes war aus der katholischen Jugendbewegung der dreißiger Jahre gekommen und hatte vor dem Anschluß eine Funktion in der Kärntner Landesregierung innegehabt. Trotzdem zählte er nicht zu den ausgesprochenen Exponenten des „Austrofascismus“. Als überzeugter Gegner des Anschlusses und leidenschaftlicher österreichischer Patriot war er aber härtesten Verfolgungen durch das Dritte Reich ausgesetzt. Schärf, der ehemalige Sekretär des Abgeordnetenkлубs der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und für kurze Zeit auch einer ihrer Vertreter im Bundesrat, hatte zu jenen Sozialdemokraten gehört, die mit Renner die Skepsis gegen die Politik des „Alles oder Nichts“ Otto Bauers geteilt hatten. Nach der Katastrophe des Februars 1934 war er nach vorübergehender Inhaftierung politisch auf „Taufstation“ gegangen. Der österreichische Patriot und katholische Demokrat Hurdes und der „Rechtssozialist“ Schärf bildeten ideale Gesprächspart-

ner. Beide waren — bei voller Wahrung ihrer eigenen Überzeugungen — Männer eines mittleren Weges. Beide standen in ihren besten Lebensjahren. Sie hatten also genug Wissen von der Vergangenheit wie auch noch Mut und Kraft zur Gestaltung der Zukunft. In diesen „Juristengesprächen“ — eine gute Tarnung gegenüber der aufmerksamen Gestapo — wurde die Große Koalition, die durch ein Vierteljahrhundert die politische Landschaft Österreichs bestimmen sollte, vorweggenommen.

Felix Hurdes und sein aus dem Kreis um Leopold Kunschak hervorgegangener Freund Lois Weinberger wie auch Adolf Schärf waren zudem auch noch „Anlaufstellen“ für den deutschen Widerstand. Bestand hier ein Kontakt zu Jakob Kaiser, so gab es dort Gespräche mit Wilhelm Leuschner, höchst schicksalvolle Gespräche. In einem von ihnen kam Schärf, der ohne Zweifel in früheren Jahren die schwarzrotgoldenen Träume vieler österreichischer Sozialdemokraten von der „großen deutschen Republik“ zu seinen eigenen gemacht hatte, zu der spontanen Erkenntnis, daß die Gemeinschaft mit dem deutschen Widerstand am Tage der Überwindung des Nationalsozialismus enden würde, daß der „Anschluß“ tot sei.

Bei Hurdes und Weinberger bedurfte es keines solchen „Damaskus-Erlebnisses“. Der „Reichsmythos“, der in der katholischen Jugendbewegung grassiert und manche geistige Verwirrung gestiftet hatte, war beiden fremd. Sie fühlten sich als überzeugte Vertreter eines österreichischen Kurses, der in jenem historischen Lager, welches sie repräsentierten, eine gute Tradition besaß. Hurdes und Weinberger auf der einen, Schärf auf der anderen Seite wurden, nachdem sie unter großen persönlichen Gefährdungen den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Großdeutschlands überlebt hatten, gleichsam zu „Meldeköpfen“ alter und neuer Gesinnungsfreunde.

Hier sind wir nun am Ursprung der Entwicklungsströme. Verfolgen wir zunächst den „Oberlauf“ des einen der beiden. Mit Weinberger hatte Hurdes einen Exponenten der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften an seiner Seite. Für den Kontakt zu den Bauern sorgte sein KZ-Kamerad Leopold Figl. Mit Figls „Brotgeber“ während einer kurzen Zeit der Haftentlassung, dem Baumeister Julius Raab — er hatte im letzten Kabinett Schuschnigg das Portefeuille des Handelsministers innegehabt — war auch ein maßgeblicher Exponent der Wirtschaft zur Stelle. Der bündische Aufbau der kommenden Partei — in späterer Zeit immer wieder Gegenstand ebenso heftiger innerparteilicher Kritik wie vehemente Vertei-

digung — zeichnete sich früh ab. In dem alten christlichen Arbeiterführer und überzeugten Demokraten Leopold Kunschak stand „die Fahne“ für das eine der beiden alliierten historischen Lager zur Verfügung.

Und der Name? Es wäre naheliegend gewesen, wieder als „Christlich-Soziale Partei“ anzutreten. Doch diese Bezeichnung galt, in Erinnerung an das wenig rühmliche Ende der alten Christlichsozialen Partei durch Selbstauflösung im Jahre 1934, als verbraucht. Auch wollte man gleichsam schon durch das Firmenschild den weitverbreiteten Willen, eine neue Partei zu werden, dokumentieren. Schon in den Gesprächen der Gruppe Hurdes — Weinberger, die in der NS-Zeit in einem Garten in Grinzing stattgefunden hatten, war lange und heftig über einen neuen Namen für jene Partei, die man einmal — niemand kannte den Tag — gründen wollte, diskutiert worden. Eine zeitlang erwog man sogar den Vorschlag, als „Christliche Sozialisten“ anzutreten. Diese historische Erinnerung mag manchen heutigen Repräsentanten der Österreichischen Volkspartei schockieren; der Name entsprach aber durchaus dem Geist der Gründergeneration. Ähnlich wie in Deutschland der seinerzeitige Gesprächspartner, Jakob Kaiser, visitierte man auch in Wien „einen freien Sozialismus aus christlicher Verantwortung zwischen den Fronten eines sittlich ungebundenen Individualismus und eines dirigistischen, materialistischen Sozialismus“ an. Die bürgerliche, d. h. liberal-kapitalistische Sozialordnung galt jedenfalls als überlebt. So darf es niemanden verwundern, wenn katholische Arbeitnehmer wie Weinberger ursprünglich noch einen großen Schritt weiter gehen wollten und zu einer Vereinigung des „christlichen Sozialismus“ mit den „Mehrheitssozialisten“ bereit waren. Nicht gesellschaftspolitische, sondern rein religiös-weltanschauliche Überlegungen verhinderten damals eine solche Entwicklung, welche die politische Landschaft unter Umständen grundlegend verändert hätte.

Das mangelnde Verständnis für die Werte der christlichen Religion, das sie bei vielen sozialistischen Gesprächspartnern, die den antikerikalen Affekt ihrer Jugend noch nicht überwunden hatten, anzutreffen vermeinten, verhinderte diesen großen Entschluß. So resümierte damals (wir folgen wie oben einer Darstellung Lois Weinbergers) der alte Kunschak halb resignierend seinem Gesinnungsfreund gegenüber: „Darum wird wohl nichts übrig bleiben, als daß Sie, wenn es einmal so weit sein wird, doch wieder mit den Bauern, mit den Handwerkern und den Geschäftsleuten zusammen in die Politik gehen.“

Dies geschah nun auch.

Doch die seinerzeitigen Überlegungen im Untergrund blieben nicht völlig ohne Wirkung: Ihr Ergebnis sollte bald der überparteiliche Österreichische Gewerkschaftsbund an Stelle der Richtungsgewerkschaften früherer Jahrzehnte sein. Unter der klugen Führung seines ersten Präsidenten Johann Böhm konnte sich dieser bald zu einem der maßgeblichsten Faktoren der österreichischen Innenpolitik entwickeln und es bis in die Gegenwart bleiben.

Wir halten indes noch bei den Diskussionen Hurdes und seiner Freunde über den Namen der von ihnen promulgierten Partei. In diesen hatte Weinberger einmal auch den Vorschlag gemacht, als „Österreichische Volkspartei“ anzutreten. Dabei mag ihm — bewußt oder unbewußt, es gibt darüber keine Aussage — die Erinnerung an die „Tiroler Volkspartei“ (unter diesem Namen hatten in der Ersten Republik die stets eigenwilligen Tiroler als Schwesterpartei der Christlichsozialen kandidiert) mitgespielt haben. Als Felix Hurdes und Lois Weinberger, beide gezeichnet von knapp überstandener Todesgefahr, am 12. April zu einem Kontaktgespräch mit den Männern des Widerstandes in das Palais Auersperg gingen, sagte Hurdes, gleichsam zwischen Tür und Angel: „Wir haben jetzt nicht mehr viel Zeit zu verlieren; der Name muß an die Öffentlichkeit. Das gescheiteste ist, wie bleiben bei „Österreichische Volkspartei“.“

Mit diesem in einer einzigen Minute gefaßten Entschluß ersparten die Männer des Jahres 1945 der politischen Partei, die sie wenige Tage später gründen sollten, jene Debatten um das „C“ in der Politik, die andere unter dem Zeichen der christlichen Demokratie angeregt Parteien ein Vierteljahrhundert später auszutragen haben.

Am 17. April 1945 war es dann soweit. Im Wiener Schottenstift, wo Abt Peichl eine seinerzeit von der Deutschen Wehrmacht beschlagnahmte und für Bürozwicke adaptierte Zimmerflucht zur Verfügung stellte, wurde jene Partei „aus der Taufe gehoben“, die ein halbes Jahr später, bei den ersten Wahlen, sich an die Spitze setzten und diesen Platz 25 Jahre hindurch halten sollte. Ihr erster Obmann hieß Leopold Kunschak. Doch er war, wie schon gesagt, nur „Fahne“. Als geschäftsführender Obmann trat der ehemalige Unterrichtsminister Hans Pernter zunächst an seine Seite. Zu dessen Stellvertretern wurden bestellt: Lois Weinberger (Arbeiter und Angestellte), Leopold Figl (Bauern), Julius Raab (Wirtschaft). Das Generalsekretariat übernahm Felix Hurdes. Dieser war in den ersten Monaten und Jahren ohne Zweifel Seele und Motor der ÖVP. Hurdes war es auch, der den aus der katholischen Soziallehre über-



nommenen Begriff „Solidarismus“ zu einer politischen Parole machte. Mit der Wahl dieses Leitbildes, welches das Streben der Partei nach gesellschaftlichen Lösungen jenseits von Liberalismus und Marxismus andeuten sollte, wurden jene Gedanken wieder aufgenommen, die mit dem ursprünglich diskutierten, dann aber wieder fallengelassen Namensvorschlag „Christliche Sozialisten“ ausgedrückt werden sollten.

Der Standort, den die „Gründerväter“ ihrer Partei zuweisen wollten, war zweifellos jener der „linken Mitte“ (Hurdes 1970 über die ÖVP 1945: „Nun, sie war jedenfalls keine Rechtspartei“).

Der Aufbruch zu neuen Ufern jener politischen Gemeinschaft, die „auf demokratischer Grundlage alle Christen sammeln sollte“, manifestierte sich in manchen, in der Rückschau ungewöhnlichen, ja überraschenden Zügen. So hegte man große Sympathie für die britische **Labour Party**. Mehr noch: Man fühlte sich dieser sozialreformatischen Partei, in der damals christliche Traditionen stärker noch als marxistische anzutreffen waren, brüderlich verbunden. Dies kam nicht nur durch Plakate zum Ausdruck, auf denen sich die Volkspartei als „Österreichs Labour Party“ den Wählern empfahl, sondern auch durch ein Glückwunschtelegramm Figls, der inzwischen Kunschak als Parteiohmann abgelöst hatte, an Premierminister Atlee nach dessen Wahlerfolg im Sommer 1945.

Der betont österreichische Kurs, den die „Männer der ersten Stunde“ vertraten, kam nicht nur durch das Bekanntnis zur österreichischen Nation im ersten ÖVP-Parteiprogramm, sondern auch durch den Verzicht auf eine eigene Parteifähne zum Ausdruck. Die Volkspartei flaggte ausschließlich Rotweißrot. Als erstes Parteiabzeichen wurde ein wenig form schönes, wohl vom dürtigen Material der ersten Nachkriegsmontage bestimmtes Dreieck mit den Buchstaben „ÖVP“ gewählt. Später trat ein rotweißrotes „Ö“ an dessen Stelle, bevor dieses durch das heute übliche „V“, „V“ wie Volkspartei, aber wohl auch wie „victory“ abgelöst wurde.

## Die Sozialistische Partei

Doch wir geraten in Gefahr, der Entwicklung weit vorauszuweichen. Noch immer schreiben wir April 1945, und der Schauplatz heißt Wien.

Hier traf am 21. April **Karl Renner** aus Gloggnitz nach längerem Zwischenaufenthalt auf Schloß Eichbühl bei Katzelsdorf ein. In seinem Gepäck führte er die von höchster sowjetischer Stelle ausgesprochene Ermunterung zur Bildung einer österreichischen Regierung

mit sich. Er fand gleich Kontakt mit dem ihm wohlbekannten **Adolf Schärf**, der bereits zur Zentralfigur eines provisorischen sozialistischen Parteivorstandes geworden war. Als offizieller Gründungstag der Sozialistischen Partei Österreichs kann der 14. April 1945 angesehen werden. An diesem Tag hatte sich im Roten Salon des Wiener Rathauses ein provisorischer Parteivorstand gebildet. Als Vertreter der Sozialdemokraten gehörten ihm **Oskar Helmer**, General a. D. **Theodor Körner**, **Adolf Schärf**, **Heinrich Schneidmahl** und **Paul Speiser** an; ihnen gesellten sich als Wortführer der Revolutionären Sozialisten **Josef Aritaich**, **Hilde Krones**, **Josef Pfeffer** (bald verstorben), **Gabriele Proft** und **Felix Slavik** hinzu. Da der letzte Vorsitzende der Sozialdemokraten, **Karl Seitz**, noch in Deutschland zwangskonfiniert war, ja als verschollen galt, wurde der provisorische Vorsitz **Schärf** übertragen.

Zum Unterschied von Hurdes und seinen Gesinnungsfreunden, deren Wille nach einer „neuen Partei“ stand und die damit den „austrofascistischen Sündenfall“ des Lagers, aus dem sie hervorgegangen waren, überwinden wollten, ging das Bestreben des Kreises um **Schärf** dahin, die alten **sozialdemokratischen Traditionen** zu betonen, um praktisch dort wieder mit der politischen Arbeit zu beginnen, wo sie durch die Kanonen des Februars 1934 unterbrochen worden war.

So überlegte **Renner** auch zunächst, ob er nicht die überlebenden Abgeordneten (bzw. Ersatzleute) des im März 1933 an seiner weiteren Arbeit gehinderten Nationalrats einberufen sollte, um von ihnen die Zustimmung für die von ihm skizzierte Unabhängigkeitserklärung sowie das Vertrauen zu der beabsichtigten Regierungserklärung ausgesprochen zu erhalten. Dieser Plan mußte jedoch bald fallengelassen werden. Seine Durchführung erwies sich bei den Verhältnissen des Jahres 1945 — noch war der Krieg nicht zu Ende, noch gingen die Fronten quer durch Österreich — als unmöglich.

Deshalb mußte man — wenn auch unter der alten roten Fahne mit den drei Pfeilen — doch auch für das zweite historische Lager der österreichischen Innenpolitik einen neuen Anfang setzen. **Renner** und **Schärf** wählten dafür Männer ihres persönlichen Vertrauens, ihrer eigenen „reformistischen“ Gesinnung. Auch war die Auswahlmöglichkeit zunächst auf die Bundesländer Wien und Niederösterreich beschränkt; in diesen hatten sich allerdings auch die alten Hochburgen der österreichischen Sozialdemokratie befunden.

Der Brückenschlag zu den verschiedenen Gruppen „**Revolutionärer Sozialisten**“, die nach 1934 mit ihrer Kritik am

„Sozialdemokratismus“ des alten Parteivorstandes mitunter nicht gespart hatten und welchen auch später die Hauptlast des sozialistischen Widerstandes gegen das NS-Regime zufallen war, bereitete wenig Schwierigkeiten. **Schärf** erwies sich schon von Anfang an als überlegener Taktiker, als er durch eine Änderung des früheren Parteinebens in „Sozialistische Partei Österreichs“ eventueller Kritik Wind aus den Segeln nahm. Er tat noch ein übriges: er fügte dem obigen Namen in Klammern die Worte „Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten“ hinzu. Der Zusatz wurde im allgemeinen politischen Sprachgebrauch bald weggelassen und geriet allmählich in Vergessenheit. Erst die Diskussion vor und auf dem SPÖ-Parteitag 1970, wo ein Antrag der Landesorganisation Tirol auf eine Um- oder besser Rückbenennung in „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ gestellt wurde, brachte ihn erneut in Erinnerung.

Nach diesem verbalen Zugeständnis war es leichter, junge „Stürmer und Dränger“ nicht zuletzt mit dem Hinweis auf ihre politische Unerfahrenheit von einflußreichen Positionen fernzuhalten. Die „Affäre Schärf“ gab der Linie **Adolf Schärfs**, der zum ersten Parteivorsitzenden der SPÖ berufen worden war, recht.

Beim Start der österreichischen Sozialisten ging die ferne, zahlenmäßig starke Emigration mit ihren geistig nicht unbedeutenden Köpfen leer aus. Während die **Londoner Gruppe** (**Oscar Pollak**, **Karl Czernetz**, **Karl Ausch**, **Jacques Hannak**, **Walter Wodak** u. a.) sowie die „**Skandinavier**“ (z. B. **Bruno Kreisky**) so bald wie möglich heimkehrten oder Verbindung mit der Heimat suchten und dort entweder maßgebliche publizistische Funktionen ausüben oder bald als „Aufstiegskandidaten“ gelten sollten, gab es für zwei bekannte Männer der alten Sozialdemokratie kein politisches Comeback: **Julius Deutsch** und **Friedrich Adler**. Ersterer wurde der Einstieg in die aktive Politik durch den persönlichen Antagonismus zu **Schärf** verwehrt; **Friedrich Adler** hingegen blieb überhaupt grollend fern. Er wollte den „österreichischen Weg“, den zu gehen sich die Sozialisten in Übereinstimmung mit dem österreichischen Volk anschnitten, nicht mitmachen. Er fühlte sich Zeit seines Lebens als Gralshüter der Bauerschen Thesen vom „integralen Sozialismus“ und der „gesamtdeutschen Revolution“. (Letztere nannte **Oscar Pollak** mit Recht „einen verspäteten Nachklang von 1848“.)

Machte die sozialistische Vergatterung in den Frühlingswochen des Jahres 1945 **Renner** und **Schärf** wenig Kopferbrechen, so beschäftigte sie ein anderes Problem umso mehr. Die österreichische Sozialdemokratie war ge-

wohnt gewesen, als die Arbeiterpartei schlechthin aufzutreten. Nun meldete sich unter dem massiven Protektorat der Sowjetarmee eine Konkurrenz: die Kommunistische Partei.

## Die Kommunistische Partei

In der Ersten Republik war diese stets nicht mehr als eine „**linke Abspaltung**“ von der großen Mutterpartei gewesen und als solche auch behandelt worden. Nach dem Februar 1934 hatte sie in der Illegalität Zulauf von enttäuschten jungen Sozialdemokraten (z. B. Ernst Fischer) bekommen. Im Untergrund waren die Grenzen zwischen Kommunisten und Revolutionären Sozialisten dann oft fließend. Nun traten die Kommunisten sehr selbstbewußt an die Öffentlichkeit, ließen sich von den örtlichen Kommandanten der Sowjetarmee zu „Bezirksbürgermeistern“ ernennen und strebten mehr und Höheres an. Der Traum der aus dem Untergrund hervorgetretenen Kommunisten, wie des im Rathaus amtierenden Herrn Prikrýl und der Frau Hrdlicka, war kurz. Nach der Ankunft der emigrierten Parteiführung aus Moskau verschwanden sie von einem Tag auf den anderen in der Versenkung. Die Instruktionen, die Johann Koplenig und seine Equipe mitbrachten, waren klar. Sie entsprachen weitgehend der in den östlichen Nachbarstaaten unseres Landes später zum Tragen gekommenen politischen Entwicklung zur Schaffung guter Voraussetzungen zur Bildung einer „**Volksdemokratie**“. Deshalb beharrten die Sprecher der KPÖ in den der Bildung der Provisorischen Regierung Renner vorausgehenden Gesprächen auf einem Drittel der Sitze im Kabinett sowie auf den „Schlüsselministerien“ Inneres und Unterricht.

Für die Männer der „Partei des Februars 1934“ wurde es bald klar, daß sie künftig nicht nur mit einer linken Rivalin zu rechnen hatten, sondern daß an diesem für sie ungewohnten Frontabschnitt die nächsten entscheidenden politischen Gefechte zu liefern waren. Nicht zuletzt deshalb wollte wohl auch Renner, ein Meister des politischen Schachspiels, seinen nun zwar ganz unbürgerlich auftretenden, „bürgerlichen“ Gesprächspartnern einen Stachel ins Fleisch setzen. Die von ihm konzipierte Regierungsliste hielt noch Plätze für Exponenten des Landbundes — einer liberalen Bauernpartei der Ersten Republik, die sich vornehmlich in Steiermark und Kärnten einer größeren Anhängerschaft erfreute — frei. Doch **Vinzenz Schumy**, einer seiner früheren maßgebenden Exponenten, der nicht wie andere in die Nähe des Nationalsozialismus gekommen war, entschloß sich nach einem Gespräch

mit Hurdas für ein Einsinken in die Reihen des ÖVP-Bauernbundes. Am 27. April 1945 traten die Vertreter der drei demokratischen Parteien, wie sie in jenen Jahren allgemein genannt wurden, mit der Unabhängigkeitserklärung der Republik Österreich an die Öffentlichkeit. Wir sehen: Nicht der Staat gab, wie es in den Ländern mit einer ungebrochenen Kontinuität und Tradition üblich war, den Parteien ihre Lebens- und Wirkensmöglichkeit. **Die Parteien, oder besser noch, „ihre vorgeschobenen Beobachter“ waren eingeschlossen, diesen Staat wieder zu schaffen.** Alle Diskussionen über den „Parteiensaat“ oder über die Omnipotenz der Parteien — es sollte solche in Zukunft öfters geben — sind Schall und Rauch, wenn man die hier mit Nachdruck aufgezeigte Kausalität außer acht läßt oder sie gar vergessen hat.

## Trittschritte der österreichischen Innenpolitik

Deshalb haben wir auch verhältnismäßig viel Raum den „Vorakten“ der politischen Parteien sowie den ersten suchenden Schritten ihrer Vortrupps eingeräumt. Das muß sich in der folgenden Darstellung ändern. Es kann nicht Aufgabe dieses Vortrages sein, eine Geschichte der Parteien, die in der Zweiten Republik wirksam geworden sind, vorwegzunehmen; vielmehr muß sich der Referent gleichsam auf das Setzen von Trittschritten beschränken, über welche der Weg der österreichischen Innenpolitik eines Vierteljahrhunderts herauführt in unsere Gegenwart.

Für die Ausformung des österreichischen Parteiwesens waren der Sommer und der frühe Herbst 1945 bedeutungsvoll. In diesen Monaten gelang es den in Wien spontan gebildeten politischen Vorhuten, Anerkennung in ganz Österreich zu finden und ihre Organisationen systematisch auszuweiten. Dabei wurde oft großer persönlicher Einsatz geleistet, manches Mißtrauen gegen die unter sowjetischer Kontrolle stehenden „Wiener“ mußte abgebaut werden. Versuche, eigene politische Wege zu gehen, wie es z. B. die von dem späteren Außenminister Karl Gruber und dem nachmaligen Staatssekretär Karl Gschizner promulierte „Österreichische Staatspartei“ von Tiroi aus tun wollte, wurden kanalisiert und den sich rasch entwickelnden traditionellen politischen Strömungen zugeführt. Als eindrucksvolle Kundgebungen nicht nur gesamtösterreichischer Verbundenheit, sondern auch der raschen Stabilisierung der parteipolitischen Entwicklung erwiesen sich die Länderkonferenzen.

Das Gerüst der politischen Parteien stand.

Am 25. November 1945 konnten die Österreichische Volkspartei, die Sozialistische Partei Österreichs und die Kommunistische Partei Österreichs als von allen vier Besatzungsmächten anerkannte politische Trias ihre Kräfte zum erstenmal in freien demokratischen Wahlen messen. Das Wort „Schicksalstag“ wird von der Parteipolitik bei Urnengängen gern strapaziert. Der 25. November 1945 aber war — das erkennt man gerade aus der historischen Rückschau — tatsächlich ein solcher. Die an einem späten Novembertag in den Wahlzellen sich zahlreich findenden wahlberechtigten Österreicher — noch fehlten viele Kriegsgefangene, und auch die ehemaligen Mitarbeiter der NSDAP und ihrer Unterorganisationen waren nach einem allzu summarischen und verallgemeinernden Registrierungsverfahren vom Wahlrecht ausgeschlossen — stellten die Weichen für die Zukunft des Landes.

Der Abend dieses Sonntags sah die Kommunisten, die sich ernstlich Hoffnung auf 30 bis 50 Mandate gemacht und diese Prognose auch der sowjetischen Besatzungsmacht suggeriert hatten, aus allen Wolken fallen: 5 Prozent aller Stimmen und 4 Mandate von 165 waren mehr als bescheiden! Vielleicht muß man, das darf post festum vermerkt werden, den Kommunisten für ihre offen zur Schau getragene Siegesversichert nachträglich noch dankbar sein, da jede „Nachhilfe“ von seiten des großen Bruders dadurch als unnötig erachtet worden war.

Die zweite Überraschung des Tages bestand darin, daß es der Österreichischen Volkspartei, also jener Partei, die noch am wenigsten ihre Verbundenheit mit einer politischen Gruppierung der Ersten Republik betonte, gelungen war, die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten zu erreichen. An dem Erfolg der Volkspartei im Herbst 1945 mag vielleicht der Umstand, daß sie die „am wenigsten rote Partei“ war, mitbeteiligt gewesen sein. Der Anschauungsunterricht, den der Kommunismus stalinistischer Prägung so bereitwillig erteilte, war nicht geeignet, Sympathien zu erwecken. Auch hatte man nicht eben eine Diktatur überlebt, um sich einer anderen in die Arme zu werfen. Von den Sozialisten aber wußte so mancher unentschlossene Wähler noch nicht, wohin ihr Weg in der Zukunft führen würde: hin zur Freiheit und Demokratie oder über den Umweg einer „Einheitsfront“ mit der KP zur „Volksdemokratie“.

Es war aber nicht nur das geringste Übel, welches die Österreicher damals wählten. Das „**antirestaaurative Denken**“ jener für die ersten Schritte der Volkspartei verantwortlichen Männer ließ aufhorchen. Ihr Bekenntnis zur christlichen Demokratie verhiß eine



von den Soziallehren der katholischen Kirche inspirierte Politik. Es ließ gleichzeitig aber ein neues Einklinken in schon am Vorabend des Nationalsozialismus morsch gewesene Bastionen eines „Klerikalismus“ und Parteilichstentums als unwahrscheinlich erscheinen. Das Gefühl vor allem nicht wenigen jungen Österreichern, die sich damals im politischen Gelände zu orientieren suchten. Die stark herausgestellte österreichische Komponente kam hinzu. Sie war nach sieben Jahren, in denen das Wort „**Österreich**“ verpönt gewesen war, geeignet, zusätzliche Sympathien im Wettlauf mit den als „internationalistisch“ geltenden Sozialisten zu gewinnen.

Am Morgen des 26. März 1945 sah die österreichische Welt anders aus als noch einen Tag zuvor. Die Nebel über der Szene hatten sich gehoben. Blieben auch viele Fragezeichen hinsichtlich der außenpolitischen Zukunft des Landes — der Weg von der Befreiung zur Freiheit sollte noch zehn lange Jahre dauern — so war doch der Rahmen der Innenpolitik abgesteckt. Ihre Gewichte wohlverteilt. Es lag nun beim Obmann der ÖVP, ein Kabinett zu bilden, das die Provisorische Regierung ablösen sollte. Dieser hieß damals **Leopold Figl**. An seine Stelle trat Adolf Schärp als Vizekanzler. Figl und Schärp wurden für lange Zeit die „zwei Konsuln des neuen österreichischen Gemeinwesens“; die Koalition zwischen den beiden Lagern, die sich nur elf Jahre vorher bis aufs Blut bekämpft hatten, bahnte sich an. Fürs erste bildete sogar die Konzentration aller politischen Parteien weiter die Regierungsbasis. Erst 1947 verließen die auf ein Ministerium und zwar das für Energiewesen, reduzierten Kommunisten das Kabinett. Grund dafür war die Annahme des Marshallplanes durch Österreich.

Am Ende des Schicksalsjahres 1945 stand das Gerüst für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau der Zweiten Republik. Politiker, die ihre von der Geschichte erteilte Lektion gelernt hatten und der jedem Extremismus im letzten abgeneigte nüchterne Sinn des österreichischen Volkes — man könnte auch sagen „Hausverstand“ — waren an seiner Errichtung und festen Verankerung im Boden der wiedergewonnenen Heimat in gleicher Weise beteiligt. Der Rohbau der später sogenannten „**Koalitionsdemokratie**“ konnte beginnen. Auch das Auftreten einer „dritten Kraft“ bei den Wahlen des Jahres 1949 änderte in den nächsten zwei Jahrzehnten nichts oder kaum etwas an dieser großen Struktur. Ein festes Fundament bekam diese lange als österreichisches Spezifikum — je nach Stand des Beobachters gefeierte oder kritisierte — Regierungsform durch die Ausbildung der sogenannten

Sozial- bzw. Wirtschaftspartnerschaft. Diese ersparte und erspart selbst heute, muß man sagen, unserem Land größere soziale Auseinandersetzungen. Sie trug wesentlich zur ökologischen Aufstiege sowie zur politischen Stabilität des in einer neuralgischen Zone der Weltpolitik liegenden Österreich bei. Sie begann als sogenannte „Astgemeinschaſt“ und bekam mit der Einrichtung der Paritätischen Kommission feste Konturen.

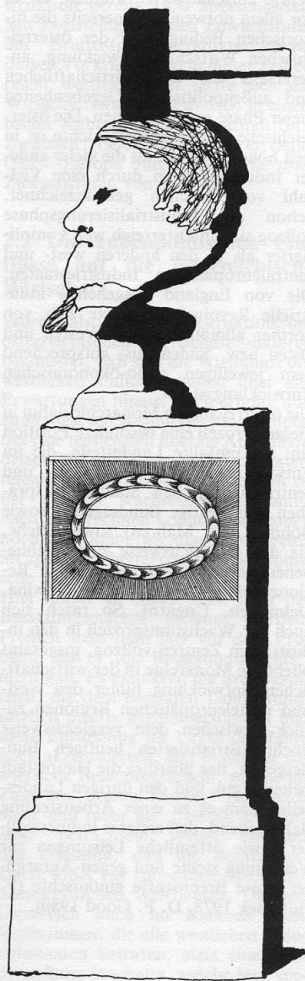
Die österreichische Außenpolitik stand in der erste Dekade nach 1945 unter dem Gesetz, jede Möglichkeit zum Abschluß eines Staatsvertrages und zum Abzug der Besatzungstruppen aufzusuchen. Zwar wurde die immerwährende Neutralität sehr früh schon von Wortführern der beiden Großparteien angesprochen, der bald einsetzende „Kalt Krieg“ ließ solche Überlegungen jedoch lange nicht zur konkreten Politik werden. Es dauerte beinahe zehn Jahre, bis nach Stalins Tod die interessanten Signale aus Moskau kamen. Botschafter Bischof ließ wissen, daß sich unter Chruschtschow auch außenpolitisch in der Sowjetunion etwas in Begegnung gesetzt hatte. **Bundeskanzler Raab** nahm diese Signale auf. Der von ihm gesteuerte Kurs hin auf die immerwährende Neutralität als Grundlage für ein freies, unabhängiges Österreich, nach Abschluß eines Staatsvertrages, wurde in Moskau mit Interesse aufgenommen. Es war ohne Zweifel ein Verdienst des jungen Staatssekretärs **Bruno Kreisky**, daß es ihm damals gelungen ist, verschiedene Vorbehalte in seiner Partei zu zerstreuen. Vizekanzler Schärp und Innenminister Helmer verfolgten ja eine Linie, die man eher als „atlantisch“ bezeichnen könnte.

Koalitionsdemokratie, Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft sowie Neutralitätspolitik bestimmten in dem mir zur Untersuchung aufgetragenen Zeitraum, in welchem die Grundfesten der Zweiten Republik gelegt wurden.

Das heißt freilich nicht, daß dieser Zeitraum innenpolitisch eine einzige Idylle war. Vor solcher Geschichtsklitterung aus Nostalgie sei ausdrücklich gewarnt. Sie entspricht keineswegs den historischen Tatsachen. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Parteien waren mitunter mehr als heftig und affektgeladen. Ich erinnere nur an die erste direkte Volkswahl eines Bundespräsidenten. Ihr ging, meiner persönlichen Erinnerung nach, der heftigste und persönlich häßlichste Wahlkampf voraus. Auch die Koalition selbst stand mehr als einmal zur Diskussion, ebenso wie es harte ökonomische Auseinandersetzungen (Stichwort „Königreich Waldbrunner“) und Debatten über Neutralität und Neutralismus gab. Aber: in entscheidenden Augenblicken fand

man immer wieder eine **gemeinsame Sprache**, setzte man sich an den grünen oder noch besser an den weißen Tisch. In sehr persönlichen Kontakten gewannen politische Vernunft und Verantwortungsbewußtsein für den gemeinsam gewollten Staat und für die Erhaltung einer freiheitlichen Demokratie inmitten einer politisch neuralgischen Wetterzone Europas, die Oberhand. Die Frage ist, ob diese Grundeinstellung mit der nun natürlichen Ablöse der Generationen in Vergessenheit geriet oder ob sich noch immer die politisch führenden Kräfte unseres Landes nicht nur zu ihr in Worten zu einem Konsens bekennen, sondern durch Taten sich diesen zu eigen machen. Auch in „Zeiten wie diesen“.

**Gerade in „Zeiten wie diesen“.**



# Die österreichische Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg (1945-1955)

## 1. Die historischen Bedingungen

### 1.1 Die wirtschaftlichen Charakteristika der österreichischen Monarchie

Um die Eigenarten der österreichischen Wirtschaftsentwicklung sowie die Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik nach dem 2. Weltkrieg richtig einschätzen zu können, ist es vor allem notwendig, einerseits die historischen Bedingungen der österreichischen Wirtschaftsentwicklung, andererseits die außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Gegebenheiten dieser Phase zu untersuchen. Die österreichische Wirtschaftsgeschichte ist in weit höherem Maße als die vieler anderer Industriestaaten durch eine Vielzahl von Brüchen gekennzeichnet. Schon die Industrialisierungsphase vollzog sich in Österreich weit komplizierter als in den anderen west- und zentraleuropäischen Industriestaaten.

- 8 Die von England ausgehende industrielle Revolution breitete sich von dorthier allmählich nach Westen und Osten bzw. Süden aus, entsprechend dem jeweiligen sozio-ökonomischen Entwicklungsstand. Die österreichische Monarchie nahm in diesem Prozeß eine besondere Position ein: Sie umfaßte Landesteile, die im Entwicklungsniveau den west- und zentraleuropäischen Staaten entsprachen (das heutige Bundesgebiet sowie Böhmen und Mähren) sowie solche, die den vergleichsweise zurückgebliebenen ost- und südeuropäischen Regionen ähnelten (Galizien, Bukowina, Dalmatien, Ungarn). So rasch sich auch der Wachstumsprozeß in den industriellen Zentren vollzog, insgesamt bleibt die Monarchie in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter den west- und mitteleuropäischen Regionen zurück. Zwischen dem vergleichsweise hochindustrialisierten heutigen Bundesgebiet, das überdies die Hauptstadt beherbergte, und den übrigen Landesteilen kam es zu einer Arbeitsteilung dahingehend, daß erstes Industriegebiet sowie öffentliche Leistungen zur Verfügung stellte und gegen Agrargüter sowie Brennstoffe eintauschte (F. Butschek 1978, D. F. Good 1980).

### 1.2 Der Bruch nach dem 1. Weltkrieg

Der erste Bruch entstand mit dem Zerfall der Monarchie. Österreich — der „Rest“ — war mit einem Mal ein Kleinstaat geworden. Plötzlich wurden bisher binnenstaatliche Güterströme zu Problemen des Außenhandels. Überdies war Österreich eben weder in der Versorgung mit Nahrungsmitteln noch mit Roh- und Brennstoffen autark. Hatte die österreichische Industrie bis dahin mit einem weitgehend geschützten Absatzmarkt rechnen können, so war sie jetzt nicht nur der freien Konkurrenz ausgesetzt, sondern mußte gegen die Versuche der Nachfolgestaaten ankämpfen, durch Errichtung von Zollbarrieren industriell autark zu werden. Überdies bewegte sich Österreich nach Kriegsende in einer internationalen Umwelt, welche ihm zunächst äußerst reserviert gegenüberstand (E. März 1981).

Natürlich mußte sich diese Situation in einem strukturellen Zahlungsbilanzpassivum niederschlagen. Zwar erlebte Österreich bis 1929 einen kaum unterbrochenen Aufschwung, welcher die Rückschläge nach dem Ersten Weltkrieg zumindest teilweise wieder gutmachte und in dessen Rahmen vor allem die landwirtschaftliche Erzeugung sowie die Wasserkraft forciert wurden, doch vermochte diese — auch inflationsinduzierte — Expansion das Zahlungsbilanzdefizit nicht zu beseitigen (A. Kausel, N. Nemeth, H. Seidel 1963).

Die Fülle der ungelösten wirtschaftlichen Probleme war eine der Ursachen dafür, daß Österreich von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen wurde. Bis zum Tiefpunkt der Depression 1933 sank das Bruttonationalprodukt auf 81% des Niveaus von 1913, und die Arbeitslosigkeit erfaßte in diesem Jahr 557.000 Personen, also 26% aller Unselbstständigen. Vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik blieb in den folgenden Jahren der Budget- und Zahlungsbilanzausgleich. Beides wurde durch eine konsequente Stabilisierungspolitik tatsächlich bis 1937 auch erreicht, allerdings um den Preis einer tiefen und hartnäckigen Stagnation: Ohne Frage faßte die damalige Bundesregierung keine alternative Politik ins Auge, aber es wäre si-

cherlich Aufgabe der Forschung zu klären, wie weit Alternativen gegeben waren (K. Borchardt 1979).

Zwischen 1933 und 1937 stieg das Brutto-Nationalprodukt real nur um 12% und erreichte damit erst 91% des Niveaus von 1913. Die Arbeitslosenrate betrug im selben Jahr noch immer 21,7%. Hatte das durchschnittliche Volkseinkommen im heutigen Bundesgebiet von 1914 ungefähr das Niveau Deutschlands und damit Mitteleuropas erreicht, so fiel es als Folge des Ersten Weltkriegs, des Zerfalls der Monarchie und der Weltwirtschaftskrise vergleichsweise drastisch ab.

### 1.3 Die nationalsozialistische Okkupation

Die deutsche Okkupation brachte den zweiten Bruch für die österreichische Wirtschaftsentwicklung. Österreich wurde 1938 sehr rasch in die deutsche Wirtschaft integriert, wodurch es aus einem System weitgehend freien Außenhandels in ein reglementiertes übergeführt wurde.

Der österreichische Export hatte sich in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen nur langsam aus seinen traditionellen Regionen nach dem Westen hin umorientiert. Das änderte sich schlagartig mit dem „Anschluß“. Deutschland zeigte höchstes Interesse an den unausgenützten österreichischen Reserven an Rohstoffen, Produktionskapazitäten und Arbeitskräften, sodaß eine dramatische Umleitung der Handelsströme herbeigeführt wurde. Andererseits beschränkte sich die deutsche Wirtschaftspolitik nicht auf handelspolitische Maßnahmen; sie versuchte, die österreichische Binnen-nachfrage durch Ausgabenexpansion zu stimulieren, was zu einer sprunghaften Zunahme des Wirtschaftswachstums 1938 und 1939 führte (Butschek 1978).

Aus kriegswirtschaftlichen Gründen wurde eine Reihe von industriellen Großbetrieben auf österreichischem Gebiet errichtet, weil die nationalsozialistische Staatsführung glaubte, das österreichische Territorium sei von den potentiellen Kriegsschauplätzen weiter entfernt, und weil eben noch erhebliche unausgenutzte Kapazitäten — vor allem menschliche — vorhanden waren. Mit dem Einsetzen des Bombenkrieges in Deutschland transferierte man überdies im großen Stil Industrieanlagen nach Österreich. Die Kriegsanstrengungen sowie die schweren Zerstörungen zu Kriegsende verursachten den Zusammenbruch der österreichischen Wirtschaft.

Damit war nicht nur die Einkommenssteigerung der späten dreißiger Jahre dahin, sondern die Kriegsfolgen waren für Österreich stärker hinter das



Niveau von 1913 zurück, als dies nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war. 1946 betrug das Brutto-Nationalprodukt nur 50% des 1913 erreichten Niveaus.

## 2. Die weltwirtschaftlichen Bedingungen

### 2.1 Die weltwirtschaftliche Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg

Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war jene der Industriestaaten im allgemeinen. Das ist nicht weiter überraschend in Anbetracht der Tatsache, daß Österreich seit 1918 eine kleine und damit notwendigerweise offene Volkswirtschaft darstellt. Es darf nicht übersehen werden, daß die relativ günstige Entwicklung der Weltwirtschaft bis 1929 es Österreich trotz aller widrigen Umstände erlaubt hatte, sein Brutto-Inlandsprodukt zu steigern. Es war daher prinzipiell zu erwarten, daß die unvergleichlich dynamischere Entwicklung zumindest der westeuropäischen Industriestaaten nach 1945, einen entsprechend positiven Einfluß auf die österreichische Wirtschaft ausüben würden.

Zwar ist sich die Nationalökonomie keineswegs restlos über die Faktoren im klaren, welche das Wachstum der Wirtschaft bestimmen — oder deren Stagnation. Immerhin gibt es einige Anhaltspunkte dafür, wieso es nach 1945 zu einer ökonomischen Dynamik kam, wie sie die Welt eigentlich bisher nicht gekannt hatte. Eine der Ursachen liegt sicherlich darin, daß diese Periode durch eine übernationale wirtschaftliche Konzeption vorbereitet wurde, welche in kaum je dagewesener Konsistenz eine Reihe von Instrumenten schuf, um optimalen Ablauf jenes Wirtschaftsprozesses zu gewährleisten, welcher dieser Konzeption zugrunde lag.

Diese Konzeption läßt sich durch folgende Schwerpunkte umreißen: Zunächst basierten alle Überlegungen auf dem marktwirtschaftlichen Koordinationssystem. Das war keineswegs selbstverständlich, weil teilweise die Weltwirtschaftskrise 1929 als dessen Versagen verstanden wurde und man verschiedene planwirtschaftliche Varianten als Alternativen diskutiert hatte.

Zweitens sollten die nationalen Wirtschaften durch Freihandel im weitesten Sinne miteinander verbunden, also die freie Bewegung von Gütern, Zahlungen und Produktionsfaktoren zu dem Zwecke gewährleistet sein, die Produktionsmittel optimal einzusetzen und damit die höchstmögliche Wohlstandsteigerung zu erreichen.

Drittens aber sollte, da alle diese Über-

legungen aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise entstanden waren, die kollektive Verantwortung dafür übernommen werden, daß die Politik der Industriestaaten diesem Konzept entsprechend betrieben werde und umgekehrt keiner dadurch wirtschaftlichen Schaden erleide.

Diese noch während des 2. Weltkrieges 1944 entwickelte Konzeption wurde in der Konferenz von Bretton Woods formuliert. Ihren institutionellen Niederschlag fand sie im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Die Mitglieder dieser Institutionen verpflichten sich grundsätzlich zu fixen Wechselkursen sowie zu Einzahlungen in den Internationalen Währungsfonds (zur Hälfte in Gold oder Dollars), welche es diesem ermöglichen, in Zahlungsbilanzschwierigkeiten den Mitgliedsländern beizuspringen — bei gleichzeitiger Überprüfung ihrer Wirtschaftspolitik. Längerfristige finanzielle Bedürfnisse der Mitgliedsstaaten sollte die Weltbank decken.

Natürlich wurde die Erstellung und Realisierung einer solchen Konzeption wesentlich dadurch erleichtert, daß sie durch die militärisch wie wirtschaftlich weitaus stärkste Macht der Siegermächte, die USA, initiiert wurde, dennoch kam es keinesfalls zu einem Oktroi, denn die Maßnahmen wurden auch mit den anderen Alliierten diskutiert. Gerade Lord Keynes hatte maßgeblichen Anteil an dem Ergebnis der Konferenz von Bretton Woods.

Freilich gewann diese wirtschaftliche Konzeption erst nach dem Wiederaufbau der westeuropäischen Volkswirtschaften Bedeutung, zu groß waren die Unterschiede zwischen der trotz — oder besser — wegen des Krieges auf vollen Touren laufenden amerikanischen Wirtschaft und den zerstörten europäischen. Die Krisenentwicklung des Jahres 1947 veranlaßten schließlich die USA zur Schaffung eines — seither als genial bezeichneten — Instruments, des „Marshall-Plans“!

Durch diese — auf die europäischen Länder beschränkte — Maßnahme, wurde dem zerstörten Europa eine erhebliche Dollarsumme, größtenteils als Geschenk, zum geringen Teil als begünstigte Kredite zur Verfügung gestellt. Damit bot die USA diesen Staaten nicht nur die Möglichkeit, den „dollar gap“ zu überwinden, sondern auch die geringe Sparquote zu kompensieren. Die Käufer der Importgüter zahlten deren Preis in Landeswährung, welcher auf ein „counterpart“ Konto eingezahlt wurde. Von diesem wurden, in Übereinstimmung mit US-Vertretern, günstige Investitionskredite gewährt (Bedingungen, die heute von jedem Entwicklungsland empört als „neokolonialistisch“ zurückgewiesen werden würden. Diese bilateralen Hilfen ergänzte man durch Schaffung

der Europäischen Zahlungsunion (EPU), insofern multilateral, als auch der Handel mit „Weichwährungsländern“ in Dollar saldiert wurde.

Nachdem somit die Voraussetzungen der Rekonstruktion geschaffen worden waren, sorgten die USA auch institutionell dafür, daß sich die Marshallplanstaaten an das liberale Wirtschaftskonzept adaptierten, durch Schaffung der OEEC (Organisation for European Economic Cooperation), welche für ein paralleles wirtschaftspolitisches Vorgehen dieser Staatengruppe sorgte, insbesondere durch allmähliche Liberalisierung des Außenhandels und des Zahlungsverkehrs.

Das Resultat dieser Wirtschaftspolitik war frappierend: der Wiederaufbau Westeuropas gelang in atemberaubendem Tempo. Trotz der schweren Kriegszerstörungen war die Rekonstruktion bereits 1950 abgeschlossen. Mit zweistelligen realen Zuwachsraten des Brutto-Inlandsprodukts konnte dessen Vorkriegsstand in dieser Zeit erreicht werden. Doch setzte sich das Wirtschaftswachstum danach in einem bisher nicht gekannten Ausmaß fort. Zwischen 1950 und 1955 erreichte OEEC-Europa durchschnittliche reale Zuwachsraten von fast 5%.

### 2.2 Die außenpolitischen Einflüsse auf die österreichische Wirtschaft

9

Wurde also die Rekonstruktion der österreichischen Wirtschaft dadurch begünstigt, daß sich die Wirtschaft der westlichen Industriestaaten über alle Erwartungen hinaus rasch erholte und zumindest seit Beginn des Marshallplanes eine tendenziell liberale Außenhandelspolitik dafür sorgte, daß die österreichischen Exportbemühungen mit einer effektiv wachsenden Auslandsnachfrage rechnen konnten, so kamen noch eine Reihe wichtiger, Österreich im speziellen betreffende, außenpolitische Einflüsse hinzu:

Hier müßte an erster Stelle jener der Besatzungsmächte genannt werden. Freilich steht man hier vor dem Problem, daß es „die Besatzungsmächte“ nicht gab. Es existieren die drei westlichen, die dem besetzten Land grundsätzlich positiv gegenüberstanden und diese Einstellung im Laufe der Jahre noch akzentuierten, und es gab die sowjetische Besatzungsmacht, welche im Zuge des „Kalten Krieges“ Österreich mehr und mehr als „feindliches Ausland“ betrachtete. Weiters entstand das Dilemma, daß die Besatzungsmacht USA zur führenden Macht der demokratischen Welt wurde. Da aber Österreich auch im Rahmen jener Maßnahmen, die alle westlichen Industriestaaten betrafen, stets eine Sonderstellung innehatte, welche jene spe-

ziellen Probleme berücksichtigte, die sich aus seiner politisch bedingten Situation ergaben, muß wohl die gesamte Aktivität der Signatarstaaten des Staatsvertrages beurteilt werden.

Zweifelloso wirkte sich die Anwesenheit aller Besatzungsmächte unmittelbar nach Kriegsende positiv aus, weil diese zunächst das bloße Überleben der Bevölkerung sicherstellten. Dem stand andererseits das Faktum gegenüber, daß Österreich Beiträge zu den Besatzungskosten zu leisten hatte. Doch bald trennten sich die politischen Wege von Ost und West. Während die westlichen Besatzungsmächte — die USA natürlich weitaus im stärksten Maße — den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft bedingungslos unterstützten, zeigte sich die Sowjetunion daran nur insoweit interessiert, als es ihren Interessen unmittelbar entgegenkam. Sie versuchte für ihre ungeheuren Kriegsschäden durch Demontagen und Beschagnahmen auch in Österreich einen gewissen Ausgleich zu finden. Wenngleich der Nutzen dieser Maßnahmen wahrscheinlich gering war (G. Stolper, K. Häuser, K. Borchardt, 1964, S. 216). Eine Politik, die schließlich ihren Höhepunkt in der Errichtung des USIA-Konzern fand.

Nun bedeutete dessen Existenz sicherlich einen Verlust für die österreichische Wirtschaft, weil der Gewinn ins Ausland transferiert und die österreichische Steuer- sowie Außenhandelsvorschriften umgangen wurden: doch sollte man den Effekt dieser Vorgänge nicht überschätzen, wenn der Konzern auch knapp 3,4% der österreichischen unselbständig Beschäftigten umfaßte und 5% des österreichischen Sozialprodukts herstellte (A. Brusatti 1972, S. 428). Viel unangenehmer dürfte sich die gesamte politisch-wirtschaftliche Situation in Ostösterreich ausgewirkt haben.

Das willkürliche Vorgehen der Besatzungsmacht schuf eine Atmosphäre der Unsicherheit und Furcht, die folgenschwere Rückwirkungen auf das Verhalten der privaten wie öffentlichen Investoren hatte. Während man in den westlichen Besatzungszonen mit Zuversicht an den Wiederaufbau schritt, herrschte im Osten verängstigte Resignation. Man soll nicht übersehen, daß während des Krieges Industrieschwerpunkte nicht nur in Oberösterreich bestanden, sondern ebenso im alten Industriezentrum Wiener Neustadt, und daß Oberösterreich zur Stütze der österreichischen Wirtschaft wurde, wogegen Wiener Neustadt zu einer Agglomeration minderer Bedeutung herabsank.

Dieser Einfluß war um so fataler, als Ostösterreich durch die politische Nachkriegsentwicklung ohnehin regional benachteiligt wurde und überdies am meisten mit jenen Strukturproble-

men zu kämpfen hatte, die aus dem Zerfall der Monarchie entstanden waren. Die Folgen dieser Entwicklung sind bis in die Gegenwart hinein zu spüren.

Von zentraler Bedeutung für die positive Nachkriegsentwicklung der österreichischen Wirtschaft waren zunächst die Lebensmittellieferungen der UNRRA, welche 1946 bis zu 50% des Lebensmittelkonsums deckten oder anders in der Höhe des Gegenwertes dieser Güter die österreichische Leistungsbilanz entlasteten.

Noch wesentlicher war natürlich die Marshall-Planhilfe. Sie ermöglichte gleichfalls den Leistungsbilanzausgleich, aber gezielt. Die in diesem Rahmen getätigten Importe umfaßten — neben Grundnahrungsmitteln — Investitionsgüter und die Counterpartkredite des ERP-Fonds dienten gleichfalls solchen Zielen. Die heute zuweilen vertretene Vorstellung, die US-Politik sei reinste Marktwirtschaft gewesen (J. Tumlrir / L. La Haye 1981) ist sicherlich unrichtig. In diesem Rahmen ist auch darauf hinzuweisen, daß Österreich im Rahmen des ERP insofern bevorzugt war, als die Mittel durchwegs geschenkt wurden. Damit wurde Österreich die Chance gegeben, seine traditionelle Leistungsbilanzschwäche zu überwinden.

### 3. Die österreichische Wirtschaftspolitik

#### 3.1 Die Ausgangsbedingungen 1945

Die Lähmung des Produktionsapparats ging in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg unvergleichlich viel weiter als nach dem Ersten. Durch intensive Bombardierung sowie durch Bodenkämpfe in Ostösterreich waren viele Produktionsanlagen ganz oder teilweise zerstört worden. Darüber hinaus fehlte es nach Kriegsende an Produktionsmitteln jeglicher Art, die Verkehrsverbindungen waren weitgehend unterbrochen, die vorhandenen Arbeitskräfte unterernährt, und häufig fehlte eine Verwaltung oder konnte durch jene der Besatzungsmächte kaum ersetzt werden. Die apokalyptischen Verhältnisse des Kriegsendes hätten nach heutiger Betrachtungsweise eine wirtschaftliche Wiederbelebung auf absehbare Zeit ausgeschlossen scheinen lassen.

Doch ist die Regenerationsfähigkeit einer Industrierwirtschaft außerordentlich. Das hatte sich schon während des Krieges gezeigt, als trotz intensiven Bombardements die Betriebe in relativ kurzer Zeit immer wieder aufgebaut wurden und die Produktion aufgenommen werden konnte. Ähnliches vollzog sich, wenn auch etwas langsamer, auch in der Zeit nach Kriegs-

schluß. Überdies traf die Zerstörung der Produktionsanlagen nicht alle Industriezweige. Das erwies sich in jenen Bereichen als wesentlich, in denen die Deutschen während des Krieges besonders intensiv investiert hatten, vor allem in der Energiegewinnung, in welcher die Wasserkraftwerke entweder vollständig ausgebaut worden waren oder sich zumindest in einer entwickelten Ausbaustufe befanden. Ebenso erlebte die Rohölproduktion einen erheblichen Ausbau (St. Koren, 1961, S. 172 und 1980 ff). In manchen Bereichen gab es nach Beseitigung von solchen Kriegsschäden, die keinen großen Aufwand erforderten, sogar Kapazitätserweiterungen. Zwar erzeugte die Industrie unmittelbar nach dem Kriege verzweifelt wenig, doch war dies in hohem Maße durch den geschilderten Mangel an den meisten Produktionsmitteln und Infrastrukturanlagen bedingt. Von der Kapazität her hätten die meisten Betriebe sehr viel mehr produzieren können. Insgesamt dürften die Erzeugungsmöglichkeiten der österreichischen Industrie nach dem Kriege jenen von 1937 entsprochen haben (Butschek, 1978, S. 106). Auch für die meisten anderen europäischen Kriegsteilnehmer wurden ähnliche Produktionskapazitäten geschätzt. (Tumlrir / La Haye, S. 369).

Freilich wurde die landwirtschaftliche Produktion durch die Kriegshandlungen in den östlichen Landesteilen schwer beeinträchtigt. Die Ernte erbrachte 1945 nur die Hälfte des Ertrages von 1937, und der Schweinebestand war auf ein Drittel des früheren Bestandes gesunken.

Bot die österreichische Wirtschaft 1945 also eher ein deprimierendes Bild — worin die Sachkapazitäten der Industrie nur eine Hoffnung darstellten —, so hatten sich durch die deutsche Okkupation sowie durch die kriegsbedingten Veränderungen in der Wirtschaft doch Strukturumschichtungen ergeben, die für die Entwicklung nach 1945 nicht ohne Belang waren.

Der Boom 1938/39 wie die Rüstungspolitik verursachten eine Verlagerung des Schwergewichts der österreichischen Industrie von der traditionellen Konsumgütererzeugung zu den Grundstoffen, Halbfertigwaren, dauerhaften Konsumgütern und zur Bauwirtschaft. Dabei gingen vor allem in den erstgenannten Bereichen die Kapazitäten weit über die Inlandsnachfrage hinaus. Eine weitere Strukturverschiebung vollzog sich in Richtung des effizienten Großbetriebs. Über die schon beschriebenen hinaus erfolgte auch in anderen Branchen in der Zeit zwischen 1938 und 1945 eine Konzentration von Produktion und Beschäftigten. Parallel dazu vollzog sich auch eine religiöse Umschichtung, die sicherlich eine bessere Ausschöpfung lokaler Arbeitskraftreserven begünstigte sowie für die

weltwirtschaftliche Lage nach 1945 Standortvorteile schuf. Der traditionelle Industrieschwerpunkt in Österreich waren Wien mit dem Wiener Becken sowie die Obersteiermark gewesen. Zwar wurde im Krieg auch die Großindustrie in und um Wien stark ausgebaut, diese Betriebe fielen aber zumeist dem Bombenkrieg und den Demontagen zum Opfer; ein neues industrielles Zentrum wurde in Oberösterreich geschaffen.

Aber nicht nur die unmittelbare Änderung der Produktionsstruktur gab der österreichischen Wirtschaft günstige Wachstumsmöglichkeiten. Die Besatzungszeit führte vermutlich zu erheblichen Investitionen in human capital. Die Erfahrung eines kurzen, aber explosiven Booms, das Kennenlernen der technisch-organisatorischen Basis der seit mehreren Jahren auf Hochtouren laufenden Wirtschaft einer industriellen Großmacht vermittelte Kenntnisse und entsprechende Verhaltensweisen (K. W. Rothschild, 1961, S. 105 ff, Koren 1961 II, S. 326 ff).

Letztlich bedeutete der „Anschluß“ aber über die sozusagen technischen Aspekte einer Strukturänderung hinaus auch eine grundlegende regionale Umstellung der österreichischen Wirtschaft, eine prinzipielle Gewichtsverlagerung vom Osten nach Westen: Die Wirtschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie war — wie bereits erwähnt — im hohen Maß auf den Binnenmarkt orientiert; ein beträchtlicher Teil des Außenhandels, der vorwiegend traditionelle Konsumgüter (Textilien) umfaßte, ging in ost- und südeuropäische Länder. Der Zerfall des alten Wirtschaftsgebiets erzwang zwar eine Neuorientierung der Außenhandelspolitik, doch erfolgte die regionale Umstellung des Exports nur sehr zögernd: nach wie vor ging ein erheblicher Teil der österreichischen Ausfuhr in die ost- und südeuropäischen Länder (1937 waren es 32,5%). Der „Anschluß“ brachte eine totale Umorientierung mit sich. Zwar sank der österreichische Export auch in die westlichen Industriestaaten und der dominierende Außenhandelspartner wurde Deutschland. Aber diese Umstellung mußte dennoch in dem Augenblick eine solche zu den westlichen Industriestaaten werden, indem Deutschland deren integrierender Bestandteil geworden war (Butschek, 1978, S. 113).

### 3.2 Die speziellen Erfordernisse der Nachkriegszeit

Welche ökonomischen Probleme stellen sich der neuen österreichischen Regierung? Zunächst wurden einige aus der Kriegszeit übernommen. Der erste Teil des Nachlasses bestand in der reduzierten Produktionsmöglichkeiten,

die einer durch Wiederaufbau und Nachholbedarf enorm gestiegenen Nachfrage gegenüberstanden. Ebenso hatte die Regierung kaum Möglichkeiten, zu anderen Methoden überzugehen, um diesen Mangel entgegenzuwirken, als ein System direkter mengenmäßiger Zuteilungen der Güter an Haushalte und Unternehmungen. Das heißt, daß das Geld seine Funktionen — Wertmaßstab, Tausch- und Wertaufbewahrer zu sein — weitgehend eingebüßt hatte. Eine Aufhebung der Rationierung wäre in der extremen Mangelsituation nach dem Kriege nicht in Frage gekommen, weil — abgesehen von den inflationären Effekten — eine Preisfreigabe es dem Großteil der Bevölkerung nicht erlaubt hätte, das Lebensminimum auf dem Markt zu decken.

Andererseits war ein demokratischer Staat nicht in der Lage, derartig drastische Strafen gegen jene zu verfügen, die sich den Bewirtschaftungsvorschriften entzogen. Dadurch mußten sie weniger effizient werden als im Krieg, insbesondere in der landwirtschaftlichen Produktion, wo die Kontrolle kompliziert war.

Umgekehrt vermittelte das Rationierungssystem der Regierung umfangreiche wirtschaftspolitische Eingriffsmöglichkeiten. Sie konnte die knappen Produktionsmittel in jene Betriebe lenken, deren Ausbau sie die Priorität einräumte (Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 1945). Damit konnte ein Teil der Erzeugung dem Verbrauch entzogen und investiert werden. Das Problem der — für die Produktionssteigerung zentralen — Investitionen mußte eher mit einer Rückkehr zur Geldwirtschaft schwierig werden, weil in der gegebenen Situation kaum mit einer ausreichenden Sparquote gerechnet werden konnte.

Wiewohl vor allem im Ausland die Entscheidung zwischen Marktwirtschaft und nicht recht ausgegorenen Planungsvorstellungen keineswegs getroffen war, dachte man in Österreich kaum daran, das aufwendige und bürokratische Rationierungssystem prinzipiell aufrechtzuerhalten. Dessen Abbau implizierte aber die Rückkehr zur Geldwirtschaft. Damit ergab sich die Notwendigkeit — wollte man eine Preisexplosion mit unabsehbaren Folgen verhindern —, eine Anpassung der Geldmenge nach unten, also deren drastische Reduktion herbeizuführen.

All das waren Probleme, die innerhalb der österreichischen Volkswirtschaft zu lösen waren, dazu kam aber jenes, das schon stets die Krux der österreichischen Wirtschaftspolitik gewesen war: die Handelsbilanz (Butschek 1981, S. 150). Schon nach dem Ersten Weltkrieg stand Österreich vor der unangenehmen Tatsache, daß bestimmte

lebenswichtige Güter (Nahrungsmittel, Brennstoffe) einfach importiert werden mußten, ohne daß die eigenen Exporte ausgereicht hätten, das Importvolumen zu decken. Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war noch viel krasser. Der deroutierte österreichische Produktionsapparat war nicht imstande, die heimische Nachfrage zu befriedigen, geschweige denn für die ausländischen Märkte Waren herzustellen. Umgekehrt war der Bedarf an ausländischen Gütern praktisch unendlich. Dazu kam die Präsenz und Aktivität der Besatzungsmächte. Sie bestimmten vom unmittelbaren Kriegsende an in hohem Maße das wirtschaftliche Geschehen. Sie verhinderten durch Lebensmittellieferungen das Auftreten einer Hungersnot, sie begannen mit Aufräumarbeiten und Instandsetzungsarbeiten und ergriffen auch Initiativen zum ökonomischen Wiederaufbau. Umgekehrt belastete schon ihre Präsenz die Wirtschaft des Landes. Eine anfangs umfangreiche Besatzungsarmee sollte zumindest teilweise aus dem österreichischen Sozialprodukt versorgt werden. Überdies führte die Besatzung zur Aufteilung des Landes in vier Zonen, die sich zunächst gegeneinander hermetisch abschlossen und somit den Wirtschaftsverkehr unterbanden. Noch härter mußte die österreichische Wirtschaft die Demontage von Anlagegütern und Lagern treffen, die in erster Linie von der sowjetischen Besatzungsmacht ausging.

Freilich gab es schon im Laufe des Jahres 1946 einige Erleichterungen. Das Gewicht der Besatzungstruppen wurde allmählich verringert (225.000 Mann), und damit die Last der Besatzungskosten gesenkt (30% der Budgetausgaben). Das Kontrollabkommen des Alliierten Rates vom 28. Juni 1946 öffnete die Demarkationslinien (nur die Sowjetunion hielt gewisse Kontrollen aufrecht).

### 3.3 Von der Sanierung zur Stabilisierung

Wie reagierte die österreichische Bundesregierung auf diese Herausforderung?

Einen wichtigen Schritt setzte sie durch das Schillinggesetz vom 30. November 1945. Damit trennte sich Österreich wieder von der Markwährung und verhinderte die weitere Ausgabe der sogenannten „Besatzungsschillinge“. Die Reichsmarkbestände wurden pro Kopf in 150 S umgewechselt und die Sparkonten partiell gesperrt. Damit wurde der Geldumlauf von 7,7 Mrd. RM auf 2 Mrd. S. „im zivilen Sektor“ gesenkt, wozu freilich noch 2,6 Mrd. den Besatzungsmächten gezahlte Schillinge im Umlauf waren.

Trotz solcher Schwierigkeit war dieser



wirtschaftspolitische Akt zweifellos von fundamentaler Bedeutung, weil dadurch zunächst ein Schritt zur Geldwirtschaft gesetzt, andererseits aber auch vorgesorgt wurde, daß eine Lockerung des Bewirtschaftungssystems nicht sofort zur Inflation führen konnte. Überdies zeigten sich kurzfristig bereits Erfolge. Waren wurden nicht mehr zurückgehalten und das Interesse an Produktion und Erwerbsarbeit stieg. Zur weiteren Konsolidierung der Verhältnisse setzten die Besatzungsmächte — konkret die westlichen — den entscheidenden Akt.

Die latente Schwäche der österreichischen Wirtschaft, die Tendenz zur Passivierung der Handelsbilanz, war unter den gegebenen Umständen katastrophal geworden. Wohl entstand schon kurz nach Kriegsende ein gewisser Handelsverkehr mit den Nachbarstaaten, in dessen Rahmen Lebensmittel importiert wurden, doch bewegte er sich in äußerst bescheidenen Größenordnungen. Hier sprang nun, zumindest auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung, die UNRRA (eine Organisation der Vereinten Nationen unter der Ägide der USA) ein, welche ab 1. April 1946 die Versorgung im Geschenkweg aus dem Ausland sicherzustellen begann. Diese Sendungen erreichten bis zu 50% des Nahrungsmittelverbrauchs und entlastete die österreichische Wirtschaftspolitik zunächst von dieser großen Sorge.

12

Nach Inkrafttreten des Schillinggesetzes ging die Regierung daran, den Lohn- und Preisstopp vorsichtig zu lockern. Nun erwies sich das Gesetz insofern als nicht ausreichend, als einer geringeren Produktion als 1937 vergleichsweise höhere Löhne bei im wesentlichen seit dieser Zeit unveränderten Preisen gegenüberstanden, also zwar eine Inflation bremsende, sie aber keineswegs vermeidende Wirkung erzielt wurde. Die Wirtschaftspolitik versuchte die Inflationstendenz mit Hilfe der Sozialpartner abzufangen. So kam es gegen Ende 1947 zum ersten Lohn-Preis-Abkommen. Darin wurden verschiedenen Wirtschaftszweigen, insbesondere der Landwirtschaft, Preiserhöhungen zugestanden und die Wirkung dieser Erhöhungen auf die Lebenshaltungskosten abgegolten. Das Ziel bestand darin, die Reallöhne im wesentlichen konstant zu halten, Preisrekturen durchzuführen und die gesamte Preis-Lohn-Situation zu beruhigen.

Den nächsten entscheidenden Schritt setzten freilich 1948 die USA mit dem — bereits beschriebenen — Marshallplan. Damit war es möglich, das traditionelle und schwierigste Problem der österreichischen Wirtschaft, das Zahlungsbilanzpassivum, auf doppelte Weise zu lösen. Zunächst indem der österreichischen Wirtschaft einen ge-

waltigen Valutenvorrat zur Verfügung stellte, welcher einen hohen Import ermöglichte, ohne die Zahlungsbilanz zu gefährden. Weiters aber wurde ein Großteil der Counterpartmittel zu Investitionszwecken benützt, versetzte also den Produktionsapparat der österreichischen Wirtschaft in die Lage, allmählich die Konkurrenz auf dem heimischen, aber auch auf den ausländischen Märkten aufzunehmen.

Die Folgen waren drastisch: Zwischen 1948 und 1951 verdreifachte sich die Industrieproduktion, deren Produktivität verdoppelte sich ebenso wie das Volumen der Ausfuhr. Das gesamte reale Brutto-Inlandsprodukt wuchs um die Hälfte. Wenn es in dieser Phase stürmischen Wachstums ein Problem gab, dann war es das der Inflation. Da die währungspolitischen Maßnahmen nicht ausgereicht hatten, um Geld- und Gütermengen aufeinander abzustimmen, andererseits die Preisregelung mehr und mehr an Wirksamkeit verlor, beschleunigte sich trotz der Lohn-Preis-Abkommen der Preisauftrieb. In den vier Jahren stiegen Löhne und Lebenshaltungskosten um 140%, das Geldvolumen wuchs neuerlich von 7 auf 17 Mrd. S. Die Inflation erreichte wieder ein Tempo, das Auswirkungen auf den Wirtschaftsablauf zeitigte. Das Sparen in Geld oder Wertpapieren versiegte. Der Preisauftrieb wirkte sich nachteilig auf die internationale Konkurrenzfähigkeit aus. Da die Bevölkerung allmählich unruhig wurde, traten 1952 Regierung und Sozialpartner zusammen, um ein Programm zur Preisstabilisierung zu entwerfen.

Die Regierung setzte die konventionellen Mittel der Kreditrestriktion, Bankratenerhöhung (von 3,5% auf 6%) und den Budgetausgleich ein. Unkonventionell war das Vorgehen der Sozialpartner, welches auf der einen Seite einen Lohnstopp, auf der anderen Seite eine „Preissenkungsaktion“ erbrachte (K. Ausch, 1969, S. 97).

Die „Preissenkungsaktion“ führte zu einer bescheidenen Senkung der Lebenshaltungskosten, aber nicht darin lag ihre große Bedeutung, sondern darin, daß sie das wirtschaftliche Klima mit einem Schlag änderte; die Bevölkerung war gewissermaßen aus einer Massenpsychose erwacht, sie erkannte, „daß es genug Waren gibt, daß der Schilling seine Kaufkraft bewahrt, daß man mit der gleichen Geldmenge morgen und übermorgen die gleiche Warenmenge kaufen kann wie heute“ (Ausch, S. 69).

Wenngleich die Stabilisierung durch einen kurzfristigen Rückschlag von Produktion und Beschäftigung erkaufte werden mußte, war damit die Basis für den gewaltigen Aufschwung der fünfziger Jahre — das „österreichische Wirtschaftswunder“ — gelegt. Österreich konnte in diese neue Entwick-

lungsphase als Land eintreten, das sich international durchzusetzen vermochte — das erste Mal in seiner Geschichte erzielte es 1953 eine ausgeglichene Leistungsbilanz!

Was nunmehr folgte, war der Beginn des eingangs beschriebenen Aufholprozesses, der praktisch bis heute andauert. Wohl gab es noch wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen, wie die Schillingabwertung und den Abbau vieler Lenkungsmaßnahmen, doch war die wirtschaftliche Entwicklung im wesentlichen determiniert.

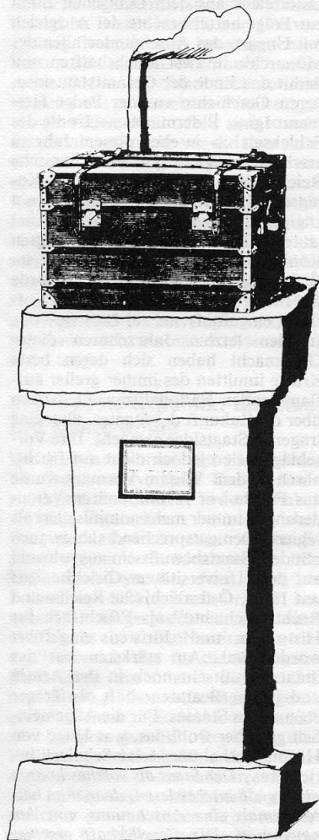
Um die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der österreichischen Bundesregierung und der Sozialpartner zu bewerten, ist es vielleicht deshalb noch zu früh, weil im Bereich der neueren österreichischen Wirtschaftsgeschichte noch sehr viel Forschungsarbeit zu tun bleibt. Immerhin sind es zwei miteinander verbundene Probleme, welche zur Überlegung Anlaß geben:

Das Ziel der wirtschaftlichen Rekonstruktion wurde in Österreich und der BRD mit recht unterschiedlichen Methoden verfolgt. Die BRD — oder ihr staatsrechtlicher Vorläufer — stellte ihre Wirtschaft im Jahre 1948 schlagartig von einer im wesentlichen zentralverwalteten auf eine reine Marktwirtschaft um. Österreich ging den anderen Weg der allmählichen Umstellung. Das mangelhafte Datenmaterial erlaubt nicht ohne weiteres ein Urteil darüber, welcher der beiden Wege der effizientere gewesen ist. Bei grober Betrachtungsweise lassen sich keine gravierenden Unterschiede erkennen: sowohl der Wiederaufbau wie die folgende Wirtschaftsentwicklung — die notorischen „Wunder“ — weichen kaum von einander ab. Sicherlich hatte Österreich mit mehr Problemen zu kämpfen, wie dem fortgesetzten inflationären Auftrieb bis 1952.

Auf der anderen Seite aber vermittelte jene Wirtschaftspolitik eine Erfahrung, die von konstitutiver Bedeutung für die Existenz der 2. Republik wurde, jene der Sozialpartnerschaft! Mochten auch deren Wurzeln bis in die Monarchie und in den Beginn der 1. Republik zurückreichen, prinzipiell bedeutete es eine entscheidende Neuerung, daß die Arbeitnehmervertreter völlig gleichberechtigt mit den Unternehmervertretern in Gremien saßen, die weit über reine Lohnverhandlungen hinaus relevante Entscheidungen wirtschaftspolitischer Natur gemeinsam trafen. Man wird also wahrscheinlich sagen können, daß die Sozialpartnerschaft im weitesten Sinne, also auch die relativ spannungsfreie Atmosphäre zwischen den Sozialpartnern im wesentlichen in jener Nachkriegszeit begründet wurde, da wiederholt Lohn- und Preisabkommen geschlossen wurden.

## Literaturverzeichnis

- K. Autsch: Licht und Irrlicht des österreichischen Wirtschaftswunders, Wien 1965.  
K. Borchardt: Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes in Bayerische Akademie der Wissenschaften: Jahrbuch 1979, München 1979.  
A. Brusatti: Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In: E. Weinzierl / K. Skalknik, Die zweite Republik, Wien 1972.  
F. Butschek: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Wien/Stuttgart 1978.  
F. Butschek: The Economic Structure in K. Steiner (ed.): Modern Austria, Polo Alto 1981.  
D. F. Good: Modern Economic Growth in the Habsburg Monarchy, East Central Europe, 7, Pt. 2, 1980.  
A. Kausel, N. Nemeth, H. Seidel: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, Wien 1963.  
St. Koren: Struktur und Nutzung der Energiequellen Österreichs in W. Weber (Hrsg.): Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern — heute — morgen, Berlin 1961.  
St. Koren II: Die Industrialisierung Österreichs vom Protektionismus zur Integration in W. Weber (Hrsg.): Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern — heute — morgen, Berlin 1961.  
E. März: Österr. Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913 bis 1923 — am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien 1981.  
Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Nr. 1/2/1945.  
K. W. Rothschild: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur in W. Weber (Hrsg.): Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern — heute — morgen, Berlin 1961.  
G. Stolper, K. Häuser, K. Borchardt: Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1964).  
J. Tumilr / L. La Hays: The Two Attempts at European Economic Reconstruction After 1945, Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, Nr. 3/1981.



Erika Weinzierl

# MEILENSTEINE AUF DEM WEG ZUR ÖSTERREICHISCHEN NATION

**D**ie Jahreszahlen, mit denen ich beginne, 1156 und 1358/59 (Privilegium minus und Privilegium maius), haben mit dem Werden der österreichischen Nation nichts zu tun. Wohl aber sind sie Marksteine für die Ansätze zu einer eigenstaatlichen Entwicklung, allerdings nicht in unserem heutigen Staatsverständnis.

## 1. Der Generalaussschuß-Landtag zu Innsbruck 1518

Schon eher gilt dies für ein Ereignis im 16. Jahrhundert und zwar den Generalaussschußlandtag in Innsbruck 1518, zu dem Kaiser Maximilian I. die Vertreter der Stände aus jenen Ländern an der Donau und in den Alpen zusammengerufen hat, die damals zu den habsburgischen Erbländern gehörten. In Innsbruck sollten die Steuern beraten werden, die die Stände für die Türkenfeldzüge zu gewähren bereit waren. Georg Wagner hat schon vor vielen Jahren darauf hingewiesen, daß damals diese ständischen Vertreter aus jenen Gebieten, die sich — vom Burgenland und von den Vorlanden abgesehen — im wesentlichen ziemlich genau mit dem Gebiete der heutigen Republik Österreich decken, die Meinung vertraten, daß bei ihren Beratungen die Vertreter aus dem Reich nichts zu suchen hätten. Kaiser Maximilian antwortete darauf sinngemäß, das könne man nicht machen, Österreich gehöre ja schließlich auch zum (Heiligen Römischen) Reich. Daß die Beifügung „Deutscher Nation“ eine spätere Hinzufügung aus deutschenationalen Gründen war, sei hier nur am Rande erwähnt. Man müßte über diese Entwicklung lange referieren. Daher sei nur festgestellt, daß einen wesentlichen Anteil an der Tradierung und Propagierung dieses Ausdrucks gerade auch die Historiker hatten, wie überhaupt bei solchen Identitätsfindungen nationaler Art den Historikern, aber auch anderen Vertretern von Gesellschaftswissenschaften neuer Art, ein beträchtliches Gewicht zukommt. (Ich werde dann auf einen Aspekt dieser Art noch eingehen, nämlich die Meinungsbefragungen, die uns für die Vergangenheit ja nicht zur Verfügung stehen.) Was nun das Jahr 1518 und das dort ausge-

drückte Gemeinschaftsgefühl der Ständevertreter dieser Länder betrifft, so hätte dieses tatsächlich ein Ansatzpunkt für eine Staatsbildung von „unten“ her werden können. Die weitere Entwicklung war allerdings eine andere: der Aufstieg der Habsburger zur Weltmacht, die Trennung in die spanische und in die deutsche Linie der Habsburger, die das Reich und damit auch die Erblande beherrscht hat. Dieses Reich blieb ein merkwürdiges, kaum regierbares Machtkonglomerat, in dem der Kaiser und die Stände miteinander ringen, zuletzt in einem Krieg, der als konfessioneller begann und 30 Jahre dauerte. In seinen letzten Phasen ging es in dieser Auseinandersetzung auch nicht mehr um katholisches oder evangelisches Christentum, um die Macht von Kaiser und Ständen, sondern um den Vorrang verschiedener Nationalstaaten.

Der Dreißigjährige Krieg endete in Österreich mit dem Sieg der katholischen Konfession und zwar durch die weltliche Macht, welche die Habsburger der katholischen Kirche zur Verfügung gestellt haben, was mit einem für das Herrscherhaus sehr günstigen Prozeß verbunden war. An seinem Ende steht nämlich die absolute Monarchie als Regierungsform, die es in dieser ausgeprägten Form vorher für die Habsburger nicht gegeben hatte. Der bekannte österreichische Historiker Hans Sturmbeger hat schon vor Jahren auf diese Entwicklung hingewiesen. Er hat aber auch darauf aufmerksam gemacht, daß der andere große Gegner, den es ja zu dieser Zeit auch noch gab und der eigentlich erst am Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts endgültig ausgeschaltet worden ist, nämlich die Türken, in seinem Bereich religiöse Toleranz zugelassen hat, während für das Reich ja auch nach 1648 galt: „cuius regio eius et religio“.

## 2. Der „aufgeklärte“ Absolutismus: Maria Theresia und Josef II.

Im ausgehenden 18. Jahrhundert haben in Österreich Maria Theresia und ihr Sohn Josef II. als „aufgeklärte“ absolute Monarchen eine entscheiden-

de Rolle gespielt. Maria Theresia hat durch ihre Ratgeber schon sehr vieles von dem vorbereitet, was ihr Sohn dann radikal weitergeführt hat, doch war sie sich dessen nicht so deutlich bewußt. Die Stärke dieser Frau war ihr unerschütterlicher Glaube und ihre Liebe zu ihrem Mann Franz Stephan, der das habsburgische Vermögen äußerst geschickt verwaltet und vermehrt hat. Vor allem aber besaß Maria Theresia die Fähigkeit, die tüchtigsten Männer zu ihren Ratgebern zu machen und auch zu ihnen zu stehen, was ein großer Unterschied gegenüber Kaiser Franz Josef war, der nach einem Mißerfolg nicht zu seinen Ratgebern hielt, sondern sie jeweils entlassen hat oder fallen ließ. Aber zurück zu Josef II., der von den Ideen der Aufklärung sehr stark erfaßt war, was sich auch in seiner Kirchenpolitik gezeigt hat. Er wollte einen modernen, zentralistisch geführten Staat schaffen und zum Teil ist ihm das auch gelungen. Er tat das vor allem mit Hilfe der Beamten, aber auch der Kirche. Pfarrer haben bekanntlich die kaiserlichen Erlasse — und das waren sehr viele in der Josefinischen Zeit — von den Kanzeln verlesen müssen: von der Aufforderung, das Vieh impfen zu lassen, bis zur Bestimmung, wieviele Kerzen bei der Messe verwendet werden können. Entscheidend war jedoch die Armee, in der die vielen Völker, die von den Habsburgern beherrscht wurden, vertreten waren. Josef wollte nun Deutsch als Herrschaftssprache durchsetzen, was vor allem in Ungarn, aber auch in Belgien Widerstand hervorrief. Er hat daher noch am Totenbett einen Großteil seiner Reformen dem Inhalt nach zurückgenommen. Es waren die Klugheit und das Geschick seines Bruders Leopold II., der dann in seiner nur zwei Jahre dauernden Regierung Beruhigung und Konsolidierung erreichen konnte. Bei den Beamten und auch bei Pfarrern und — nicht nur nach meiner Meinung — bis zu den politischen Parteien der Gegenwart, an ihrer Spitze die Sozialistische Partei, ist dieser josefinische Beamtengeist partiell erhalten geblieben.

Jedenfalls hat Josef II. einer Entwicklung vorgebeugt, wie sie in Frankreich nach 1789 stattgefunden hat. Die Napoleonischen Kriege haben dann auch bei den Deutschen, in erster Linie bei Studenten, zu einem Erwachen und Erstarken des Nationalgefühls geführt. Der von vornherein konservative Nachfolger Leopolds II., dessen und Josefs II. Neffe Franz II. (1792 — 1835), seit 1804 Franz I., hat dann sehr wohl gemerkt, daß man die Kriege gegen Napoleon mit Hilfe dieser nationalen Emotionen führen und mit entsprechenden Verbündeten gewinnen kann. Kaum war aber der Sieg erreicht, hat er dieses Erwachen der Völker, der Na-

tionalitäten, abzublocken versucht. Daher hat er auch eigenhändig in der Hymne des neuen österreichischen Kaiserreiches (seit 1804) das Wort „Reich“ durch „Kaiser“ ersetzt.

### 3. Deutschnationale und liberale Ideen im 19. Jahrhundert

Dennoch haben sich deutschnationale und liberale Ideen nicht nur über den reaktionären Vormärz hinweg gehalten, sondern schließlich auch die zunächst vom Bürgertum getragene Revolution von 1848 bewirkt. Die Revolution, die in Ungarn sogar in der Absetzung der Habsburger und der Ausrufung der Republik kulminierte, ist bekanntlich 1849 gescheitert. Liberalismus und Nationalismus waren jedoch nicht erloschen — im Gegenteil. In der Wirtschaft hat sich der Liberalismus sogar noch in der Ära des Neabsolutismus weitgehend durchgesetzt. Was das Nationalgefühl betrifft, so befanden sich die deutschsprachigen Österreicher, die in der Vielvölkermonarchie mit 13 Nationalitäten und über 50 Millionen Einwohnern eine Minderheit von 10 Millionen waren, in einer besonderen Situation. Dazu kam noch seit 1815 die Vorherrschaft im Deutschen Bund, an dessen Spitze eben auch der österreichische Kaiser, seit 1848 Franz Josef I., stand.

Es war allerdings nicht so, daß man angesichts dieser schwierigen nationalen und staatsrechtlichen Probleme nicht die Notwendigkeit einer Stärkung der österreichischen Staatsidee gesehen hätte. Man errichtete daher 1854 an der Universität Wien das Institut für Österreichische Geschichtsforschung, das der Erforschung der Geschichte der Gesamtstaatsidee dienen sollte. Der erste Direktor dieses Instituts, der Tiroler Benediktiner Albert Jäger, war jedoch seiner Aufgabe nicht gewachsen. Daher berief nun der konservative Unterrichtsminister Leo Graf Thun den deutschen liberalen Historiker Theodor von Sickinge auf diesen Posten, auf dem Sickinge dann aus dem Institut etwas ganz anderes machte, als Thun intendiert und gehofft hatte: nämlich eine hohe Schule der historischen Hilfswissenschaften nach dem Vorbild der „École des chartes“ in Paris.

Von der Geschichte der österreichischen Staatsidee war jedoch nicht mehr die Rede. Der große österreichische Historiker Alphons Lhotsky und der Rechtshistoriker Hans Lentze haben nach 1945 in voneinander unabhängigen Untersuchungen festgestellt, daß gerade die Thun'sche Hochschulreform, in deren Rahmen z. B. die Seminare an den Universitäten nach deutschem Vorbild eingerichtet wurden, nicht nur deutsche Organisationsstrukturen, sondern auch sehr vieles an

nationalem Gedankengut durch die Berufung deutscher Professoren nach Österreich importiert wurde. Damit hat diese Hochschulreform das Gegenteil von dem bewirkt, was man sich von ihr erwartet hatte.

Die Liberalen selbst haben die militärische Niederlage Österreichs von 1859 und 1866, die den Zusammenbruch des neoabsolutistischen Systems und den Beginn der konstitutionellen Ära bewirkten, mit einer zum Teil aus ihren antikirchlichen Affekten resultierenden Genugtuung begrüßt. Inmitten der Niederlage bot ihnen 1859 „die Überzeugung der Völker einigen Trost, daß auf den blutgedüngten Schlachtfeldern der Militarismus und Clericalismus zusammengebrochen seien“ (Kolmer). 1866 sagte Anastasius Grün (Anton Auerperg): „Wenn ich mich frage, wer verdient mehr in Deutschland zu herrschen? So muß ich, so demütigend es ist, sagen: Preußen, weil es eine ungeahnte Kraft entwickelt, weil es mehr Kultur besitzt, weil es kein Konkordat hat...“

Ein Jahr nach dem Sieg Preußens bei Königgrätz, der das Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund zur Folge hatte, brachte der Ausgleich mit Ungarn das Auseinanderfallen der Monarchie in zwei Reichshälften und damit das Ende der Gesamtstaatsidee, deren Geschichte aus der Feder Hermann Ignaz Biedermanns — Ironie des Schicksals! — in eben diesem Jahr zu erscheinen begann. Die cisleithanische Reichshälfte erhielt keinem der Königreiche Ungarn gleichgewichtigen und zügigen Namen. Ihr offizieller Titel lautet: „Die im Reichsrat vereinigten Königreiche und Länder“. Erst im Weltkrieg, im Oktober 1915, wurde der Name „Kaisertum Österreich“ offiziell eingeführt.

In den letzten Jahrzehnten dieser Großmacht haben sich deren beste Kräfte inmitten des immer greller aufflammenden Nationalismus Gedanken über die Zukunft des Staates, über eine tragende Staatsidee gemacht. Ihre Vorschläge fielen jedoch nicht auf fruchtbaren Boden. Wie im Vormärz wurde aus Furcht vor revolutionären Veränderungen immer mehr administriert als regiert. Dementsprechend sah es auch mit dem Staatsbewußtsein aus, obwohl an den Universitäten Cisleithaniens seit 1893 „Österreichische Reichs- und Rechtsgeschichte“ als Pflichtfach für Historiker und Juristen eingeführt worden war. Am stärksten war das Staatsbewußtsein noch in der Armee und in der Beamtenschaft als Träger eben dieses Staates. Für die Allgemeinheit gilt aber wohl das, was Hugo von Hofmannsthal über seine Schulzeit berichtete: „Der Staat als solches konnte nicht groß interessieren, denn man hatte niemals eine Anschauung von ihm gewonnen. Die Gesellschaft erschien



*als ein Komplex ungleichartiger Partikularinteressen, der sich um irgendeinen hypothetischen Mittelpunkt gestaltet hatte, als dessen Symbol man die Person des Kaisers annahm."* Liebevoller und eingehender, aber dem Sinn nach ganz ähnlich hat sich später der aus einer völlig anderen Gesellschaftsschicht stammende Anton Wildgans in seiner berühmten Rede über Österreich von 1929 geäußert: *"Der österreichische Staat war eigentlich bloß der verdinglichte Herrschaftsgedanke seiner Dynastie und im übrigen bloß ein Konglomerat von vielen verschiedenen Heimaten, aus dem sich der Begriff des gemeinsamen Vaterlandes nur durch einen komplizierten staatsrechtlichen Denkprozeß ergab. Verwirklicht war dieser Begriff des Vaterlandes eigentlich nur im Mitimperium der kaiserlichen Beamtenschaften und in der Einheit der Armee."*

Stand also die intellektuelle Führungsschicht dem schwierigen österreichischen „Staats- und Reichsproblem“ (Joseph Redlich) teils ratlos oder besorgt, teils ablehnend gegenüber, so ist es nicht zu verwundern, daß es auch mit dem allgemeinen Staatsbewußtsein nicht zum Besten bestellt war. Die von Ludwig von Ficker herausgegebene Kulturzeitschrift „Der Brenner“ stellte daher 1911 — vier Jahre nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes — mit vollem Recht fest, daß sowohl die parlamentarische wie die staatsbürgerliche Erziehung des Österreichers noch sehr mangelhaft sei. Verwiesen in diesem Zusammenhang sei auch gleich darauf, wie kurz eigentlich die Zeit ist, in der die Österreicher ihre demokratischen Rechte frei und voll ausüben konnten: 1907 — 1911, 1919 (Einführung des Frauenwahlrechtes!) bis 1933 und von 1945 bis zur Gegenwart, also insgesamt nicht einmal ein Menschenleben lang.

#### 4. Die Erste Republik: Ein Staat, den keiner wollte

Der Zusammenbruch der Monarchie, der Regierungsverzicht Kaiser Karls gleichsam über Nacht, bedeutete aber für viele Österreicher, besonders aber für viele Katholiken wegen der traditionellen engen Verbundenheit zwischen Kirche und Dynastie, einen Sturz ins Bodenlose. Selbst Karl Renner hat ganz klar ausgesprochen: „Wir sind über Nacht ein Volk ohne Staat geworden“. Bezeichnend für die allgemeine Ratlosigkeit waren auch die für das neue Staatsgebilde in Erwägung gezogenen Namen „Südostdeutschland“ oder „Alpenrepublik“. Regierung und Parlament entschieden sich dann schließlich für „Deutschösterreich“.

Am 11. November 1918 beschloß der Staatsrat mit nur einer Gegenstimme und am 12. November die provisorische

Nationalversammlung einstimmig das Gesetz über die Ausrufung der Republik. Seine ersten Artikel lauteten: „Deutschösterreich ist eine demokratische Republik... Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches.“

Die Initiative zu diesen Beschlüssen ging von der Sozialdemokratischen Partei aus, die gerade in jener Zeit durch ihre führenden Männer intensiv den Anschluß an Deutschland befürworteten. Zum Teil aus diesem Grunde, zum Teil aber wohl auch wegen ihrer damals noch stark marxistischen und internationalistischen Tendenzen, forderten die Sozialdemokraten 1919 die radikale „Entösterreichung“ des Geschichtsunterrichtes. Einige katholische Gruppen, deren publizistisches Sprachrohr die Zeitschrift „Das neue Reich“ war, betonten dagegen die Notwendigkeit eines geistigen Konzeptes, nach dem allerdings nur die „Donaugemeinschaft“, „wirklich Österreich“ sein konnte.

Für den führenden Legitimisten Hans Zessner-Spitzenberg, der nach dem März 1938 im KZ der Nationalsozialisten zugrunde ging, war Österreich die „Koexistenz von vier besonderen Kulturkreisen im Donauraum: dem alpenländischen, böhmischen, ungarischen und kroatischen“. Friedrich Funder, der Chefredakteur der christlichsozialen Tageszeitung „Reichspost“, betonte damals vor allem die europäische Aufgabe des „österreichischen Menschen“, um den es ein Jahrzehnt später wesentlich lebhaftere Diskussionen geben sollte.

Aber noch ist es nicht so weit: Am 12. März 1919 bestätigt die Konstituierende Nationalversammlung neuerlich das Anschlußvotum vom November 1918, dessen Verwirklichung nur am Veto der Alliierten scheiterte. Schon der Vertrag von Versailles hatte, vor allem auf Betreiben Frankreichs, ein Anschlußverbot enthalten, und der „Artikel 88“ des Vertrages von Saint Germain bestimmte ausdrücklich: „Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.“ Die Genfer Protokolle von 1922 und der Vertrag von Lausanne 1923 haben dann diese Bestimmung, die zumindest bis zum Beginn der dreißiger Jahre der Stimmung der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung widersprach, neuerlich bestätigt.

Die Bürger des klein gewordenen Staates hielten in der Not und den Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit ein selbständiges Österreich nicht für lebensfähig, und einzelne Bundesländer haben dies sogar in Abstimmungen zum Ausdruck gebracht: Am 11. Mai 1919 stimmten bei einer Abstimmung in Vorarlberg 80 Prozent der Wähler für den Anschluß ihres Bundeslandes

an die Schweiz, im April 1921 in Salzburg und Tirol 98 Prozent für einen Anschluß an Deutschland. In Kärnten, dessen Teilung durch einen Abwehrkampf aller Parteien und den Beschluß der Pariser Friedenskonferenz, der eine Volksabstimmung festlegte (10. Oktober 1920), verhindert werden konnte, ist dagegen nur ganz kurz der vage Gedanke der Bildung einer freien Republik Kärnten aufgetaucht. Auch im Burgenland, dem einzigen territorialen Gewinn aus dem Vertrag von St. Germain, das gegen bewaffneten ungarischen Widerstand vom österreichischen Bundesheer 1921 besetzt wurde, war von Anfang an das Zugehörigkeitsgefühl zu Österreich stark und eindeutig. Im allgemeinen war in jener Zeit das Defizit an Staatsbewußtsein in Österreich jedoch sehr groß. Auch die von Bundeskanzler Seipel 1922 erreichte partielle materielle Sanierung hat daran nichts ändern können; die von ihm immer wieder geforderte „Sanierung der Seelen“ blieb aus. Die in der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Schutz der Heimat oder zum Schutz einer Ideologie entstandenen bewaffneten Verbände, bewirkten mit ihrem Ende der zwanziger Jahre immer bedrohlichere Ausmaße erreichendem Wetttrüben genau das Gegenteil und untergruben damit zwangsläufig den Staat und die Demokratie. Und als Seipel nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 zum erstenmal die seit dem blutigen 15. Juli 1927 in der Defensive befindlichen Sozialdemokraten, allerdings unter sehr problematischen Bedingungen, zu einer Beteiligung an der Regierung einlud, lehnte die seit den Novemberwahlen 1930 stimmenstärkste österreichische Partei es ab, auf ein „sinkendes Schiff“ zu gehen.

#### 5. Der Nationalsozialismus und die Gedanken an eine österreichische Nation

Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland schien jedoch zunächst eine Wende zu bringen. Der Gegensatz zu den Nationalsozialisten ließ einen großen Teil der Christlichsozialen, an ihrer Spitze Engelbert Dollfuß, ab 1932 vom Anschlußgedanken entscheiden abrücken, und auch die Sozialdemokraten strichen im Herbst 1933 den Anschlußparagrafen aus ihrem Programm. Diese Tendenzen hatten besonders im bürgerlichen Lager auch zur Folge, daß man sich mehr mit dem eigenen Staat und seiner Bedeutung zu beschäftigen begann, daß neue Ansätze für die Bildung von Staatsbewußtsein entstanden. Im Oktober 1932 erklärte der Handelsminister Jaconig: „Von der Schule angefangen, sollen alle Mittel des Staates auf das eine Ziel gerichtet werden, aus dem Österreicher

von heute einen seines Österreichertums bewußten, wehrhaften, vaterlandsliebenden Staatsbürger zu machen". Ungefähr zur selben Zeit sind auch im literarischen Bereich mehrere Autoren vernehmbar, die wie der Katholik Richard von Schaukal, Hugo von Hofmannsthal oder Anton Wildgans (schon 1929) das Werden des österreichischen Volkes vor allem aus seiner Vergangenheit verstanden wissen wollen, an die allein „der Österreicher, der als österreichischer Mensch seiner Herkunft und seiner Natur gemäß fühlt und denkt“, einen „Anschluß wünschen muß, zugleich also an das Landgebiet, das ihn in Wechselwirkung seit Jahrhunderten bestimmt hat“ (Schaukal). Der Kommunist Dr. Alfred Klahr hat in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre ganz konsequent den Gedanken einer österreichischen Nation vertreten.

Die Entwicklung der Außenpolitik, Hitler und das Dritte Reich verhindern jedoch ein Fruchtbarwerden all dieser Konzepte der unbedingten Bejahung der Selbständigkeit Österreichs, das von Natur aus zu geistigem und materiellen Güteraustausch mit „Andernationalen“ angelegt sei, und, im Sinne Seipels, Kulturbücke und Organisationskern für die Völkerschaften Mitteleuropas sein sollte.

Aber auch die mangelnde Erfahrung und Praxis mit den Regeln der Demokratie, die viele 1918 als Allheilmittel begrüßt hatten und in den Zeiten der Not, der Wirtschaftskrise und des Parteienstreites bald enttäuscht für alle Missetände verantwortlich machten, hatte im Inneren zur Verstärkung der allgemeinen Unruhe und Unsicherheit beigetragen. Man hatte sich vor ihnen mit der Waffe in der Hand zu sichern versucht und erwachte in einem blutigen, von Mussolini propagierten und geforderten Bürgerkrieg. Der 12. Februar 1934 beendete die Versuche der Regierung Dollfuß, die den Rücktritt der drei Präsidenten des Nationalrates am 4. März 1933 zur Ausschaltung des Parlamentes benutzt hatte, in dem bewußten Bekenntnis zu Österreich als einem Bollwerk gegen Nationalsozialismus und Bolschewismus, den Grund für ein neues österreichisches Staatsbewußtsein zu legen. Trotz Ständestaat und „Vaterländischer Front“, trotz aller Bemühungen von Dollfuß und Schuschnigg blieb daher ein großer Teil der Österreicher abseits; dem System haftete in den Augen des Volkes etwas Gewaltsames und Unrechtmäßiges an.

Die entscheidende Wende begann sich erst im Frühjahr 1938 unter dem Eindruck der unmittelbar bevorstehenden Überwälzung Österreichs durch Hitler abzuzeichnen. Damals gaben die Vertrauensmänner der seit 1934 verbotenen Sozialdemokratischen Partei die

Parole aus, bei der von Bundeskanzler Schuschnigg angesetzten Wahl, zu deren Durchführung es nie mehr gekommen ist, für Österreich zu stimmen. Und bei der Abschiedsrede Schuschniggs über den österreichischen Rundfunk am Abend des 11. März 1938, bei seinem letzten „Gott schütze Österreich!“, haben viele Österreicher zum erstenmal mit schmerzhafter Klarheit empfunden, was sie verloren hatten. Der Einzug Hitlers und seiner Truppen wurde zwar noch von Hunderttausenden von Österreichern bejubelt. Zur gleichen Zeit wurden aber schon mehr als 70.000 Menschen aus allen früheren österreichischen Parteien, vor allem Kommunisten und Monarchisten, Juden und Katholiken, von der Gestapo verhaftet. Die rüde Installation der „deutschen“ Herrschaft ernüchterte bereits im Sommer und Herbst 1938 die Mehrheit der Bevölkerung. In den sieben Jahren des nationalsozialistischen Regimes, das nicht nur den Namen Österreich verbot, sondern schließlich auch die „Ostmark“ zerschlug und nur mehr „Donau- und Alpengau“ kannte, erwachte jene Gesinnung, die mit dem Tod von mehr als 35.000 Österreichern (1/2 Prozent der Gesamtbevölkerung) unter dem Schaffott, in Gefängnissen und KZs für Österreich zeugte und die schließlich nach dem Siege der Alliierten das Wiedersehen und den Aufbau unseres Staates nach 1945 ermöglichte.

## 6. 1945 und die nationale Selbstfindung der Österreicher

1945 stand das Zusammengehörigkeitsgefühl der Österreicher in allen Bundesländern, die Bejahung der Eigenstaatlichkeit — im Gegensatz zu 1918 — außer Frage. Die Politiker hatten zu einem guten Teil im KZ die Notwendigkeit einträchtiger Zusammenarbeit gelernt und bis zum Staatsvertrag von 1955 bot die Anwesenheit der Besatzungsmächte im Land die Gewähr für ihre unbedingte Aufrechterhaltung. Aber auch das österreichische Volk als Ganzes hat Entscheidungen gefällt und Handlungen gesetzt, die staatspolitische Reife bewiesen und wesentlich dazu beigetragen haben, daß Österreich das Schicksal der anderen Nachfolgestaaten erspart geblieben ist, obwohl es ihm von den Kommunisten ebenfalls zugedacht war: Bei den ersten Wahlen nach dem Krieg im Herbst 1945 erlitten die Kommunisten trotz der russischen Besetzung Ostösterreichs eine vernichtende Niederlage. Mit nur vier Abgeordneten zogen sie in das Parlament ein, aus dem sie 1959 sogar hinausgewählt wurden. Auch die Unterdrückung der kommunistischen Unruhen und Streikversuche im Oktober 1950 (durch die Exekutive und besonders aktive Gewerkschafts-

gruppen unter Führung Franz Ohlas), muß hier genannt werden.

Eine besondere Rolle spielte bei der staatlichen und nationalen Selbstfindung der Österreicher, bei der zunehmenden Selbstverständlichkeit der Bejahung einer eigenen österreichischen Nation seit 1955 die aktive und positive Erfüllung der immerwährenden Neutralität, die das österreichische Parlament infolge der Staatsvertragsverpflichtungen am 26. Oktober 1955 beschlossen hat. Dieser Prozeß war auch das Ergebnis dessen, was der zu früh verstorbene österreichische Diplomat Walter Wodak bei einem Vortrag in Belgrad 1971 über die österreichische Außenpolitik erklärt hat: „Wir müssen der Jugend des Landes zeigen, daß die Politik der Neutralität, die der geographischen Lage Österreichs und der historischen Situation entspricht, nicht nur eine Beschränkung unserer Handlungsfreiheit darstellt, sondern auch die Möglichkeit einer Entfaltung eigener Initiativen mit sich bringt. Wir müssen unserer Jugend zeigen, daß Österreich gerade aufgrund seiner Politik der immerwährenden Neutralität und seiner völligen Unabhängigkeit von den bestehenden ideologisch determinierten Paktsystemen ein weites Betätigungsfeld im Sinne der Erhaltung des Friedens im Rahmen der Völkergemeinschaft besitzt.“

Daß eine richtige Neutralitätspolitik auch die beste Garantie ist, Österreich aus einer kritischen Situation herauszuhalten, also sein größter Sicherheitsfaktor ist, wurde schon im Herbst 1968, wenige Wochen nach dem Einmarsch von Truppen der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR, von 50% der Österreicher bejaht. 1972 führten das Fessel- und das GfK-Institut eine eigene Repräsentativbefragung über das Neutralitätsbewußtsein der Österreicher durch, wobei sich noch wesentlich höhere Werte ergaben: 80% der Österreicher fühlten sich in einem neutralen Staat sicherer als in einem, der einem Bündnis angehört, 90% sahen in der dauernden Neutralität eher Voralles Nachteile, die überwiegende Mehrheit war davon überzeugt, daß sie kein Hindernis für die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs bedeutet. 72% glaubten, daß sich der österreichische Staat genügend für die Erhaltung der Neutralität einsetzt, und ebenfalls die überwiegende Mehrheit glaubte, daß Österreich wegen seiner Neutralität im Ausland hoch angesehen sei. Dementsprechen waren 85% von der Rechtspflicht zur militärischen Verteidigung Österreichs überzeugt, und 74% hielten deshalb das Bundesher für sinnvoll. Am positivsten bei all diesen Fragen haben sich die 14- bis 29-Jährigen geäußert. Was die bewaffnete Hilfe von den Nachbarstaaten betrifft, so haben nur 13% eine solche erwartet,

42% am ehesten noch von der UNO. Mit der persönlichen Verteidigungsbereitschaft sah es dagegen nach einer Erhebung der „Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft“ 1967 so aus: Auf die Frage, was die Befragten im Falle einer Aufteilung Österreichs auf seine Nachbarstaaten tun würden, antworteten 11%: „Dagegen als Partisanen kämpfen“, 18%: „Dagegen streiken“, 18%: „Nichts“, 10%: „Auswandern“, 22%: „Mit der Mehrheit gehen“. Rupert Gmoser hat dieses Ergebnis folgendermaßen interpretiert: „Wie man aus diesen Zahlen sieht, machen die militanten patriotischen Antworten wie „als Partisanen kämpfen“ und „streiken“ nicht ganz ein Drittel aller Antworten aus. Ein Fünftel der Befragten würde nichts machen, die Entwicklung also passiv über sich ergehen lassen. Die Antworten „Auswandern“ und „Mit der Mehrheit gehen“ sind ambivalent. Denn wenn etwa die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung aktiv für Österreich Stellung nimmt, dann wird zweifellos ein beachtlicher Teil jener, die sich heute für die Antwort „Mit der Mehrheit gehen“ entschlossen haben, nicht passiv abseits stehen wollen.“ Was die Aufgabe Österreichs, also seine Staatsverträge, betrifft, hat schon damals die Mehrheit sie im klaren Zusammenhang mit der oben skizzierten Bedeutung der Neutralität für die österreichische Außenpolitik gesehen: 31%: „Österreich soll eine neutrale Friedenszone zwischen den Machtblöcken“, 10%: „Österreich soll ein Schaufenster sozialer Demokratie“ sein.“

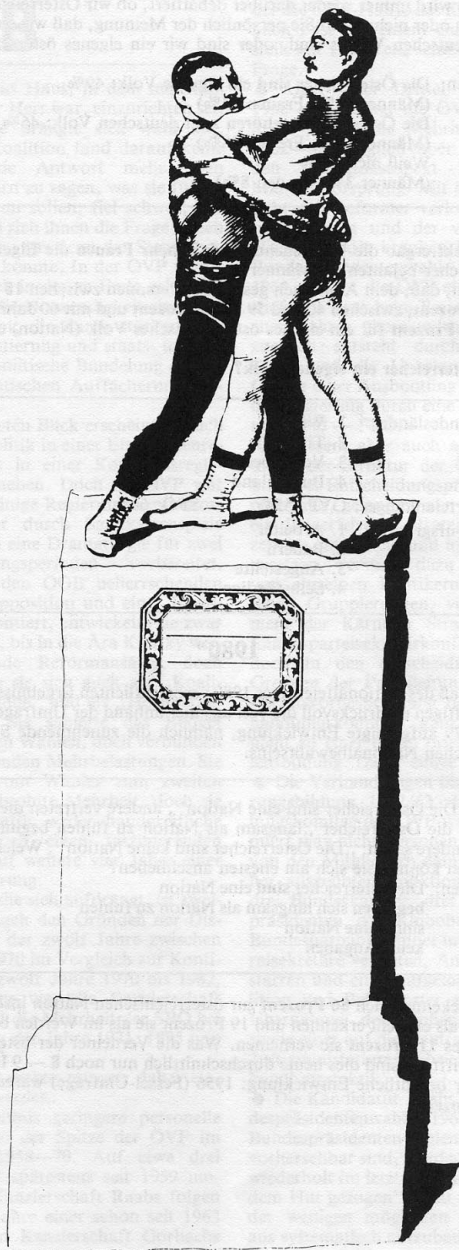
Seit Abschluß des Staatsvertrages bzw. der eindeutigen Akzeptierung der Neutralität hat diese also, sowohl was das Ansehen und die Aufgabenstellung Österreichs als auch dessen Sicherheit betrifft, im Bewußtsein der Österreicher eine zunehmend positive, ja zentrale Position erlangt. Daher ist es durchaus zu verstehen, daß 1967 auf die Frage, wann die Österreicher begonnen haben, ein eigenes Nationalbewußtsein zu entwickeln, 17% der Befragten erklärten im Jahre 1955, 8% erst in den letzten Jahren. Einen höheren Prozentsatz als 1955 erreichte nur das Jahr 1945 mit 23%.

Gewiß sind Meinungsumfragen nicht der Weisheit letzter Schluß, aber ein Indiz für die tatsächlichen Entwicklungen sind sie sehr wohl. Daher kann man die eben angegebenen Umfragen durchaus in eine Parallele setzen zu den nur zum Teil ironischen Ausführungen des jungen Schriftstellers Peter Rosei über Österreich: „Seltsam: In Österreich wird über Österreich nicht allzuviel geredet. Da faßt man sich kurz, da hat man gleich alles beisammen. Man ist Demokrat, Republikaner, immerwährend neutral!“

Und: „Ich bin in den Nachkriegs-  
-

ren gezeugt worden. An die Besatzungssoldaten erinnere ich mich gut. Den Tag des Staatsvertrages erinnere ich mich als einen der Freude, des Jubels. Dieser Tag ist ein ferner, undeutlicher, glückseliger Spiralnebel in der Tiefe meiner Erinnerung“.

Er war — wie in diesen kurzen und sehr unvollkommenen Ausführungen zu zeigen versucht wurde — ein großer Tag für die Außen- und Innenpolitik der Republik Österreich. Und in ganz besonderem Ausmaß für die österreichische Nation.





## Anhang

### Meinungsumfragen über die österreichische Nation<sup>1)</sup>

1956<sup>2)</sup>

Frage: Es wird immer wieder darüber debattiert, ob wir Österreicher Deutsche seien oder nicht. Sind Sie persönlich der Meinung, daß wir eine Gruppe des deutschen Volkes sind, oder sind wir ein eigenes österreichisches Volk?

Antworten: Die Österreicher **sind** ein eigenes Volk: 49%  
(Männer 47%, Frauen 54%)  
Die Österreicher **gehören** zum deutschen Volk: 46%  
(Männer 50%, Frauen 38%)  
Weiß nicht: 5%  
(Männer 3%, Frauen 8%)

Als Teilaspekt ergab die Untersuchung, daß **mehr Frauen** die Eigenständigkeit der Österreicher bejahten als Männer!

Des weiteren, daß, dem Alter nach gestaffelt, Personen zwischen 18 und 39 Jahren zu **44 Prozent**, zwischen 40 und 59 zu **48 Prozent** und mit 60 Jahren und älter sogar zu **65 Prozent** für ein eigenes österreichisches Volk (Nation) einstanden.

#### Sind die Österreicher ein eigenes Volk?

Nach Bundesländer: 1. Wien  
2. Tirol  
3. Vorarlberg  
4. Burgenland  
Nach Parteianhänger: ÖVP: 55% SPÖ: 66%  
Nach Berufsgruppen: 1. Arbeiter  
2. Bauern  
3. Angestellte  
4. Selbständige

18

1980<sup>3)</sup>

Die aus Anlaß des Nationalfeiertages 1980 veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage bekräftigten eindrucksvoll die von uns hier anhand der Umfrage-Ergebnisse 1956 — 1979 aufgezeigte Entwicklung, nämlich die zunehmende Stärkung des österreichischen Nationalbewußtseins.

Frage: „Die Österreicher sind eine Nation“, andere vertreten die Ansicht, daß sich die Österreicher „langsam als Nation zu fühlen beginnen“ und wieder andere sagen: „Die Österreicher sind keine Nation“. Welcher dieser Ansichten können sie sich am ehesten anschließen?

Antworten: Die Österreicher **sind** eine Nation 67%  
**beginnen** sich langsam als Nation zu fühlen 19%  
**sind keine Nation** 11%  
**keine Angaben** 3%

Demnach bekennen sich **86 Prozent** zur österreichischen Nation insofern, als 67 Prozent sie als existent erkennen und 19 Prozent sie als im Werden befindlich erachten, indes **11 Prozent** sie verneinen. Was die Verneiner der österreichischen Nation betrifft, so sind dies heute durchschnittlich nur noch 8 — 9 Prozent. Das ist eine sehr beachtliche Entwicklung: 1956 (Fessel-Umfrage) waren es nämlich noch **46 Prozent**!

Dieses ermutigende Ergebnis hatte Bundeskanzler Kreisky im Auge, als er am 26. Oktober 1980 vor dem Ministerrat betonte: „Vor wenigen Tagen haben Meinungsforschungsbüros verschiedener Richtung (Fessel und IFES) und verschiedener Struktur übereinstimmend festgestellt, daß die Frage, ob sich die Österreicher als einer Nation zugehörig fühlten, von einer überwältigenden Mehrheit der Österreicher positiv beantwortet wird. Wenn man noch die Zahl jener hinzurechnet, die sagen, wir wären im Begriffe, eine Nation zu werden — was ohne Zweifel auch eine positive Antwort ist —, so ist die Zahl derer, die so denken, überraschend groß (86 Prozent). Das zeigt abermals, daß das Hegelsche Wort, wonach die Geschichte lehre, daß die Menschen nichts aus ihr lernen, jedenfalls in dieser Frage für die Österreicher seine Gültigkeit verloren hat“.

(Wiener Zeitung, 80 Okt. 28, 1)

Dies wird auch durch die Antworten auf Frage 24 (Datenband, S. 134) bestätigt. Die Aussage „Österreich würde sich am liebsten an Deutschland anschließen“, halten insgesamt nur 7 Prozent für „eher richtig“, aber **89 Prozent für „eher falsch“**. Was die Datierung des österreichischen Nationalbewußtseins betrifft, glauben 28 Prozent, daß die Österreicher schon vor 1945 begonnen haben, ein entsprechendes Identitätsbewußtsein zu entwickeln, je 33 Prozent verlegen diese Phase hingegen in die Aufbauperiode nach Kriegsende 1945, bzw. in die Zeit nach 1955 (Datenband, 19). Das entspricht im wesentlichen der begründeten Auffassung der Zeitgeschichtler und bezeugt den Realitätssinn der Österreicher.

Besonders ermutigend sind die Antworten zur Frage nach der Auswanderung: 57 Prozent können sich nur „sehr schwer vorstellen“ auszuwandern und in einem anderen Land zu leben, weitere 28 Prozent können es sich „eher schwer“ vorstellen, nur 11 Prozent leicht, sehr leicht sogar nur 3 Prozent.

#### Anmerkungen:

1) Aus: Georg Wagner, Die Meinungsumfragen über die österreichische Nation 1956 — 1980, in: Österreich, von der Sprachidee zum Nationalbewußtsein, hrsgg. von Georg Wagner, Wien 1982, S. 124 und 152.

2) Umfrage des Fessel-Instituts im April 1956.

3) Umfrage (Erhebung) der Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung, Wien 14. 2. — 14. 3. 1980.

#### Literatur:

Friedrich HEER, Der Kampf um die österreichische Identität, Wien, Köln, Graz 1981.

Felix KREISSLER, La Prise de conscience de la nation autrichienne 1938 — 1945 — 1978, 2 Bde., Rouen 1980. Österreichische Historiographie, Wien 1962.

Österreich. Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein, hrsgg. von Georg WAGNER, Wien 1982.

Erika WEINZIERL, Das österreichische Staatsbewußtsein, in: Der Österreicher und sein Staat, hrsgg. von E. Weinzierl, Wien 1965.

Erich ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 6. Auflage, Wien 1979.

# ENTWICKLUNG DER ÖVP SEIT DER ÄRA RAAB

## Von der Staatsvertrags- zur Reformpartei

Die Entwicklung der ÖVP in den Jahren 1958/60 bis 1970 kann aus der Perspektive der Nationalratswahlen in drei Phasen gesehen werden:

- Die Abstiegsphase endet 1959 mit einem nur mehr wahlarithmetisch gesicherten Führungsanspruch. Vergangene Leistungen wie Raab-Kamitz-Kurs und Staatsvertrag werden vom Wähler nicht mehr honoriert. Die Ära Raab geht zu Ende. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer Reform wächst.

- Die Aufstiegsphase der Nationalratswahlen 1962 und 1966. Der Führungsanspruch der ÖVP wird zuerst relativ und dann absolut bestätigt. Der zwar mit Rückschlägen verbundene, innerparteilich keineswegs konfliktfrei verlaufende Reformkurs der Ära Withalm-Klaus beginnt Früchte zu tragen. Die ÖVP nimmt die Herausforderung einer zukunftsorientierten Politik früher und graduell effektiver an als die SPÖ.

- Die bei Regionalwahlen schon früher einsetzende Abstiegsphase der Nationalratswahlen 1970. Auf dem Prüfstand der alleinigen Regierungsverantwortung, den die ÖVP nach 21 Jahren Koalition durch den Oppositionsbeschluss der SPÖ betreten muß, kann die ÖVP aus externen, aber auch aus internen Gründen die Wählererwartung nicht erfüllen. Parallel dazu nimmt nun die SPÖ unter Kreisky die Herausforderung einer zukunftsorientierten Politik graduell effektiver an als die ÖVP.

Was können wir aus dieser Entwicklung lernen? In erster Linie, das ein durch Befreiung von Zwängen — Besatzungsregime, Koalitionspakt — größer gewordener Handlungsspielraum die Entscheidungsfindung nicht nur erleichtern, sondern auch erschweren kann.

Auf den ersten Blick erscheint es leichter, einen nach Abzug der Besatzungstruppen souveränen und bereits lebensfähigen Staat zu regieren als einen vielfach besetzten und Not leidenden Staat. Doch in der zu Ende gehenden Ära Raab fehlte es an den realen Etappenutopien des Wiederaufbaues und des Staatsvertrages, die früher zu gemeinsamen Anstrengungen motivier-

ten. Wie das Haus, in dem man nun sein eigener Herr war, einzurichten sei, diese Frage drängte sich wohl auf, doch die Koalition fand darauf keine faszinierende Antwort mehr. Den Österreichern zu sagen, was sie für ihren Staat tun sollen, fiel schwer; viel leichter ließ sich ihnen die Frage in den Mund legen, was denn der Staat noch für sie tun könnte. In der ÖVP wurde freilich noch in der zu Ende gehenden Ära Raab die Notwendigkeit einer Politik erkannt, die durch stärkere Zukunftsorientierung und staats- und gesellschaftspolitische Bündelung der interessenpolitischen Auffächerung entgegenwirkte.

Auf den ersten Blick erscheint es auch leichter, Politik in einer Einparteienregierung als in einer Koalitionsregierung zu machen. Doch die ÖVP war auf die alleinige Regierungsverantwortung weder durch Sandkastenspiele noch durch eine Dramaturgie für zwei Gesetzgebungsperioden vorbereitet. Mit einer den ÖGB beherrschenden SPÖ als Opposition und einer Rezession konfrontiert, entwickelte sie zwar beachtliche, bis in die Ära Kreisky weiter wirkende Reformansätze, doch präsentierte sie sich auch als „Koalition der Bünde“ und als „Hofübergabepartei“. Sie sanierte das Budget noch vor den Wahlen, doch verbunden mit irritierenden Mehrbelastungen. Sie verlangte vom Wähler zum zweiten Mal eine absolute Mehrheit, doch sie bot ihm dafür weder handgreifliche Vorteile noch einen faszinierenden Ausblick auf weitere vier Jahre einer ÖVP-Regierung.

Die Frage, die sich aufdrängt, ist zweifellos die nach den Gründen der Diskontinuität der zwölf Jahre zwischen 1958 und 1970 im Vergleich zur Kontinuität der zwölf Jahre 1970 bis 1982, zumindestens was die Kanzlerschaft Kreisky und die Mehrheit der SPÖ bei den Wahlen der Jahre 1971, 1975 und 1979 betrifft.

Folgende Aspekte müssen dabei einkalkuliert werden:

- Die weitaus geringere personelle Stabilität an der Spitze der ÖVP im Zeitraum 1958—70. Auf etwa drei Jahre einer spätestens seit 1959 umstrittenen Kanzlerschaft Raabs folgten etwa drei Jahre einer schon seit 1963 umstrittenen Kanzlerschaft Gorbachs

und etwa sechs Jahre einer zuletzt auch nicht unumstrittenen Kanzlerschaft von Klaus.

- Die sich mit der laufenden Hauptverantwortung für die Regierung überschneidenden Reformen der Parteitage 1960 und 1963. Bis 1961 und 1964 amtierten neue Parteiobmänner zugleich mit ihren Vorgängern als Kanzler. Weder die ÖVP-Hälfte des Kabinetts Gorbach I ist aus einem Guß und Klaus stellt seit 1967 Teile seines Kabinetts in Frage.

- Über zwei Drittel der Periode 1958—70 verfügt die ÖVP im Parlament über keine Mehrheit und von 1962—66 lediglich über einen durch den Koalitionsaspekt paralyisierten Mandatsvorsprung. Mit der nach Ansicht der Reformer verlorenen Regierungsbildung und der vernichtenden Niederlage des kranken Raab bei der Bundespräsidentenwahl des Jahres 1963 erreicht die ÖVP ein Stimmungstief, das zwar beim Parteitag des gleichen Jahres überwunden wird, doch zugleich entsteht durch die Pläne Olahs und die Habsburgerfrage die Gefahr einer Ausbootung der ÖVP aus der Regierung durch eine kleine Koalition SPÖ — FPÖ.

Aus diesen, aber auch aus Gründen, die in der Struktur der ÖVP und im Stil ihrer Entscheidungsprozesse zu suchen sind, gelang es nur in Ansätzen, ein längerfristiges strategisches Konzept zu entwickeln und in die Tat umzusetzen. Versuche dazu gingen zwar von einzelnen Politikern und politischen Gruppierungen, vom Management der Kärntner Straße und den Landespartei sekretärkonferenzen aus, doch in den entscheidungsbefugten Gremien der Parteileitung, der Ministerratsvorbesprechung oder der Verhandlungskomitees kam es vielfach nicht zu einer daran orientierten Willensbildung. Dafür einige Beispiele:

- Die Verhandlungen über die Regierungsbildung 1962/63. Im Verhandlungskomitee der ÖVP waren — summiert man nicht Personen, sondern die von den Mitgliedern damals oder vorher ausgeübten Funktionen — u. a. drei Bundeskanzler, drei Parlamentspräsidenten, drei Klubobmänner, drei Bundesparteiobmänner und drei Generalsekretäre vertreten, Anhänger einer starren und einer aufgelockerten Koalition und Befürworter einer auf die Übernahme des Außenministeriums sowie einer auf die Nationalisierung des Justizministeriums abzielenden Verhandlungstaktik.

- Die Kandidatur Raabs bei der Bundespräsidentenwahl 1963. Obwohl Bundespräsidentenwahlen längerfristig vorhersehbar sind, wurden Kandidaten wiederholt im letzten Augenblick „aus dem Hut gezogen“, statt sie von einer der wenigen möglichen Starttrampen aus systematisch aufzubauen. Die Ent-

scheidung für das vorhersehbare Debakel Raabs wurde erst am 24. Jänner 1963 getroffen, die Entscheidung zwischen Gorbach und Lugger für die Bundespräsidentenwahl 1965 fiel erst am 9. März dieses Jahres.

● Die Bildung des ersten Kabinetts Klaus. Die Ablösung von Gorbach durch Klaus lag zwar gewissermaßen in der Luft, wurde aber durch eine Art Ultimatum Gorbachs an die Bundesparteilitung am 24. Februar 1964 zu einem Zeitpunkt ausgelöst, in dem die ÖVP wegen ihrer nicht durch Wahlen bedingten einseitigen Regierungsbildung auf dem Höhepunkt der Habsburgkrise erpreßbar war. Schon damals verlangte die SPÖ neben einer Habsburgerklärung u. a. eine Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 6½ Monate.

● Die Bildung und Arbeitsweise der ÖVP-Regierung. Vor den Wahlen des Jahres 1966 forderte die ÖVP zwar eine „klare Mehrheit“, doch war Klaus für den Fall der Erringung einer absoluten Mehrheit zur Bildung einer verfassungskonformen und arbeitsfähigen Regierung der beiden großen Parteien entschlossen. Als sich die SPÖ weigerte, sich an der Regierung zu beteiligen, gelang Klaus wohl über Nacht die Bildung eines Gesamtkabinetts und die Ausarbeitung einer entsprechenden Regierungserklärung, doch mangels entsprechender Planspiele blieben eine Reihe von Fragen offen: etwa die Milderung des Einparteiencharakters der Regierung durch nicht der ÖVP angehörende Mitglieder; die Vorverlagerung des Interessenausgleichs, um eine rasche Willensbildung in der Regierung zu ermöglichen; die Erstellung einer Übernahmebilanz, um von der Koalition übernommene Probleme transparent zu machen; die Entwicklung einer Dramaturgie, welche die zweite Halbzeit der Gesetzgebungsperiode von unpopulären Maßnahmen freizulassen und eine für die Wähler attraktive Perspektive einer zweiten Gesetzgebungsperiode unter einer ÖVP-Mehrheit glaubhaft zu machen versuchte.

Auch ließe sich noch sagen, daß die ÖVP den Mangel an einer längerfristigen nicht nur sach-, sondern auch machtgerechten Strategie nur schlecht durch jene „zynische Improvisation“ zu kompensieren vermochte, die zum Stil der Ära Kreisky geworden ist. Eine zuweilen allzu hausbackene Redlichkeit, eine Hemmung beim Gebrauch simplifizierender Formeln, eine nie mehr so unbestrittene Autorität des Parteiführers wie auf dem Höhepunkt der Ära Raab, das 1966 noch stärker nachwirkende Trauma der Ersten Republik in einer gegenüber Gewerkschaftsbund und Bundespräsident doch riskanteren Situation und der Polyzentrismus einer Partei, deren Stär-

ken mehr in Interessenvertretungen und Ländern als im Programmatischen lagen, mögen — in unterschiedlicher Gewichtung — einige der dafür maßgebenden Gründe gewesen sein.

## Das Ringen um den Führungsanspruch

In der zu Ende gehenden Ära Raab war der Führungsanspruch der ÖVP in der Koalition nicht mehr zu begründen. 1957 wurde mit Schärff zum zweiten Mal ein Sozialist Bundespräsident und zwar gegen Denk als Kandidat der ÖVP und FPÖ. Raabs Weigerung, selbst zu kandidieren, sein „Denk“-Fehler und seine Erkrankung schwächten die ÖVP an der Spitze gegenüber der SPÖ, die unter der verjüngten Führung Pittermanns das Wahlergebnis 1956 nunmehr als annulliert betrachtete und 1958 mit ihrem neuen Programm aus dem Ghetto einer rein marxistischen und religionsfeindlichen Arbeiterklassenpartei auszubrechen versuchte. Die Wahl des Jahres 1959 bestätigte die sozialistische Gleichgewichtstheorie. Mit seinem Versuch, die „Arbeitsteilung“ der Koalition — die Schwarzen sorgen dafür, daß wirtschaftlich etwas da ist, und die Roten sorgen dafür, daß es sozial gerecht verteilt wird — „umzudrehen“, konnte Raab sich in der ÖVP nicht mehr durchsetzen.

Raabs Begründung für die zuerst in einem Gespräch mit Helmer ventilierte und nach Bericht im ÖVP-Verhandlungskomitee vorbehaltlich der Zustimmung der ÖVP-Bundesparteilitung vorgeschlagene Überlassung des Finanzministeriums an die SPÖ: „... daß sie ununterbrochen Forderungen stellen und wir ewig nein sagen und damit das Ergebnis der ewigen Abnützung unserer Partei bei den Wahlen erzielen“. Nach Ablehnung dieses Vorschlags in der Bundesparteilitung fühlte sich Raab zur Fortführung der Verhandlungen „verurteilt“ und ersuchte, ihn seines Auftrages zu entheben. Er erklärte in diesem Zusammenhang aber auch: „Eine Oppositionsstellung kommt für diese Partei nicht in Frage.“

Auf der anderen Seite gelang es aber auch Pittermann nicht, aus der programmatischen Erneuerung seiner Partei und der Gleichgewichtigkeit ihrer Position das Kapital einer allgemein als konstruktiv empfindenden Politik zu schlagen. Obwohl es in wichtigen Materien — EFTA, Konkordat, Schulgesetz, Landwirtschaftsgesetz — zwischen den Wahlen der Jahre 1959 und 1962 zur Einigung kam, blieb in diesem Gleichgewichtszustand die Frage der Entscheidungsfähigkeit bei Nicht-einigung offen. Mit dem Wahlkampf des Jahres 1962 gelang es der ÖVP, die Wähler von der Gefährlichkeit einer

sozialistischen Vorherrschaft zu überzeugen und ihren Führungsanspruch bestätigt zu erhalten. Sie verspielte jedoch diesen Führungsanspruch schon weitgehend mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung, bei denen es ungeachtet ihrer Rekorddauer weder zu einer Einigung in Sachfragen noch zu einer praktikablen Änderung der Entscheidungsstruktur kam.

Innerhalb der ÖVP umstritten war die Idee des „koalitionsfreien Raumes“, die insbesondere Withalm verfocht, während Raab die Koalition mit einem Ehevertrag verglich: „Wer im koalitionsfreien Raum spazieren geht, zerstört die Ehe“. Ebenso umstritten war die Forderung nach dem Außenministerium, die als „Falkenhayn-Strategie“ kritisiert wurde. Auch wurde die Vermutung geäußert, eine für Gorbach zu hoch gelegte Verhandlungslatte solle ihn scheitern lassen und schon 1963 zum Bundespräsidentenskandidaten umfunktionieren.

Aber auch innerhalb der SPÖ wurden die Meinungsverschiedenheiten über den Weg zur Erringung des Führungsanspruches immer größer. Wohl hatte sich Schärff mit Nachdruck für die Bildung einer Regierung der beiden großen Parteien eingesetzt und Pittermann verfolgte weiterhin die Taktik der Abnützung des ÖVP-Bundeskanzlers durch die Verkleinerung seines Erfolgsspielraumes in der großen Koalition; gleichzeitig aber verfolgte Olah, der Verteidiger Kreiskys bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung — „Das Außenministerium hängt nicht am Christbaum“ — eine auf die Bildung einer kleinen Koalition unter seiner Kanzlerschaft abzielende Politik. „Baulemente“, wie später eine Wahlrechtsreform zugunsten der FPÖ, die 1970 bei der Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung durch die FPÖ eine ausschlaggebende Rolle spielte, gehörten zu diesem Konzept. Als die ÖVP 1963 beim Klagenfurter Parteitag ihr Führungsproblem durch Kampfabstimmungen gelöst und 1964 Gorbach durch Klaus als Kanzler abgelöst hatte, sah sich die SPÖ mit einem weniger kompromißbereiten Partner konfrontiert. Theoretisch war die Versuchung, ihn durch Bildung einer kleinen Koalition auszuamövrieren, nun am größten und die Habsburgerfrage war auch propagandistisch bis zum „Habsburg-Kannibalismus“ und zur Bildung einer „republikanischen Mehrheit“ von SPÖ und FPÖ in dieser Frage hochgespielt. Doch nun hatte auch der Konflikt zwischen Pittermann und Olah seinen Höhepunkt erreicht und mit dem Sturz Olahs war auch die Chance einer SPÖ-FPÖ-Koalition vorerst verspielt. Dadurch entstand nicht nur rechts von der SPÖ die Olah-Partei, die bei den Wahlen des Jahres 1966 148.925 Stimmen er-



rang, sondern auch ein Linksruck der SPÖ durch die Wahlhilfe der Kommunisten, der zusammen mit der „Ausräucherung der Kronen-Zeitung“ und Fussach der ÖVP eine geballte Ladung an „Volksfront“-Argumenten lieferte. Doch der Wahlsieg der ÖVP im Jahr 1966 resultierte nicht nur aus abstoßenden Fehlern der SPÖ, sondern auch aus der größer gewordenen Attraktivität der ÖVP, die noch unter dem Titel der „Erringung des innovatorischen Vorsprungs“ behandelt wird.

Nach der Wahl des Jahres 1966 gab die SPÖ-Parteivertretung mit ihrer 30:10 Entscheidung vom 18. April scheinbar den Kampf um den Führungsanspruch auf. Sie entschied sich für die Oppositionsrolle und verzichtete auf die Beteiligung an einer Regierung, in der die ÖVP aufgrund ihrer parlamentarischen Mehrheit nicht mehr so wie bisher zu blockieren war. Anfänglich rechnete man in der SPÖ mit einer achtjährigen Oppositionszeit. Doch die geschickte Ausnützung äußerer Umstände wie z. B. der Rezession 1967 oder der Tschechenkrise 1968, der Blößen, die sich die ÖVP selbst gab, die personelle und programmatische Neuprofilierung der SPÖ unter Kreisky, den Pittermann parlamentarisch entlastete, und nicht zuletzt der größere Manövrierspielraum, den die SPÖ 1970 mit einer nur relativen Mehrheit besaß, verkürzten diesen Zeitraum. Während die ÖVP in einer von einem sozialistischen Bundespräsidenten und einem sozialistisch dominierten Gewerkschaftsbund mitbestimmten politischen Landschaft die FPÖ-Karte nie auszuspielen vermochte, konnte Kreisky eine Minderheitsregierung, gedeckt von Jonas, Benya und Peter, als Brückenkopf zur Erringung der absoluten Mehrheit benützen.

## Der innovatorische Vorsprung der ÖVP

Einen innovatorischen Vorsprung vor der SPÖ gewann die ÖVP schon im Zeitpunkt ihrer Gründung durch ihr Selbstverständnis als „Volks“-Partei, die als Partei neuen Typs nicht an die Tradition der Ersten Republik anknüpfte, sondern mit ihren „Programatischen Leitsätzen“ Antworten auf die Herausforderungen der Zweiten Republik suchte. Eindeutig war dieser ihr Vorsprung auch in nicht-traditionellen Politikbereichen wie in der Eigentums- oder Familienpolitik. Wo mit der Sozialpartnerschaft oder der direkten Demokratie Neuland betreten wurde, war sie initiativ mitbeteiligt. Mit dem Raab-Kamitz-Kurs hatte sie sich als Wirtschaftspartei neu profiliert und bei den Staatsvertragsverhandlungen mit der Neutralität zum Teil gegen sozialistischen Widerstand den Durch-

bruch erzielt. Nach der Niederlage bei der Bundespräsidentenwahl und der Pattstellung aufgrund der Nationalratswahl 1959 hatte sie jedoch diesen innovatorischen Vorsprung gegenüber einer personell und programmatisch erneuerten SPÖ weitgehend eingebüßt. Doch schon im Zeitraum 1958–60 setzte eine zum Teil gegen Raab gerichtete, zum Teil aber auch von ihm geduldete, ja geförderte Erneuerungsbewegung ein. Ausgangspunkt waren:

- Landesorganisationen wie die der Steiermark und von Salzburg. Die Landeshauptleute Krainer und Klaus fanden sich mit Exaußenminister Gruber u. a. in der „Neuen Österreichischen Gesellschaft“.

- Die Vorfeldorganisation des Österreichischen Akademikerbundes unter der einflussreichen Führung von Kamitz und Zimmer-Lehmann.

- Das noch unter Raab, Maleta und Scheidl erneuerte Management der Bundesparteileitung.

- Der von Raab selbst ins Spiel gebrachte Generalsekretär Withalm, der später diesem erneuerten und noch erweiterten Management die nötige politische Durchschlagskraft verlieh.

Schon beim Parteitag des Jahres 1958 war ein außenpolitischer Themenwechsel in Richtung Europa vollzogen worden. Im Sommer 1959 erarbeitete das Management der Kärntnerstraße „33 Vorschläge für Maßnahmen auf den Gebieten der Politik, der Organisation und der Propaganda zur Wiedererringung einer eindeutigen Führungsposition“.

Es zeichnete die fieberkurvenartige „Lebenslinie der Partei“, analysierte das Wahlergebnis vor dem Hintergrund der vergangenen und vorhersehbaren soziologischen Entwicklung und unter dem Aspekt des „Vormarsches der SPÖ durch Brechen der Sozialstruktur“. Aus dem Umstand, daß 81% der Wähler Lohn-, Gehalts- oder Pensionsempfänger oder deren Angehörige sind, wurde eine Erweiterung der zu schmalen Basis des Raab-Kamitz-Kurses durch ein die Jugend, die Arbeitnehmer und Pensionisten ansprechendes, die unterentwickelten Regionen und das Wohnungsproblem behandelndes Aktionsprogramm verlangt. Es wurde ein sozialer Dringlichkeitskatalog und die Jugendbürgerschaft vorgeschlagen, die bisherige „Nein- und schließlich Ja-Taktik“ der Partei kritisierte und auf die Notwendigkeit einer personellen Erneuerung hingewiesen. Schon damals wurde vor dem Verlust des burgenländischen Landeshauptmannes gewarnt und die stärkere Bedeutung der Persönlichkeiten im „visuellen Zeitalter“ betont. Im organisatorischen Teil wurden Aufgaben wie die der politischen Bildung und des „Mundfucks“, des Aufbaues einer Pensionistenorganisation und eines

Wählerservice als notwendig bezeichnet.

Die politischen der hier vorgeschlagenen Maßnahmen wurden durch den mit der Erstellung eines Aktionsprogrammes für den Parteitag des Jahres 1960 beauftragten Landeshauptmann Klaus aufgegriffen und durch weitere Vorschläge angereichert. Bereits in diesem Programm war von „Europareife“ die Rede, wurde ein Europa-Lohn-Plan verlangt und die Hebung der Volksgesundheit bildete einen der zwölf Schwerpunkte. Die organisatorischen Maßnahmen wurden unter dem auf diesem Parteitag gewählten Generalsekretär Withalm in der Kärntnerstraße selbst und auf dem Weg über die LandesparteiSekretärkonferenzen in Angriff genommen. In einzelnen Fragen wie z. B. der „Beteiligung am Betriebserfolg“ erwies sich jedoch die Beschlussfassung durch den Parteitag noch nicht als verbindlich genug und auch in der Parteioorganisation konnte ein zum Teil personell, zum Teil finanziell bedingtes Effizienzgefälle nicht ganz ausgeglichen werden.

Auch für den Parteitag des Jahres 1963 legte die ÖVP neben dem Entwurf des „Klagenfurter Manifestes“ als neues Grundsatzprogramm grundsätzliche Betrachtungen Withalms und Pisas für die bis 1970 zu betreibende Politik vor. Withalm forderte für die sechziger Jahre, in denen es die ÖVP nicht leichter, sondern schwerer haben werde als in der Nachkriegszeit programmorientiertes Handeln, eine initiativ und konzeptive innerparteiliche Willensbildung, engsten Kontakt mit der öffentlichen Meinung und organisatorische Erfassung aller neuen oder bisher vernachlässigten politischen Gruppen. Pisa sah auf längere Sicht nur die Möglichkeit der Bewährung einer aufgeklärten Koalition oder die der Aufgabenteilung der beiden großen Parteien zwischen Regierung und Opposition. Durch die Koalitionskrise trete die „langsame Gewöhnung an den Gedanken“ ein, daß „die einfache Mehrheit eine ausreichende Quelle der Legitimität darstellt“. Einen weiteren Innovationsschub stellte die noch 1965 konzipierte und am 14. Jänner 1966 von Klaus der Öffentlichkeit vorgestellte „Aktion 20“ dar. Sie war das erste Kooperationsmodell zwischen Politik und Wissenschaft, eine prospektive, die nächsten 20 Jahre ins Auge fassende politische Konzeption und thematisierte bereits den Umweltschutz als politische Aufgabe. Der Parteitag des Jahres 1966 stand ganz im Zeichen der „Aktion 20“, bot österreichischen Wissenschaftlern wie Fellinger, Koren, Rosenmayr, Tuppy und Winkler eine politische Plattform und diente durch Gastreferenten wie Anners und Dahrendorf der thematischen und ideologischen Öffnung der

Partei. Die Umsetzung der längerfristig konzipierten Vorschläge der Wissenschaftler in den tagespolitischen Entscheidungsprozeß der Partei erwies sich jedoch als weniger erfolgreich.

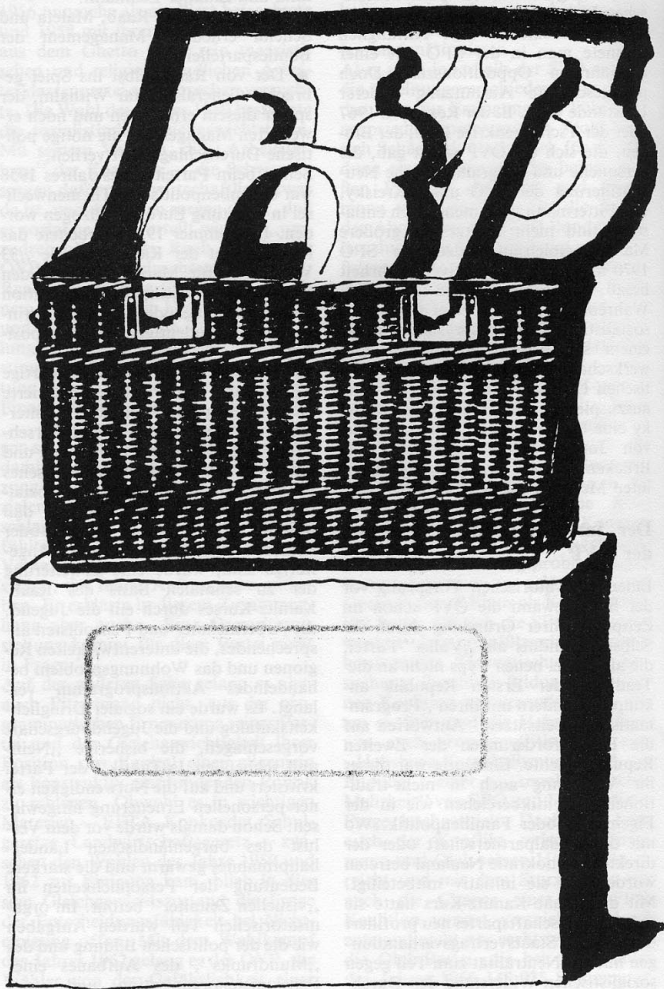
Immerhin konnte die ÖVP unter Klaus als Kanzler ausgestattet, mit der absoluten Mehrheit des Jahres 1966, ihren innovatorischen Vorsprung auch in der Gesetzgebung ausbauen: noch in diesem Jahr durch das Rundfunkgesetz, die sechs Wachstumsgesetze, das Allgemeine Hochschulstudiengesetz und das ÖIAG-Gesetz, 1967 durch das Wohnbauförderungs- und das Forschungsförderungsgesetz, 1968 durch das Arbeitsmarktförderungs-, das Strukturverbesserungs- und das Berufsausbildungsgesetz und 1969 durch das Bundesbahngesetz, die Wasserbautenförderungsgesetznovelle, das Gewerbestrukturverbesserungs- und das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz, um nur die wichtigsten Gesetze zu nennen. Sowohl in der Außenpolitik von Südtirol bis zu den östlichen Nachbarstaaten als auch bei Großprojekten, ging die ÖVP damals neue Wege. Gerade die Fülle der damals beschlossenen Gesetze ließ jedoch die Öffentlichkeit ihren Wert nicht leicht erkennen. Auch erlahmte der Reformschwung zum Teil aus innerparteilichen und zum Teil aus budgetären Gründen. Angesichts eines im Mai 1969 vermuteten Budgetabganges von acht Milliarden für dieses Jahr sah man „die Grenze für alle weiteren Wünsche erreicht“. So kam es durch den Korenplan des Jahres 1968 zu einer erst 1970 ihre Früchte tragenden Strukturverbesserungs- und Wachstumspolitik. Durch Korens „Paukenschlag“ erfolgte zwar eine beispielhaft seriöse Budgetsanierung, doch im Wahlprogramm für 1970 fehlten handgreifliche Vorteile für Präsenzdiener, Wohnungssuchende oder Bezieher von Witwenrenten. Zukunftsträchtige Themen wie Wahlrechtsform, Volksanwalt, Mittelstandspolitik und Volksgesundheit wurden allerdings auch in diesem Programm angesprochen.

Eine Episode blieb der im Jahr der Studentenrevolte unternommene Versuch, sich anlässlich der Feier für die Jugend Österreichs zum Nationalfeiertag für alle politischen Gruppierungen zu öffnen. Ein gemeinsamer Entwurf einer Proklamation der Jugend Österreichs änderte nichts an der Ablehnung der Form dieses kritischen politischen Workshops nicht zuletzt innerhalb der Regierungspartei.

Bleibt noch die spekulative Frage, inwieweit sich bei größerer Kontinuität in der Führung der ÖVP, einer längerfristig konzipierten nicht nur sach-, sondern auch machtgerechten Politik und einer dauerhaften Institutionalisierung der „Aktion 20“ der Innovationsvorsprung, den die SPÖ seit 1967

unter Kreisky zu erringen begann, wettmachen hätte lassen. Entscheidend für die Demokratie bleibt, unabhängig von dieser Frage, daß sich der Wettbewerb um die Wählerstimmen in den Jahren 1958/60 — 1970 nicht nur in Versuchen der Stimmenmaximierung durch Lizitation ausgewirkt hat, sondern auch in personellen, programma-

tischen, methodischen und organisatorischen Konsequenzen der Parteipolitik. Ein Lernprozeß fand statt, der nicht nur nach Niederlagen, sondern auch im Besitz eines Vertrauensvorschlusses der Wähler niemals abgebrochen werden sollte, wenn sich die Demokratie als das leistungsfähigere politische System bewähren soll.



# ÜBER DEN „WANDEL“ DER SPÖ IN DER 2. REPUBLIK

**D**er Wandel der politischen Anschauungen der österreichischen Sozialisten in der Zweiten Republik läßt sich am besten erkennen, wenn man einen Vergleich mit der Haltung anstellt, welche die Sozialdemokratie in der Ersten Republik eingenommen hat. Aus didaktischen, aber auch aus sachlichen Gründen werde ich mich bei diesem Vergleich vornehmlich auf die politischen Kategorien beziehen, die Norbert Leser bei ihrer Tagung im März 1980 erwähnt hat, als er über „Die Rolle der Sozialdemokratie in der Ersten Republik“ sprach.<sup>1)</sup> Dabei wird im Detail von mir der Hauptakzent auf die Zeit nach 1958 zu legen sein, weil die SPÖ in diesem Jahr ein neues Parteiprogramm beschlossen hat. Dieses löste sozusagen das vielumstrittene Linzer Programm aus dem Jahre 1926 ab. Es ist dann seinerseits aber auch wieder ein Vorläufer des heute geltenden aus dem Jahre 1878, das den Wandel der SPÖ noch stärker ausgeprägt aufweist.<sup>2)</sup> In den Rahmen dieser Entwicklung möchte ich meine Darlegungen hineinsetzen und sie in sechs Abschnitte gliedern, die ich allerdings wegen der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit im einzelnen nur sehr kursorisch werde behandeln können.

1. Leser hat mit Recht als einen wesentlichen Bestandteil der politischen Theorie der österreichischen Sozialdemokratie das Postulat von der Einheit hervorgehoben.

Es ist hier nicht die Rede von der Fiktion einer Einheit der gesamten Arbeiterbewegung, welche die Sozialdemokratie repräsentiert oder repräsentieren sollte. Daß es in der Arbeiterbewegung einen rechten Flügel, etwa als Christliche Arbeiterbewegung gab und gibt,<sup>3)</sup> wird zwar manchmal in gewissen Äußerungen von Sozialisten vergessen, letztlich aber doch anerkannt, aber als belanglos für die Forderung nach der „Einheit“ betrachtet. Diese wird bloß auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung beansprucht und sie hat dort auch tatsächlich seit fast einem Jahrhundert alle Spaltungen innerhalb der sozialistischen Bewegung Österreichs verhindert.

Diese Einheit wurde 1934 bedroht, als viele Aktivisten der Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei wanderten. Es war aber das Verdienst Otto

Bauers und seiner Lehre vom „Integralen Sozialismus“,<sup>4)</sup> die er in der Emigration entwickelt hat, daß trotzdem in der illegalen Bewegung der Revolutionären Sozialisten die Abrenzung gegen die KP bewahrt wurde<sup>5)</sup> und diese 1945 so wie schon in der Ersten Republik eine Kleinstpartei blieb und bald innerhalb der österreichischen Linken bloß eine politische Sekte bildete.<sup>6)</sup> Selbst die Affäre Erwin Scharf, der als Zentralsekretär der SPÖ sich allmählich zur KP wendete, vermochte die neue Einheit nicht zu gefährden.<sup>7)</sup> In der sogenannten Eisenstädter Erklärung des Jahres 1969<sup>8)</sup> wurde die Abkehr von den Kommunisten nochmals fixiert, nachdem sie schon im Parteiprogramm 1958 ausgesprochen worden war. Dort hieß es nämlich bereits: „Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner des Faschismus und des Kommunismus.“

Im neuen Namen der SPÖ: Sozialistische Partei Österreichs, in Klammern: Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten, wurden 1945, die beiden Flügel, die in der Illegalität die Partei repräsentierten, wohl noch betont. Die Ideologie der RS allerdings schwächte sich allmählich immer mehr ab. Die SPÖ wurde eindeutig reformistisch, wie es im politischen Jargon der Linken heißt.<sup>9)</sup> Sie distanzierte sich damit von den austromarxistischen Formulierungen ihres Linzer Programms. Und heute pflegen viele Sozialisten es sogar vorzuziehen, sich als Sozialdemokraten zu bezeichnen, selbst wenn sie, wie etwa Bruno Kreisky, seinerzeit, 1936, beim großen Prozeß als Revolutionäre Sozialisten<sup>10)</sup> vor dem Tribunal des Ständestaates unter Anklage gestanden waren.

Eine gewisse Auflockerung der Einheit, die allerdings in anderer Form eine Stärkung der Partei bewirkte, ergab sich in der SPÖ durch die zentrifugale Verlagerung ihrer Schwerpunkte von Wien weg in die Bundesländer. Im Vergleich mit der alten Sozialdemokratie ist die SPÖ viel weniger zentralistisch. „Aus einer Partei mit hauptsächlich Wiener Charakter ist die SPÖ in der Zweiten Republik zu einer gesamtösterreichischen Partei geworden“, sagt daher Felix Kreissler.<sup>11)</sup>

Das Parteistatut und die Praxis der Parteiführung mußte dem Umstand Rechnung tragen, daß sich die Basis der Parteimitglieder und der Wählerschaft in neue soziale Schichten verbreitert hatte, die außerhalb von Wien liegen. Damit verband sich auch die Notwendigkeit, eine programmatische Auflockerung der Ziele der Partei vorzunehmen, was sich in den internen Diskussionen der Sechzigerjahre bemerkbar machte und beim Parteitag 1967 kulminierte. Der dort gewählte neue Parteivorsitzende, Bruno Kreisky, erhielt seine Mehrheit durch die Stimmen der Bundesländerdelegierten. Ohne die Einheit der Partei zu sprengen, hatte sich der Reformwille des gemäßigten Flügels aus den Bundesländern durchgesetzt, den — um hier mit Absicht eine Stimme aus der Steiermark zu zitieren — Adalbert Sebastian beim Parteitag mit folgenden Worten ausdrückte: „Im Kampf um die Mehrheit in diesem Staate mußten beide großen Parteien Zugeständnisse an Wählergruppen machen, an die wir vorher nie gedacht haben. Und nehmen wir doch zur Kenntnis: Die ÖVP ist nicht mehr die Hausherrnpartei und die Partei der Großkapitalisten, und wir sind nicht mehr die Partei der Proletariat.“<sup>12)</sup>

Daß diese Vormachtstellung Wiens innerhalb der Partei gebrochen war, erwies sich in den Sechzigerjahren sehr deutlich. Beim Rundfunkvolksbegehren zum Beispiel gingen manche Landesvertreter andere Weg als die Zentrale in Wien. Und vornehmlich in der Bundeshauptstadt spielte sich dann ein gefährlicher Einbruch in das einheitliche Gefüge der Partei ab. Die Erschütterungen durch die Jugendunruhen dieses Jahrzehnts, die in Österreich sowieso überaus schwach waren, wenn man sie mit ähnlichen Ereignissen in anderen Ländern vergleicht, konnten leicht abgewehrt werden. Allerdings hatte eine Aktion der Linksoption der Jugend etwas zustande gebracht, was in der demokratischen Republik noch nie geschehen war: die Störung einer Maiveranstaltung, und zwar am 1. Mai 1968 vor dem Wiener Rathaus, wenngleich nur des Volksfestes, das am Nachmittag abgehalten wurde.<sup>13)</sup>

Massivere Auswirkungen zeitigte dagegen der „Fall Franz Ohla“, über den die Akten der Historiker nicht geschlossen sind, so daß eine kompetente Interpretation noch ausständig ist. Kurz die Fakten: Dem ehemaligen Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, einem prominenten Antifaschisten, der im Konzentrationslager der Nationalsozialisten interniert war, Präsident des Nationalrates, später Innenminister gewesen ist, wurde vorgeworfen, in eine mysteriöse Zeitungsgründung verwickelt zu sein und dabei zweifelhafte Geldmanipulationen vorgenom-



men zu haben. Er wurde aus der SPÖ ausgeschlossen, später vor Gericht gestellt und zu einem Jahr Kerker verurteilt, das er auch absitzen mußte.<sup>14)</sup> In der Zeit der langjährigen Auseinandersetzungen über seine Tätigkeit gründete er eine eigene neue Partei (DFP) und vermochte infolge seines persönlichen Charismas, das er sich schon bei der Niederschlagung der von Kommunisten ausgelösten Unruhen im Oktober 1950<sup>15)</sup> erworben hatte, eine ansehnliche Klientel um sich zu scharen und dadurch die SPÖ zu schwächen, was zu der empfindlichen Wahlniederlage im Jahre 1966 beitrug, welche der ÖVP die Alleinregierung ermöglichte.

Die Einheit der SPÖ wurde dadurch dennoch nur für eine kurze Zeitspanne angetastet, weil das politische Programm, das Ohla vertrat, keine ernsthaft Alternative zur SPÖ darstellte, sondern sich nur als populistische Aktion eines politisch begabten und offenbar sehr ehrgeizigen Einzelgängers enthüllte. Der Mythos von der Einheit des österreichischen Sozialismus hat auch diese Belastungsprobe bestanden. 2. Leser hat weiters mit Recht vermerkt, „daß die österreichische Sozialdemokratie von allem Anfang an einen quasi religiösen Charakter“ besaß und sich als „eine Art Gegen- und Ersatzkirche gefühlt hat“ und dadurch mit Religion und Kirche im Konflikt lebte. Diese Haltung ist 1945 in der SPÖ nicht mehr vorhanden, wenngleich sie gelegentlich und in manchen Gruppierungen innerhalb der Partei nicht völlig verschwand. Die Position, in einem Kultur-Ghetto zu wirken, ist jedenfalls allmählich immer mehr abgebaut worden. Der Dialog mit religiösen Partnern<sup>16)</sup> wurde nicht zuletzt dadurch gefördert, daß die katholische Kirche schon 1933 alle Priester aus den Führungspositionen in politischen Parteien zurückgezogen hatte, was allerdings erst nach 1945 bedeutsam wurde, als man gelegentlich sogar von der „Äquidistanz“ zu allen Parteien sprach, was bekanntlich die Kritik der ÖVP an der kirchlichen Führung provozierte. Der weltanschaulich-philosophische Pluralismus, der im Austromarxismus auch früher schon vorhanden war und diesen z. B. vom sogenannten DIAMAT, der Orthodoxie des Dialektischen Materialismus fernhielt,<sup>17)</sup> dämpfte den überhitzen Eifer im Freidenkertum mancher Sozialisten und ließ sowohl dem Agnostiker als auch dem praktizierenden Katholiken genügend viel Raum in der Partei. Im Zeichen des sozialen Gehalts der Evangelien, den die neueren Sozialenzyklen in den Vordergrund rückten, trafen sich Linkskatholiken und Sozialdemokraten bei den Versuchen zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme. Differenzen gab es wohl noch immer über Einzelheiten des realen religiösen

Lebens und den Forderungen der Institutionen, die man mit dem umstrittenen Begriff „Amtskirche“ zu kennzeichnen versucht. Doch auch hierbei wurden Kompromisse geschlossen oder Tatsachen wenigstens zeitweise außer Streit gestellt, etwa in den Angelegenheiten: Schulgebet, Abmeldung von der Teilnahme am Religionsunterricht, Subventionierung der konfessionellen Privatschulen, Standesamtliche Trauung, Scheidungsrecht, ja in gewissem Sinne auch die Abschaffung des ehemaligen Paragraphen 144 des Strafgesetzes, über den es in der Ersten Republik schwerste Konflikte gegeben hatte.

Der Abbau des Anspruchs der sozialistischen Bewegung, eine „Ersatzkirche“ zu sein, hat auf der anderen Seite zweifelsohne einen Verlust auf dem Gebiete der kulturellen Eigenständigkeit mit sich gebracht, die in der Ersten Republik zur Ausbildung einer regen und vielseitigen sozialdemokratischen Kulturbewegung geführt hat. Wir sind uns erst in den letzten Jahren wieder bewußt geworden, wie weitverzweigt und tragfähig diese Aktivitäten unter den österreichischen Sozialisten gewesen sind.<sup>18)</sup> Die 1934 abgewürgt wurden und 1945 nicht mehr oder bloß in äußerlichen organisatorischen Formen weitergeführt werden konnten. Die neuen Verhältnisse haben vor allem die ethischen Maximen, an denen der österreichische Sozialismus orientiert war, in den Hintergrund gerückt. Die Ausbildung zum „Neuen Menschen“ — wie das Stichwort hieß — der sich durch solidarisches Gemeinschaftsbewußtsein auszeichnen sollte und ein hohes Maß an ethischem Idealismus forderte, war in der sozialistischen Erziehung damals angestrebt worden.<sup>19)</sup> Nun griff — übrigens keineswegs bloß in der SPÖ, sondern in allen Parteien — eine allgemeine Ent-Ideologisierung um sich, die bei der Bewältigung gesellschaftlicher und einzelmenschlicher Probleme eine Sozialtechnik unter Vernachlässigung der Sozialethik propagierte.

Erst in dem neuen und neuartigen „Humanprogramm“ der SPÖ aus dem Jahre 1969 wurde versucht, diesen Tendenzen entgegenzutreten und damit Lücken im ideologischen Bereich des Sozialismus in der Gegenwart zu schließen. Dort wird daher etwa auf die Gefahren der „Entpersönlichung“ des Menschen hingewiesen, die infolge der Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens auftreten. In Fortsetzung ihrer Traditionen aus der Zeit der Ersten Republik bekennt sich also die SPÖ heute zu den Prinzipien eines „neuen sozialistischen Humanismus“, wie es schon im Parteiprogramm 1958 hieß, dessen erster Satz lautet: „Die Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung, ... deren Ziel die freie Ent-

faltung der menschlichen Persönlichkeit ist.“<sup>20)</sup>

3. Eine völlige Umstellung erfolgte in der SPÖ weiters in dem Punkte, den Leser als Anschlußgedanken bezeichnet. Die großdeutsche Anschlußideologie, welche in der österreichischen Sozialdemokratie als ein Erbe der liberalen Revolution des Jahres 1848 wahrgenommen worden war, wurde zwar bereits 1933, nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland, aus dem Programm entfernt, sie fand aber sogar nach 1945 noch einen Fürsprecher in keinem geringeren als in Friedrich Adler, der letzten Endes deshalb nicht nach Österreich zurückkehrte, weil sich die SPÖ nicht mehr zu einer gesamtdeutschen Republik bekannte.<sup>21)</sup> Adolf Schärf hat in seinen „Erinnerungen“ berichtet, wie 1943 illegal tätige deutsche Sozialdemokraten, die dann später in der Generalsrevolte des 20. Juli 1944 ums Leben gekommen sind, mit der Frage an ihn herantraten, ob die österreichischen Sozialisten sich wieder zu Deutschland rechnen werden. Er antwortete ihnen: „Der Anschluß ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden.“<sup>22)</sup>

Nach der Abkehr von der Anschlußideologie der Vergangenheit kam es allmählich innerhalb der SPÖ sogar zum Aufbau eines bescheidenen Österreich-Patriotismus, den man mit der Tradition des sozialistischen Internationalismus zu verbinden verstand. Hier mag daran erinnert werden, daß die Sozialistische Internationale nach Friedrich Adler als Generalsekretär von dem Österreicher Julius Braunthal administriert wurde und daß Bruno Pittermann 1964 Präsident der SI geworden ist. Dessen Sekretär war der Österreicher Hans Janitschek, der bei Zusammenkünften der österreichischen Sozialisten in London das „Fiakerlied“ zu singen pflegte — eine Exhibition, die für Braunthal unverständlich und für Friedrich Adler undenkbar gewesen wäre, aber bei einigem guten Willen von uns als Zeichen des neuen lokalen Österreich-Patriotismus der SPÖ betrachtet werden kann.

Die Konstituierung dieses Patriotismus wurde allerdings auf Grund der vorangegangenen historischen Ereignisse von zwei Seiten gefährdet: Deutschnationale Gefühlsreste wirkten ihm ebenso entgegen wie die Resistenz gegen eine als reaktionär interpretierte Österreich-Ideologie, wie sie der Habsburg-Mythos darstellte. Beides wurde erst allmählich zurückgedrängt, aber vielleicht bis heute nicht ganz überwunden.

Die sogenannte „Bewältigung“ der NS-Vergangenheit, die dabei eine Rolle spielte, ist ja wohl in allen Parteien ein Problem gewesen. Sie hat einen politischen Opportunismus produziert

und bei der SPÖ eine deutliche Förderung der neuen, kleineren, nichtsozialistischen Partei der Unabhängigen, später der FPÖ bewirkt, also des sogenannten „nationalen Lagers“, weil man dadurch eine Schwächung der ÖVP erhoffte. Kurt Skalnik hat über diese Zusammenhänge nicht ohne Bitterkeit einmal vermerkt: „Seither spielte sich nicht selten die Auseinandersetzung österreichischer Demokraten mit dem hin und wieder auftauchenden Ungeist einer üblen Vergangenheit zumeist ohne die Unterstützung des offiziellen Österreich ab. Bedauerndes Achselzucken rechts, verlegenes Lächeln links: Rücksichten auf potentielle Wähler...“<sup>23)</sup>

Der Österreich-Patriotismus der SPÖ wurde in den Sechzigerjahren weiters dadurch stark gehemmt, weil er für viele Konservative mit der „Habsburg-Frage“ in Zusammenhang gebracht wurde. Es ging um die Erlaubnis zur Rückkehr nach Österreich für Otto Habsburg. Der „Habsburger-Kannibalismus“, wie Günther Nennung die Affekte der SPÖ nannte, die bei den Auseinandersetzungen darüber sichtbar wurden,<sup>24)</sup> entstand aber nicht bloß infolge des Gegensatzes zwischen einer schon absolut gewordenen monarchistischen Tradition und einem betonten Republikanismus. In den Argumenten, die diskutiert wurden, warum der Habsburger überhaupt zurückkehren wollte, tauchte nämlich auch die Theorie auf von einem über den Parteien stehenden „Justizkanzler“, dessen Position er vielleicht einnehmen könne. Und da er außerdem, um seine Einreise zu erwirken, die obersten Gerichte der Republik anrief, die jedoch unklar reagierten, spitzte sich die Frage plötzlich darauf zu, wie der damalige Justizminister Christian Broda es formulierte, ob Österreich ein Verfassungsstaat bleiben, oder zu einem Juristen- und Richterstaat werden sollte.<sup>25)</sup> Damit trat aber neben das Gespenst der alten Monarchie wie aus einer Versenkung auch das Gespenst des autoritären Ständestaates, dessen formalrechtliche Grundlage ebenfalls auf eine fragwürdige juristische Interpretation eines Gesetzes, nämlich des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 beruht hatte.

Die Habsburg-Diskussion trat später in den Hintergrund. Die Kontroverse um die Bewertung der Zeit des autoritären Ständestaates und dessen Patriotismus hielt sich länger. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte man ja auf vielen Gebieten nicht an 1933 oder 1934, sondern an den März 1938 angeschlossen und oft so getan, als ob zwischen 1934 und 1938 alles in Ordnung gewesen wäre. Die Restauration dessen, was von alten Sozialdemokraten als Austrofaschismus bezeichnet wurde und sich besonders bei Personalbe-

setzungen auswirkte, hat das innenpolitische Klima immer wieder belastet, besonders als die Generation allmählich abtrat, in deren Erinnerung die Verfolgungen durch das Hitler-Regime noch nach gewesen waren, die man gemeinsam zu erdulden hatte.

Im Grundsätzlichen allerdings waren die Gegensätze allmählich abgebaut worden und hatten im Geiste der neuen Demokratie der Bereitschaft zur Zusammenarbeit Platz gemacht. Damit komme ich auf den Punkt zu sprechen, der den Wandel im österreichischen Sozialismus am deutlichsten erkennen läßt.

4. Leser hat diesen Punkt als die Oppositionshaltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Staat bezeichnet, die seit 1920 das politische Leben der Ersten Republik charakterisiert und zu deren Untergang wesentlich beigetragen hat. 1945 wurde diese Haltung völlig abgelegt. Hatte man einst in der Ersten Republik sich noch an der Parole orientiert: „Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel!“, so hatten die bösen Erfahrungen seit 1933 gelehrt, daß — nach einem Wort des italienischen Sozialisten Matteotti — man die Demokratie ebenso wie die Luft zum Atmen erst dann als lebensnotwendig erkennt, wenn sie einem entzogen wird.<sup>26)</sup> Die österreichische Sozialdemokratie hatte sich damit die Maximen des internationalen „Demokratischen Sozialismus“ — übrigens ein Begriff, den wahrscheinlich der Austromarxist Rudolf Hilferding geprägt hat — zu eigen gemacht. Das uneingeschränkte Bekenntnis zur Demokratie, das nunmehr von allen politischen Gruppierungen abgegeben wurde, erleichterte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in einer Koalition mit anderen, selbst wenn die SPÖ dabei nur die zweite Position beziehen konnte. Diese Haltung wurde auch nach der Notzeit der ersten Jahre in der Zweiten Republik dem Prinzip nach nicht aufgegeben. Kurt Shell spricht in diesem Zusammenhang sogar vom „Hang zur permanenten Koalition“, der in der SPÖ damals vorhanden war.<sup>27)</sup> Und Stella Klein-Löw berichtet in ihren selbstbiographischen Aufzeichnungen über eine Äußerung des jungen Peter Strasser, dem Repräsentanten der Sozialistischen Jugend, der in der Partei als „Linker“ galt. Als bei einer Sitzung des Parteivorstandes Schärff über die Koalitionsgesinnung sprach, meinte dieser — vielleicht nicht frei von Ironie: „Wer kann da noch von rechts oder links sprechen? Was er sagt, ist revolutionär. Dagegen sind wir konservativ.“<sup>28)</sup>

Das sogenannte „Programm für Österreich“, mit dem die SPÖ 1966 in den Wahlkampf ging, war daher ebenfalls noch „im wesentlichen ein Regierungsprogramm für eine Koalitionsre-

gierung, allerdings unter sozialistischer Führung.“<sup>29)</sup>

Die sogenannten „Abnützungserscheinungen“ der großen Koalition, die vornehmlich die SPÖ schwächten und zu deren inneren Krise in den Sechzigerjahren beitrugen, hatten in ihren Reihen dennoch die Koalitions müdigkeit nicht so stark anwachsen lassen, wie dies bei der ÖVP der Fall war. Vor allem blieb selbst nach der Wahlniederlage des Jahres 1966 das Vertrauen in die Tragkraft der parlamentarischen Demokratie unerschüttert.

Der Leitspruch der illegalen Revolutionären Sozialisten war gewesen: „Wir kommen wieder!“ Nun hielt man sich gleichsam an das Wort: „Uns kann man nicht mehr ausschalten!“ Trotz zeitweiliger Rückschläge hatte die SPÖ allmählich so viele Positionen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens besetzt oder unter ihre Kontrolle gebracht, daß die Erfolge im Sinne ihres Programms deutlich sichtbar wurden. Dies geschah vor allem in Hinsicht auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik, über die nunmehr noch einige Bemerkungen gemacht werden müssen.

5. In der Beurteilung der Leistungen, welche die Sozialdemokratie in der Ersten Republik zustande brachte, nimmt das Werk der Sozialgesetzgebung, das in den Jahren bis 1920 von Ferdinand Hanusch realisiert werden konnte, einen hervorragenden Platz ein. Es zählt zum politischen Leid der Sozialisten, daß diese Gesetze in den späteren Jahren aufgeweicht und unter dem Schlagwort: „Wegräumen des revolutionären Schutts“ verschlechtert wurden und dadurch die materielle Not der Menschen in der Wirtschaftskrise um 1930 vergrößert wurde.

Trotz der anfänglichen schwierigen wirtschaftlichen Lage suchte man daher nach 1945 an diese Tradition der österreichischen Sozialpolitik von damals wieder anzuschließen. Da sich die Verhältnisse bald besserten, konnte dies geschehen und sogar die Zustimmung der politischen Gegner erlangen. Die Formen der Austragung sozialer Konflikte hatten einen anderen Charakter erhalten, der die Begriffe der austromarxistischen Theorie aus den Zeiten der Ersten Republik überholt erscheinen ließen. Bruno Pittermann hat das in der ihm eigentümlichen witzig ironischen Weise einmal pointiert ausgedrückt. Bei einer Feier für den damaligen Sozialminister Karl Maisel sagte er in Anspielung auf das Sprichwort von der Axt im Haus und dem Zimmermann: „Der Maisel im Ministerium erspart uns den Klassenkampf.“

Diese neue Haltung des Konsensus zwischen den politischen Kräften des Landes brachte es mit sich, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik „eine Beschränkung der Sozialgesetzgebung

auf den Kreis der Arbeitnehmer nicht mehr ausreichte", sondern auch deren Randschichten, aber auch Selbständige und vor allem Bauern einbezogen wurden. Alfred Klose spricht in diesem Zusammenhang mit Recht von „Neuen Dimensionen der Sozialpolitik".<sup>30</sup> So hat etwa die Ausweitung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) bewirkt, daß 1955 70 Prozent, 1974 aber bereits 96 Prozent der österreichischen Bevölkerung durch eine gesetzliche Krankenversicherung geschützt waren.<sup>31</sup> Ähnliches geschah allmählich auch hinsichtlich des Pensionsrechtes.

Diese Entwicklung wurde zweifellos dadurch unterstützt, daß man bereits 1945 die gewerkschaftliche Organisation in Österreich nach Gesichtspunkten geordnet hatte, die von denen der Ersten Republik abwichen. Der ÖGB als einheitliche Großorganisation, die dennoch in demokratischer Weise Fraktionierungen gestattete, hat das innenpolitische Leben und die Konsenspolitik in Österreich nach 1945 weitgehend bestimmt und neben der Sozialpolitik auch die Wirtschaftspolitik stärkstens beeinflusst. Eine der Grundlagen der vielbesprochenen Sozialpartnerschaft ist wohl darin zu sehen. Die SPÖ verstand es dabei speziell auf dem Gebiete der Wirtschaft die allgemeinen gewerkschaftlichen Interessen mit denen ihres Programmes zu koppeln, und beide einander anzupassen, was allerdings auch in diesem Bereiche eine Abkehr von Vorstellungen notwendig machte, die in der Ersten Republik wirksam gewesen sind.

6. Auf dem Gebiete der Wirtschaft galt durch lange Jahre innerhalb der sozialistischen Bewegung die Maxime, daß es notwendig sei, die Privatwirtschaft in eine Gemeinwirtschaft überzuführen, sei es durch Verstaatlichung, sei es durch Sozialisierung. Schon in den Programmen der Sozialdemokratie in der Ersten Republik wurden hierbei gewissen Ausnahmen, etwa was Kleinbetriebe oder die Landwirtschaft betraf, gestattet. In der Zweiten Republik stellte man sich von Haus aus auf den Boden einer gemischten Wirtschaft von privaten und sozialisierten Betrieben. Wohl wird im Programm 1958 noch gefordert, „eine gerechtere Eigentumsordnung und ein besser funktionierendes Wirtschaftssystem, in denen der Gemeinschaft die volle Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsfaktoren zukommt." Andererseits wird von einem „demokratischen Ausgleich zwischen persönlichen und gemeinwirtschaftlichen Interessen" gesprochen. Und schließlich heißt es: „Klein- und Mittelbetriebe sowie Eigentum, das der eigenen Arbeit dient, werden keinesfalls vergesellschaftet werden."

Diese Haltungsänderung, die sich in

der Praxis der Wirtschaftspolitik noch stärker durchsetzte, als es die theoretische Formulierung vermuten ließ, wurde der SPÖ nicht zuletzt deshalb leicht gemacht, weil nach 1945 bei der Liquidierung des sogenannten „Deutschen Eigentums" von seiten des politischen Hauptpartners den Plänen der Sozialisten nur wenig Widerstand entgegen gesetzt wurde, zumal man in weiser Beschränkung eine Politik verfolgte, die Adolf Schärf einmal mit folgenden Worten umschrieb: „Es ist nicht günstig, wenn wir die Front gegen die ÖVP richten. Wir müssen unsere Taktik so einrichten, daß sie gerade noch mitkommt."<sup>32</sup>

Erfolgreicherweise nahm das „Experiment" der Sozialisierung hinsichtlich der Verstaatlichung der Großindustrie in der Zweiten Republik auch einen anderen Verlauf als nach 1918. Damals, am Beginn der Ersten Republik, als die Sozialisten ein Sozialisierungsprogramm in Angriff nahmen, wurde ihnen — wie es Erwin Weissel,<sup>33</sup> einer der Geschichtsschreiber dieser Vorgänge ausgedrückt hat — „die Gunst des Augenblicks im ungünstigsten Augenblick" geschenkt, nämlich als die völlige Zerschlagung der Wirtschaft infolge der Auflösung der Monarchie eingetreten war. 1945 stand man wohl vor der gleichen Situation. Doch diesmal glückte es: Die verstaatlichten Betriebe bauten sich allmählich gemeinsam mit den ebenfalls im Aufstieg begriffenen privaten Unternehmungen in die Gesamtheit her von der Konjunktur der Nachkriegszeit bestimmten Ökonomie ein. Dabei wurde auch nach und nach das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben ausgebaut, denen auf wirtschaftlichem Gebiete größere demokratische Rechte zufallen sollen. Im Programm 1958 heißt es diebezüglich: „Die Wirtschaftsdemokratie ist die unentbehrliche Ergänzung und Vervollendung der politischen Demokratie." Damit wurde angestrebt, einen Weg „Von der Klassengesellschaft zur sozialen Demokratie"<sup>34</sup> zu beschreiten, wie kennzeichnender Weise eine Broschüre genannt wurde, in der die Programme der Sozialdemokratie der letzten hundert Jahre interpretiert werden.

Die Wirtschaftspolitik der SPÖ verfolgte dieses Ziel durch eine enge Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft, durch welche die Entstehung von Krisen oder auch nur von Rezessionen vermieden werden sollten. Die theoretische Grundhaltung, die dabei bestimmend wurde, schloß sich an die Lehren an, die in der Nationalökonomie gelegentlich als „linker Keynesianismus"<sup>35</sup> etikettiert und neuerdings sogar als „Austro-Keynesianismus"<sup>36</sup> bezeichnet werden.

Die Verhinderung von Wirtschaftskrisen, das Steigen des Wirtschaftswach-

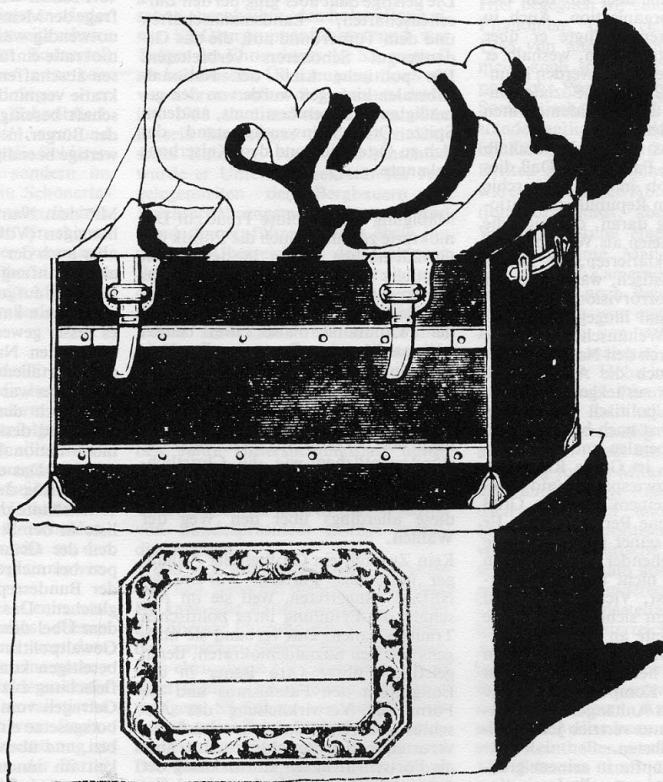
stums und die Verbesserung des allgemeinen Wohlstands waren demnach die Ziele der wirtschaftspolitischen Bemühungen der SPÖ. Das Trauma von der Massenarbeitslosigkeit in der Ersten Republik wirkte dabei als stärkster Motor, wenngleich die strenge Fixierung auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung erst später hervortrat und die Politik der Siebzigerjahre bestimmte. In den Sechzigerjahren war diese Sorge noch nicht sichtbar; dagegen provozierte das ungehemmte Streben nach der Erhöhung des Lebensstandards bereits damals in der SPÖ kritische Stimmen, von denen die des Karl Autsch noch erwähnt werden soll.<sup>37</sup> Dieser hatte in der englischen Emigration die Austeritätspolitik der Labourparty nach dem Kriege beobachtet und übertrug Elemente daraus nunmehr auf die sich tüppig ausweitende Wohlstandsgesellschaft Österreichs. Die Politik des Konsensus hatte, wie Autsch es nannte, eine „Gefälligkeitsdemokratie" hervorgebracht. Das Instrument der Sozialpartnerschaft gestattete ohne einschneidende soziale Auseinandersetzungen hervorzurufen, die Zuteilung von immer größeren Stücken aus dem ständig anwachsenden Kuchen des Wirtschaftsertrages. Damit wurde in allen Schichten und Parteien die Einschätzung des gesunden Maßes aus den Augen verloren. Selbst auf dem rechten Flügel der Parteienlandschaft setzte eine Lizitationspolitik ein, die das Wort in Umlauf brachte von den „Linkstüberholern". „Die Familie Österreicher" lebte nach der Meinung von Autsch weit über ihre Verhältnisse, sie folgte blindlings den Parolen des „Wachstumsfetischismus" und dem „Konsumterror", also den „Irrlichtern" des Wirtschaftstreibens. Derartige kritische Äußerungen wurden innerhalb der SPÖ damals nicht ernst genommen und als Kassandrarufer eines alten Mannes abgewertet. Im anderen Lager griff man sie dagegen gelegentlich auf, um daraus abzuleiten, daß nun selbst von Sozialdemokraten erkannt wurde, daß die „Begierlichkeit" der Gewerkschaften eingedämmt werden müsse. Damit war allerdings Autsch durchaus falsch interpretiert, der den Abbau wirtschaftlicher Fehlhaltungen auf allen Seiten forderte und damit letztlich die Wirtschaft als humane Institution begriff, die moralisch vertretbare Formen besitzen müsse. Obwohl er sich selbst nie in dieser Richtung akzentuierte, hat er damit wohl als einer der ganz wenigen politischen Autoren der Sechzigerjahre sich den Absichten der rebellischen Jugend dieses Jahrzehnts angenähert. Er hat aber auch bereits Formulierungen geprägt, die in unseren Tagen peinlichste Aktualität besitzen.



## Anmerkungen

- 1) politicum 5, Josef-Krainer-Haus-Schriften, Graz, o. J., S. 36ff.
- 2) Vergl.: Von der Klassengesellschaft zur sozialen Demokratie. Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, Wien, o. J.
- 3) Vergl.: Anton Pelinka, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung in Österreich, Wien, 1972.
- 4) Vergl.: Detlev Albers, Otto Bauer und die Konzeption des „Integralen Sozialismus“, in: Albers / Hindels / Radice, Otto Bauer und der dritte Weg, Frankfurt, 1978.
- 5) Siehe: Peter Pelinka, Erbe und Neubeginn, Wien, 1981, besonders S. 204ff.
- 6) Vergl.: Anton Pelinka, Die KPÖ — Eine Kleinpartei in der Isolierung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, Wien 1982.
- 7) Vergl.: Erwin Scharf, Ich darf nicht schweigen, Wien, o. J. (1948).
- 8) Arbeiter-Zeitung, 3. 10. 1969.
- 9) Vergl.: Kurt L. Shell, Jenseits der Klassen? Wien, 1969.
- 10) Vergl.: Walter Wissnau, Wir kommen wieder! Wien, 1967, S. 151ff.
- 11) Zitat bei: Fritz Kreissler, Die Entwicklung der SPÖ, in: Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler, Wien, 1974, S. 210.
- 12) Zitiert bei: Robert Kriechbaumer, Der 18. Parteitag der SPÖ, in: Zeitgeschichte, Jan. 1979, S. 144.
- 13) Volksblatt, 3. 5. 1968: SP-Studenten stören die eigene Maifeier.
- 14) Vergl.: Hans T. Porta, Fall Ohla — Ein Symptom, Wien 1965; und: Hellmut Andics, Der aufhaltsame Aufstieg des Franz O., in: Stern, Nr. 9, 10 und 11/1969.
- 15) Die Frage, ob es sich dabei um einen „Putschversuch“ handelte, wird heute eher verneint. Vergl.: Rudolf Neck, in: Weinzierl / Skalník, Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, Graz, 1975, S. 70.
- 16) Vergl.: Christentum und Sozialismus, Zeitdokumente des Dr. Karl-Renner-Institutes 27, Wien, 1982 und den neuesten Sammelband: Gerhard Steger (Hg.), Der Brückenschlag, Wien 1982.
- 17) Vergl.: Ernst Glaser, Im Umfeld des Austromarxismus, Wien, 1981, S. 33ff.
- 18) Siehe: Josef Weidenholzer, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“, Wien, 1981; und: „Mit uns zieht die neue Zeit“, Arbeiterkultur in Österreich. Ausstellungskatalog, Wien, 1981.
- 19) Siehe: Anm. 17, S. 317ff.
- 20) Vergl.: Rupert Gmoser, Macht und Ohnmacht der Organisierten, Wien, 1967.
- 21) Vergl.: Rudolf G. Ardel, Das „Problem“ Friedrich Adler, in: H. Konrad (Hg.), Sozialdemokratie und „Anschluß“, Wien, 1978. Zum Anschlußproblem im allgemeinen siehe auch: Alfred Ableitinger in: Anm. 1, S. 9ff.
- 22) Siehe: Adolf Schärf, Erinnerungen aus meinem Leben, Wien, 1963, S. 167.
- 23) Siehe: Weinzierl / Skalník, Das neue Österreich, Graz, 1975, S. 47.
- 24) Vergl.: Margarete Mommsen-Reindl, Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien, 1976, S. 172 und S. 186.
- 25) Vergl.: Christian Broda, Heraus aus der Sackgasse! Wien, 1964.

- 26) Siehe: Anm. 2, S. 77; aber auch den Aufsatz von Walter Simon, Die Lasten der Vergangenheit, in: Die Zukunft, Juni 1982, S. 35.
- 27) Siehe: Anm. 9, wo eine Kapitalüberschrift so heißt.
- 28) Zitiert bei: Stella Klein-Löw, Menschen um mich, Wien, 1982, S. 105.
- 29) Siehe: Anm. 11, S. 223.
- 30) Siehe: Ludwig Reichhold (Hg.), Zwanzig Jahre Zweite Republik, Wien, 1965, S. 261.
- 31) Zitiert in: Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1955 — 1980, Wien, 1982, S. 236.
- 32) Zitiert von: Eduard März / Fritz Weber, Verstaatlichungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 2/1978, S. 131.
- 33) Vergl.: Erwin Weissel, Die Ohnmacht des Sieges, Wien, 1976.
- 34) Diese Begriffe sind schon im Austromarxismus der Ersten Republik vorhanden und wurden damals mit sozialpädagogischen Zielsetzungen verbunden. Siehe: Max Adler, Politische und soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung. Schriftenreihe „Neue Menschen“, Berlin, 1926. Vergl. zum Thema auch: Wilhelm Filla, Zwischen Integration und Klassenkampf. Sozialgeschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Österreich, Wien, 1981.
- 35) Vergl.: Christoph Deutschmann, Der linke Keynesianismus, Fkft, 1973.
- 36) Zitiert von Egon Matzner in: Die Presse, Tribüne der Leser, am 4./5. 9. 1982.
- 37) Vergl. etwa: Karl Aussch, Licht und Irrlicht des österreichischen Wirtschaftswunders, Wien, 1965.



# DIE FPÖ — VON DEN ANFÄNGEN ZUR ÄRA KREISKY

**D**ie Ausgangslage der FPÖ, der Freiheitlichen Partei Österreichs, ist wesentlich anders als die der beiden Großparteien. Deshalb scheint mir ein kurzer Exkurs in die Vergangenheit notwendig zu sein, damit die Gegenwart verständlicher wird.

## I.

Der Liberalismus bildet den Ausgangspunkt fast aller Parteien, die weltanschaulich nicht gebunden sind, weder durch das Christentum, noch durch den Marxismus, gleichgültig wie diese in den heutigen Parteien noch wirksam sein mögen. Die Kraft des Liberalismus liegt auf verschiedensten Gebieten, vor allem auf geistigen und wirtschaftlichen, nicht aber auf dem Gebiet der Parteiorganisation. Auch in seinen Glanzzeiten verfügte er über keine starke Organisation, weshalb er auch keine Massenpartei werden konnte, wie etwa die Christlich-Sozialen unter Lueger und die Sozialdemokraten unter Victor Adler.

Der Liberalismus schloß sich deshalb ziemlich bald an Partner an. Daß dies in Österreich, ob in der Monarchie oder in der Ersten Republik, die Nationalen waren, lag daran, daß sich die beiden Großparteien als Weltanschauungsparteien deklarierten, als katholisch oder marxistisch, was beides für Liberale mit Horrorvisionen verbunden war. National hingegen war zunächst keine Weltanschauung. Sie wurde es erst durch den Nationalsozialismus, wenn auch die Anfänge auf Georg Schönerer zurückgehen.

Der Mann, der politisch am Anfang steht und zunächst nach beiden Seiten hin, nach der liberalen und der nationalen offen war, ist Georg Ritter von Schönerer, eine zwiespältige und zwielichtige, bis zu einem gewissen Grad sogar schizophrone Persönlichkeit. Er muß am Beginn seiner Laufbahn ohne Zweifel ein anziehender Mann gewesen sein, scharte er nicht nur, wie allgemein bekannt ist, Victor Adler und Pernstorffer um sich, und kämpfte eine Zeit lang Seite an Seite mit Lueger, sondern zählte sogar, was kaum bekannt ist, den heute wieder hoch im Kurs stehenden Komunisten Gustav Mahler zu seinen Anhängern. Schönerers Antisemitismus vertrieb jedoch alle früheren Gefährten.

Schönerer bekämpfte in seinem grenzenlosen Chauvinismus alle Institutio-

nen, die international oder übernational ausgerichtet waren: das Judentum, die katholische Kirche — ich erinnere an die Los-von-Rom-Bewegung — und das Haus Habsburg, das versuchte, eine über die Eigeninteressen der zahlreichen Nationen innerhalb der Monarchie stehende Haltung einzunehmen. In irgendeiner, wenn auch meist sehr abgeschwächten Form, entdecken wir Schönerers Grundanschauungen in allen später gegründeten nationalen Gruppierungen, die wie Pilze aus dem Boden schossen.

Der Einfluß Schönerers und seiner Alldeutschen im politischen Alltag war gering.

Die geistige Saat aber ging bei den Burschenschaften, Landsmannschaften und dem Turnerbund auf, die das Gedankengut Schönerers verbreiteten. Die politische Linie der National-Liberalen hingegen wurde von den gemäßigten Gruppen bestimmt, an deren Spitze Otto Steinwender stand, der sich zu Österreich und dem Kaiserhaus bekannte.

## II.

Mäßigung und absolute Treue zur Demokratie zeichnete auch die Politik der Großdeutschen Partei in der Ersten Republik aus. Von den Parteien des Parlaments in der Ersten Republik waren die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund, also die beiden national-liberalen Gruppen, die einzigen, die weder paramilitärische Formationen hatten wie die Christlich-Sozialen in der Heimwehr und die Sozialdemokraten im Schutzbunde, noch nach der Diktatur strebten, nach der ständestaatlichen wie die Christlich-Sozialen oder nach der Diktatur des Proletariats wie die Sozialdemokraten, diese allerdings über den Weg der Wahlen.

Kein Zweifel, ein Großteil der Anhänger nationaler Parteien war in der NSDAP eingetreten, weil sie im Anschluß die Erfüllung ihres politischen Traumes sahen. Das verband sie übrigens mit den Sozialdemokraten, deren geistiger Führer Otto Bauer in der Emigration den Faschismus und die Form der Verwirklichung des Anschlusses durch Hitler zwar schärfstens verurteilte, den Anschluß selbst aber als Fortschritt in der Entwicklung der österreichischen und deutschen Ge-

schichte bezeichnete. Auch für die sozialdemokratische Führung der Ersten Republik war der Anschluß ein Herzenswunsch gewesen.

Nun ist national und nationalsozialistisch nicht das gleiche, ebensowenig wie demokratischer Sozialismus und Kommunismus. 1945 aber taten die von den Alliierten mit einer Lizenz — vom Volke Persilschein genannt — ausgestatteten Parteien so, als ob alles, was national auch nationalsozialistisch und alles was nationalsozialistisch auch verbrecherisch gewesen sei. Sie taten es wider besseres Wissen, aber zu ihrem eigenen Vorteil, weil Posten, Wohnungen und Vermögen anderer auch für demokratische Parteien offensichtlich eine willkommene Gabe darstellten. Die eigene Schuld am Zusammenbruch der Ersten Republik verdrängten die Großparteien. Weil aber die Männer, die bereits in der Zwischenkriegszeit eine Rolle gespielt hatten, nun wieder eine Rolle spielten durch die große Koalition mit ihrem bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Proporzunwesen, ihrem Postenschacher und ihren Korruptionsskandalen, machte viele Menschen politikverdrossen und skeptisch gegenüber der Möglichkeit einer echten Demokratie. 40 Prozent waren laut damaliger Umfrage der Meinung, daß eine neue Partei notwendig wäre, die mehr direkte Demokratie einführen, das Proporzunwesen abschaffen, den Einfluß der Bürokratie vermindern, die Privilegienwirtschaft beseitigen und die Zerteilung der Bürger in vollwertige und minderwertige beendigen sollte.

## III.

Mit dem Namen Verband der Unabhängigen (VdU) wollten die Gründer aber auch der Gefahr ausweichen, von allen Anfang an einen nationalen Stempel aufgedrückt zu erhalten. Im nachhinein kann man auch sagen, daß es besser gewesen wäre, das Wort liberal in den Namen miteinzubeziehen, doch vor allem der Gründungsobmann Dr. Kraus war sicher, daß die Nationalen durch den Hitler-Schock geheilt seien und deshalb an die liberale und nicht nationale Tradition anknüpfen würden. Das erwies sich als Irrtum. Den Erfolg des VdU bei den Wahlen 1949 könnte man mit dem der Bürgerliste in der Stadt Salzburg 1982 oder den der Grünen und Alternativgruppen bei mehreren Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland vergleichen. Das Scheitern der VdU ist dem Übel der Nationalen, das nur die Gewaltpolitik Hitlers vorübergehend beseitigen konnte, dem Übel der Zerfleischung zuzuschreiben.

Getragen vom Gefühl, durch die Verbotsgesetze ein Unrecht erlitten zu haben, und überzeugt von ihrer Wichtigkeit im innenpolitischen Kräftespiel, worin sie durch die Anbietung der Par-

teien vor den Nationalratswahlen 1949 bestärkt wurden, glauben viele an eine nationale Renaissance, wozu noch der beginnende Kalte Krieg zwischen den ehemaligen Verbündeten kam, der die Nationalsozialisten an die Hoffnung gegen Ende des Völkermordens erinnerte, daß ein Krieg der Westalliierten Schulter an Schulter mit den Deutschen gegen die Sowjets bevorstünde. War doch auch Goebbels Prophezeiung in der Zeitschrift „Das Reich“ vom „Eisernen Vorhang“, der zwischen West und Ost herunterrasseln werde, in Erfüllung gegangen. Churchill übernahm später diesen Begriff und errang damit weltweites Echo. Wer aber, so begann es im Gehirn vieler Ehemaliger zu rumoren, könnte sich besser als Partner für den Westen eignen, als diejenigen, die ihre Bewährungsprobe im Krieg abgelegt hatten. Es schien deshalb folgerichtig zu sein, daß der erste von den VdU-Funktionären, der von einer nationalen Wiedergeburt träumte, ein mit den höchsten Auszeichnungen dekorierte Luftwaffenoberst des Zweiten Weltkrieges war, Gordon Gollob, bald nach den so erfolgreichen Wahlen von 1949 die erste Krise im VdU herbeiführte. Sie konnte beigelegt werden, doch schwelte sie fort und brandete immer wieder auf. Der zweite, der den bereits schwer angeschlagenen VdU den Todesstoß versetzte, war Fritz Stüber, zwar kein Soldat des Zweiten Weltkrieges — er kämpfte lieber von einem Schreibtisch des „Wiener Tagblattes“ aus und spornete in seinen Artikeln die Soldaten zum Heroismus an — sondern im Grunde seines Wesens ein Schönerräner, ein ebenso wirkungsvoller Redner wie der Junker Georg und ein ebenso auftrumpfender politischer Querulant. Den Rest besorgte der überlebende Teil des VdU selbst, als die Liberalen vor den Nationalen kapitulierten.

#### IV.

Die Gründung der FPÖ, der Freiheitlichen Partei Österreichs, die bereits im nicht nur befreien, sondern endlich auch freien Österreich erfolgte, war bewußt auf die Erfassung aller Nationalen ausgerichtet. Die programmatischen Aussagen unterscheiden sich kaum von denen des VdU, doch sind nicht die Programme das Entscheidende, sondern die Männer, die an der Spitze stehen und die Programme verwirklichen sollen.

Der Kommunismus eines Lenin war verschieden von dem Stalins, ebenso der Faschismus Mussolinis von dem Hitlers. Karl Renner hatte eine andere Vorstellung von der Sozialdemokratie als Dr. Bauer und dessen surrealistische Utopie unterscheidet sich vom Sozialismus eines Kreisky. Voraussetzung ist allerdings, daß die Führer der Partei stark genug sind, dieser ihr Gepräge

aufzudrücken. Dr. Kraus, Gründer und Führer des VdU, war dazu nicht in der Lage, woran nicht nur er, sondern vor allem die Unklarheiten schuld waren, die von der Gründung des VdU an bestanden haben und nicht mehr wegzubringen waren.

Der erste Obmann der FPÖ war Ing. Anton Reinthaller, persönlich ein ehrenwerter Mann, wie fast alle Zeugen in den beiden Volksgerichtsprozessen, die gegen Reinthaller geführt wurden, bestätigten. Unter den Zeugen befand sich Leopold Figl, der erklärte, daß er im Mai 1943 nach seiner Rückkehr aus Dachau sein konfisziertes Vermögen auf Betreiben Reinthallers zurückbekommen habe. Dr. Fränzl, damaliger Rechnungshofpräsident sagte aus, daß Reinthaller seinen Abtransport nach Dachau verhindert und seine Freilassung aus der Gestapo-Haft durchgesetzt habe. Überaus lobend sprach auch Oberösterreichs Landeshauptmann Dr. Gleißner über ihn. Er nannte Reinthaller einen gemäßigten und idealistischen Nationalsozialisten.

Reinthaller war ein überzeugter Katholik, wie seine Freunde behaupten, und hätte sich auch durch handfeste Bedrohungen nie zum Kirchenaustritt bewegen lassen. Andererseits erhielt er, ob schon ehrenhalber, den hohen Rang eines SS-Obergruppenführers und war Träger des Ehrenringes der SS, was seine katholische Überzeugung doch etwas stören mußte. Seys-Inquart holte ihn 1938 als Landwirtschaftsminister in sein kurzlebiges nationalsozialistisches Kabinett. Nach dem Anschluß wurde er Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der Bergbauern im Reichsernährungsministerium und Landesbauernführer. Hitler ehrte ihn mit der Überreichung des Goldenen Parteiabzeichens. Reinthaller — und daran besteht kein Zweifel — hatte nicht den Ehrgeiz, wieder ins politische Leben zurückzukehren. Im Grunde wollte der schwerkranke Mann die letzten Jahre seines Lebens auf seinem Innviertler Hof in Mettmach ohne jegliche Aufregung verbringen. Er hatte zwei Jahre Internierungslager und sieben Jahre Untersuchungshaft hinter sich, war aber nach seiner Verurteilung durch das Volksgericht — ein böses Überbleibsel aus der NS-Zeit — sofort von Bundespräsident Körner begnadigt worden.

Wenn sich Reinthaller später umstimmen ließ, dann aus mehreren Gründen. Es kam eine nationale Allianz gegen die liberale Führung des VdU zustande, zwischen Stefan Schachermayer, dem ehemaligen NS-Gauinspektor von Ober-Donau, Erich Kernmaier, ehemaligem SS-Führer und bekannt als Schriftsteller Erich Kern, dem nationalen Bardendichter Fritz Stüber und Dr. Emil van Tongel, der für lange Zeit bei den Freiheitlichen die erste

Geige spielte. **Reinhold Uhl** war ein Tongel war intelligent, entschlußfreudig und von enormen Durchsetzungsvermögen. Er hielt lange Jahre mit eiserner Hand die Freiheitlichen zusammen, war gewissermaßen deren Zuchtmeister.

Tongel glaubte fest daran, daß die nationale Idee noch Zukunft besitzt und wählte deshalb, daß die liberale Führung schuld sei, daß ehemalige Nationale und Nationalsozialisten den VdU nicht mehr wählten. Um die Nationalen zu motivieren, mußte eine bekannte nationale Persönlichkeit an die Spitze einer neu zu gründenden nationalen Partei treten. Es gab aber nach van Tongels Ansicht keine geeignetere Persönlichkeit als Reinthaller, weshalb er diesen drängte, noch einmal in die politische Arena zu steigen. Den Ausschlag aber gab Bundeskanzler Raab. Er traf Reinthaller, den er aus der Zeit des Austro-Faschismus kannte, im Bahnhofo-Restaurant Attnang-Puchheim und überredete den einstigen Gegner, politisch von neuem anzufangen.

#### V.

Hier begegnen wir einem interessanten Phänomen: Österreich wurde nach 1945 von alten Männern regiert, die meist auch schon vor dem Anschluß politische Positionen bekleidet hatten. Sozialistische, christlich-soziale und ständestaatliche Funktionäre lernten im KZ und in den Gefängnissen des Dritten Reiches einander kennen und waren sich in der Ablehnung des Nationalsozialismus, aber auch in der Wiedererrichtung eines selbständigen Österreichs einig. Man sprach deshalb von der KZ-Kameradie. Nun waren weder Raab noch Reinthaller im KZ. Raabs Leben war erst in den letzten Lebensjahren von politischer Tragik überschattet, während Reinthaller den Sturz von der Höhe in die Tiefe, von der Macht in die Ohnmacht kennengelernt hatte. Reinthaller stand Raab nicht nur altersmäßig um vieles näher als etwa Dr. Kraus mit seinem verhältnismäßig jungen Mitarbeiterstab, sondern auch geistig. Raab zog den politisch erfahrenen und leidgeprüften Mann einem politischen Newcomer vor, dem die politische Erfahrung fehlte und der deshalb auch bis zu einem gewissen Grad unberechenbar war. Der Gründungsparteitag der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ fand am 7. April 1956 im Hotel „Weißer Hahn“ im 8. Wiener Gemeindebezirk statt. Die Vorbereitungsgespräche waren schwierig gewesen. Am 7. November aber schien alles bestens vorbereitet zu sein. Reinthaller wurde mit 117 von 124 Stimmen zum Bundesparteiohmann gewählt. Der Bundesparteioh-



mann des VdU, Oberst a. D. Ständebach erhielt hingegen als Kandidat für die Position des Bundesobmannstellvertreter nur 58 Stimmen und war somit durchgefallen, was die gemeinsamen Abmachungen zwischen dem Reinhaller- und dem VdU-Verhandlungskomitee durchkreuzte. Da erst am folgenden Tag die Auflösung des VdU erfolgen sollte, mußte man alles vermeiden, was die Auflösung hätte hinausschieben können. Deshalb fand ein zweiter Wahlgang statt, der Ständebach 81 Stimmen brachte, womit er gewählt war. In den Bundesvorstand wurden die VdU-Funktionäre Kandutsch, Kindl, Broesigke und Zeillinger gewählt, von den Reinhaller-Leuten van Tongel, der steirische Landesobmann Oberst a. D. Götz, Vater des heutigen Grazer Bürgermeisters, der Kärntner Landesparteiobmann Reinhold Huber und der junge oberösterreichische Landtagsabgeordnete Friedrich Peter.

Die neuen Führer der FPÖ, sieht man von den ehemaligen VdU-Funktionären ab, kamen größtenteils aus der höheren NS-Funktionärsschicht, was jedoch den alten Männern in der ÖVP, aber auch der SPÖ eine Beruhigung war. Man hatte die lästigen Jungen vom Hals.

Interessant verlief auch die Diskussion um die Richtlinien der Partei. Prof. Helfried Pfeifer, seit 1949 VdU-Angeklärter und Kronjurist der Partei, beklagte sich, daß das Bekenntnis der FPÖ zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, das schon in allen VdU-Programmen enthalten war, an vortzuletzt Stelle im 15 Punkte enthaltenen Kurzprogramm der FPÖ stehe, statt an der ersten oder zweiten Stelle. Er wurde dabei vom heutigen Fernsehintendanten des ORF, Wolf in der Maur, unterstützt, der meinte, „mit einem grundsätzlichen Bekenntnis können wir nicht Verstecken spielen“. Gegen beide trat von Tongel in aller Entschiedenheit auf und nannte die Erklärungen als „völlig überflüssige Manifestation“. Hier wird offenbar, daß es gar nicht um eine andere Politik ging, als sie von der VdU-Führung vertreten wurde, sondern nur um andere Personen, um nationale statt liberale. Die alten Nationalen wollten endlich wieder zur Macht kommen.

Die Nationalratswahlen vom 13. Mai 1956 brachten für die nationalen Führer eine herbe Enttäuschung. 6 Mandate von den ehemaligen 14 Mandaten des VdU waren die ganze Ausbeute. Die Nationalen hatten sich in alle Richtungen verstreut. Fünf ehemalige VdU-Mandatare bildeten auch jetzt das Gerüst der Freiheitlichen Parlamentsvertretung. Neu war Heinrich Zechmann aus Kärnten, ein betont Nationaler, doch auch er kam zur Überzeugung, daß „Neo-Nazismus eine Ge-

fahr für das Vaterland und eine Todesgefahr für die Partei“ sei. Klubobmann wurde Dr. Gredler, ein glänzender Redner sowie ein kluger Verhandler und Taktiker.

Raab hatte mit der Gründung der FPÖ und dem Wiedereintritt Reinhallers in die Politik die Hoffnung verbunden, nun einen Partner zu haben, auf den er immer zurückgreifen könne, falls dies der ÖVP notwendig zu sein scheint. Das geschah bei der Bundespräsidentenwahl 1957, als sich Volkspartei und Freiheitliche auf einen gemeinsamen Kandidaten in der Person des bekannten Chirurgen Prof. Dr. Denk einigen. Dafür verpflichtete sich die ÖVP, bis längstens 31. Oktober 1957 im Parlament eine Abänderung der Nationalratswahlordnung einzubringen und gemeinsam mit der FPÖ durchzusetzen. Sie sollte auf dem Grundsatz absoluter Gleichwertigkeit der abgegebenen Stimmen und der Einführung eines zweiten Ermittlungsverfahrens im gesamten Bundesgebiet basieren. Das Papier unterzeichneten Raab, Landwirtschaftsminister Kraus, Vizebürgermeister Weinberger und Generalsekretär Maleta. Für die FPÖ unterschrieben Reinhaller, van Tongel, Gredler und Reinhold Huber.

Denk hatte gegen den erfahrenen sozialistischen Parteivorsitzenden und Vizekanzler Adolf Schärf keine Chance. Auch wurde der Wahlkampf von beiden Seiten zu verschiedenen geführt und mußte die Wähler verwirren. Die FPÖ machte Denk zu einem Nationalen, die ÖVP zu einem treuen Katholiken. Fritz Stüber und jene Nationalen, die über die gemäßigte Politik der FPÖ ebenso enttäuscht waren wie seinerzeit über die des VdU, unterstützten Schärf oftmals mit den seltsamsten politischen Parolen, etwa: „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“. Auch auf das gleiche Geburtsdatum von Schärf und Hitler, dem 20. April, wiesen die Unverbesserlichen hin.

Am 5. Mai 1957 wurde Schärf mit 51,12 Prozent der Stimmen gewählt. Die ÖVP legte daraufhin die von ihr unterschriebenen Abmachungen mit der FPÖ ad acta. Raab gab der FPÖ den gleichen Fußtritt wie 1953 dem VdU.

## VI.

Nach Reinhallers Tod am 6. März 1958 wurde Friedrich Peter sein Nachfolger als Bundesparteiobmann. Peter war 37 Jahre alt.

Er stammt aus Oberösterreich, sein Vater war Lokomotivführer und Mitglied des Republikanischen Schutzbundes. Zum Lehrer wurde er in der Linzer Lehrerbildungsanstalt ausgebildet. 1938, als der Anschluß stattfand, zählte Peter 17 Jahre. Mit 20 meldete er sich freiwillig zur SS und wurde der 1.

SS-Infanterie-Brigade der 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“ zugeteilt. Wegen dieser seiner Zugehörigkeit zur SS-Brigade verhafteten ihn die Amerikaner und steckten ihn in das Internierungslager Glasenbach.

Peter ist ein begabter Politiker, der sich noch dazu Mühe gab, ununterbrochen zu lernen und von älteren und erfahrenen Politikern Ratschläge anzunehmen. Heute gehört er auch in der Meinung der Bevölkerung zu den klügsten Politikern unseres Landes.

Seine Tätigkeit als Bundesparteiobmann begann er damit, ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zu den Landesparteiobmännern herzustellen. Diese murrten vielfach unter dem Joch van Tongels, der in der Ära Reinhaller praktisch die Partei geführt hatte. Was die Organisation betrifft, hatte Peter als Landesparteiobmann von Oberösterreich Erfahrung gesammelt und diese Erfahrung wendete er nun auf Bundesebene an. Belohnt wurde seine Arbeit mit dem Wahlerfolg bei den Nationalratswahlen 1959. Die FPÖ gewann zwei Mandate und vermehrte ihren Stimmenanteil um 18 Prozent. Verlierer der Wahl war die ÖVP, die drei Mandate einbüßte. Sie mußte das Außenministerium an die SPÖ abgeben, in das nun der bisherige Staatssekretär Bruno Kreisky einzog, der vorausschauend wie er ist, ein gutes Verhältnis zu den Freiheitlichen herstellte. Er informierte sie in einem Ausmaß, wie kein anderer Außenminister zuvor. Auch nahm er den Abgeordneten Zeillinger zur UNO nach New York mit, wo Kreisky sein Anliegen in Sachen Südtirol erfolgreich durchsetzte. Zeillinger war in New York ein ständiger Gesprächspartner Kreiskys.

Noch war es allerdings nicht so weit, daß die FPÖ auf Bundesebene die Pferde wechselte. Nach der Ablöse Raabs als Parteiobmann und Bundeskanzler durch Dr. Gorbach begann in der Steiermark Landeshauptmann Josef Krainer, der Vater des derzeitigen Landeshauptmannes, gemeinsam mit steirischen Industriellen den Plan einer kleinen Koalition zwischen Freiheitlichen und ÖVP zu ventilieren. Im Sommer 1962 kam es im Grazer Hotel Erzherzog Johann zu Gesprächen zwischen führenden Funktionären der ÖVP und Bundeskanzler Gorbach und Landeshauptmann Krainer an der Spitze sowie FPÖ-Funktionären mit Peter als Wortführer. Mündlich wurde vereinbart, daß nach den Herbstwahlen eine andere Regierungsform durchgesetzt werden müsse und Gorbach noch vor Verhandlungen mit der SPÖ die Freiheitlichen zu Gesprächen einladen werde. Das tat Gorbach auch, nur beschränkte er das Gespräch auf die telefonische Mitteilung, daß die ÖVP-Führung die Grazer Vereinbarung verworfen habe. Auf die ÖVP

war — zu dieser Erkenntnis kam die FPÖ-Führung — jedenfalls kein Verlaß. Ob schriftlich oder mündlich, sie hielt ihre Vereinbarungen nicht.

Allerdings auch die große Koalition funktionierte immer weniger. Um diese Zeit trat ein Ereignis ein, das zu einem schweren Zerwürfnis der beiden Großparteien führte. Die Causa Habsburg. Die Sozialisten lehnten die Einreise des Kaisersohnes Otto ab, obwohl er die vorgeschriebene Verzichtserklärung abgegeben hatte. Der Verfassungs- und der Verwaltungsgerichtshof kamen zu verschiedenen Erkenntnissen, so daß es sehr darauf ankam, wie sich die Politiker entscheiden würden. Die Sozialisten und die Freiheitlichen stimmten zum erstenmal gemeinsam gegen die ÖVP.

Die Führung der FPÖ war vielen, auch Funktionären und Sympathisanten der eigenen Partei nicht verständlich, widersprach sie doch dem Grundsatz der Freiheitlichen, den Rechtsstaat mit allen gebotenen Mitteln zu verteidigen. Gredler drückte dies sehr klar aus: „Eine Partei, die gegen Ausnahmegeetze ist, dürfe auch nicht für eine Ausnahmeregelung im Einzelfall sein.“ Jedenfalls veranlaßte die Causa Habsburg, Gredler in den diplomatischen Dienst überzutreten.

Letztlich brachte die Hilfestellung der FPÖ in der Causa Habsburg wenig ein. Zwar trafen sich Vizekanzler Pittermann, Innenminister Olah, Verkehrsminister Probst, Klubobmann Uhlir und Klubsekretär Gratz mit Peter, Zeilinger, Kandutsch und FPÖ-Geschäftsführer Bogner im Warenauslieferungslager der Konsumgenossenschaft in der Döblinger Hauptstraße, wo viel über eine kleine Koalition geredet wurde. Auch sagten die Sozialisten den Freiheitlichen eine Wahlrechtsreform zu und setzten gleichfalls ihre Unterschrift unter das dafür bestimmte Papier wie seinerzeit die ÖVP, doch am Ende hielten auch sie die meisten ihrer Versprechungen nicht. Beim letzten Treffen im Hotel Europa erklärte Pittermann, daß zwischen den beiden Parteien nichts stattfinden werde. Dies alles geschah in einer Zeit, in der die SPÖ durch die Olah-Krise ihre schwerste Erschütterung in der Zweiten Republik erlebte. Auch hatten die Geheimverhandlungen mit den Freiheitlichen nach ihrem Bekanntwerden innerhalb der SPÖ heftige Widerstände hervorgerufen.

Drei Vorteile konnten die Freiheitlichen doch vorweisen: Gredler wurde Botschafter, Kandutsch wurde Rechnungshofpräsident und Bundespräsident Schärff stellte der FPÖ das Zeugnis aus, daß sie als demokratische Partei koalitionswürdig sei.

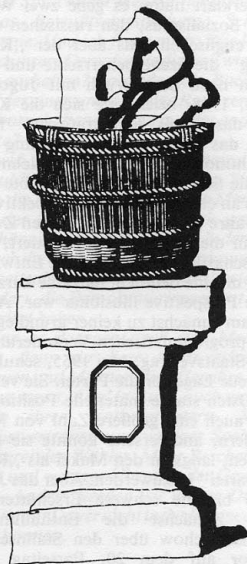
## VII.

Trotzdem gab es auch in der FPÖ Un-

ruhe. Zum ersten Mal wurden Peters Führungsqualitäten angezweifelt. Die Enttäuschung, die Peter von beiden Großparteien widerfahren war, machte ihn weich gegenüber dem Vorschlag einiger Funktionäre, insbesondere von Dr. Götz, im Jänner 1970 die Erklärung abzugeben, den roten Bundeskanzler zu verhindern. Die politische Lage mochte wohl eine gewisse Begründung für diese Erklärung sein. 1969 war die SPD in der Bundesrepublik Deutschland mit der FDP eine Koalition eingegangen. Die CDU/CSU wurde in die Opposition gedrängt. Das bedeutete für die nicht-sozialistische Bevölkerung in Österreich einen Schock. Der Slogan „Die dritte Kraft den roten Kanzler schafft“ hatte die FPÖ-Führung ängstlich gemacht. Klug war die Erklärung trotzdem nicht, wie sich nach der Wahl herausstellte. Sie brachte die FPÖ um ihre größte Chance, in die Regierung zu kommen.

Bei den Nationalratswahlen 1970 gewann die SPÖ die relative Mehrheit und verdrängte die ÖVP vom ersten Platz. Bundeskanzler Dr. Klaus, der vom politischen Spiel wenig verstand, erklärte noch in der Wahlnacht, mit der FPÖ keine Koalition einzugehen. Das war für Kreisky der richtige Augenblick, sein großes Spiel zu wagen. Er bat Peter noch in der Nacht zu sich und erklärte ihm unter vier Augen, daß er eine Minderheitsregierung plane und das seinerzeitige sozialistische Versprechen einer Wahlrechtsreform einlösen werde. Sollte die FPÖ die Minderheitsregierung unterstützen, dann werde sie die Möglichkeit erhalten, aus ihrer Isolierung herauszukommen.

Mit Peters Zusage im Rücken ging Kreisky zu den Verhandlungen mit der ÖVP und spielte diese richtig aus. Mit dem Segen des Bundespräsidenten Jonas stellte er dem Parlament eine Minderheitsregierung vor. Das eine Jahr Minderheitsregierung war die Glanzzeit der FPÖ, nachdem es die ÖVP versäumt hatte, durch einen Mißtrauensantrag gegen Kreisky gleich zu Beginn die FPÖ zu zwingen, Farbe zu bekennen, weil sie doch versprochen hatte, keinen sozialistischen Bundeskanzler zu unterstützen. Die FPÖ erhielt das für sie so wichtige neue Wahlgesetz und konnte auch einige Verbesserungsvorschläge im Haushaltsbudget durchsetzen. Allerdings, die Stimmen der Wähler bekam sie nicht. Kreisky konnte die Hoffnung der FPÖ nicht erfüllen, eine kleine Koalition zu bilden, weil die SPÖ die absolute Mehrheit errang. Der Bundeskanzler wertete jedoch die FPÖ auf, behandelte sie zum Teil besser als die große Opposition, überließ ihr etliche Aufsichtsratsposten und andere Positionen. Nationalrat Kindl, der Sozialsprecher der FPÖ, wurde in den ÖGB-Vorstand kooptiert. Die Partei hatte sich herausgemauert.



# GESCHICHTE UND ENTWICKLUNG DER KPÖ 1958/60 bis 1970

In der Periode von der Mitte der fünfziger bis zum Beginn der siebziger Jahre durchlief die KPÖ mehrere politische Phasen. Um deren Charakter zu verstehen, muß man davon ausgehen, daß innerhalb der KPÖ zwei Elemente wirksam waren. Die Partei war einerseits ein Teil der österreichischen Arbeiterbewegung (so war sie zum Beispiel nach dem Kriege in den obersteirischen Großbetrieben führend) und war geprägt vom Kampf gegen den Faschismus und zur Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreich. Andererseits war die Partei auf die Sowjetunion ausgerichtet, deren politische Interessen sie zu den ihren machte und deren innerparteiliche Methoden sie als gültig ansah. Gerade in der hier zu behandelnden Periode kam es zum Konflikt zwischen diesen beiden Tendenzen und diese sollen nun kurz dargestellt werden.

32

Unmittelbar nach dem Krieg orientierte sich die KPÖ auf die Zusammenarbeit mit den anderen „demokratischen Parteien“; das entsprach der damaligen Orientierung Stalins, der zum Beispiel im August 1946 dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Lasky, erklärt hatte, es gebe zwei Wege zum Sozialismus, den russischen und den englischen. Als aber der „Kalte Krieg“ die Szene beherrschte und vor allem nach dem Bruch mit Jugoslawien, 1948, orientierte sich die KPÖ auf das „volksdemokratische“ Modell, das heißt auf die Erringung des Machtmonopols bei enger Anlehnung an die Sowjetunion. Man glaubte damals an eher kurzfristige Perspektiven. Im Jahre 1953 wurden die ersten Zweifel an diesem Konzept diskutiert, die wirtschaftliche und politische Entwicklung machte deutlich, daß eine kurzfristige Perspektive illusionär war. Aber es kam zunächst zu keiner grundlegenden programmatischen Veränderung. Der Staatsvertrag, Mai 1955, schuf eine neue Lage für die Partei. Sie verlor im Osten starke materielle Positionen und auch eine größere Zahl von Mitgliedern, andererseits konnte sie nun hoffen, langsam den Makel als „Russenpartei“ loszuwerden. Aber das Jahr 1956 brachte schwere Erschütterungen. Zunächst die Enthüllungen Chruschtschows über den Stalinschen Terror auf dem 20. Parteitag der

KPdSU. Die Mehrheit der Führung der KPÖ beschloß, den „Geheimerbericht“ als amerikanische Fälschung abzutun (in der KP Italiens wurde er diskutiert), aber viele Parteimitglieder beschäftigten sich mit dem Inhalt des „Geheimerichts“. Ein Teil von ihnen wandte sich von der Partei ab (darunter zwei steirische Mitglieder des Zentralkomitees), ein anderer Teil hoffte, daß die „Entstalinisierung“ zur Demokratisierung des sowjetischen Systems führen werde, ein dritter Teil, wahrscheinlich der größte, sah in Chruschtschow einen „Verräter“. Stärker als die Entgötterung Stalins trafen die Ereignisse in Polen und Ungarn im Herbst 1956, mit denen sie vor allem im Osten des Landes direkt konfrontiert wurde. Die KPÖ verlor 1956 ungefähr ein Drittel ihrer Mitglieder. Die bereits begonnene innerparteiliche Diskussion wurde unterbrochen, die Partei befand sich sozusagen im Belagerungszustand. Andererseits verstärkten sich die Zweifel an der Richtigkeit und Anwendbarkeit des „sowjetischen Weges“ bei einem Teil der Funktionäre.

Die politischen Auswirkungen der Ereignisse von 1956 zeigten sich bei der Nationalratswahl 1959 mit aller Deutlichkeit: Die Partei verlor, aufgrund des damaligen Wahlrechtes, mit 140.000 Stimmen die parlamentarische Vertretung und auch ihr Einfluß in den Betrieben und Gewerkschaften ging stark zurück.

Zu Beginn der sechziger Jahre setzten unter Funktionären der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei grundsätzliche Diskussionen ein, zum Teil ausgelöst durch die ökonomische Stagnation — schon damals gab es in der CSSR ein „Nullwachstum“. An diesen Diskussionen, die den Weg zum „Prager Frühling“ ebneten, nahmen auch Funktionäre der KPÖ teil, unter ihnen Ernst Fischer. Das wieder erleichterte eine programmatische Wendung der KPÖ im Frühjahr 1965.

Zwei Momente begünstigten diese Wendung. Auf der einen Seite konnte die KPÖ in den Auseinandersetzungen um die politischen Aspirationen Otto Habsburgs („Justizkanzler“) und um das Wiederauftauchen nazistischer und antisemitischer Strömungen ihre Isolierung teilweise überwinden. Diese

Auseinandersetzungen fanden in der Affäre von Professor Borodajkewycz ihren Höhepunkt, als der Pensionist Ernst Kirchwegger, ein Kommunist, von einem Neonazi niedergeschlagen und tödlich verletzt wurde. Am Trauerzug über die Ringstraße nahmen führende Mitglieder der SPÖ aber auch der ÖVP teil, z. B. Nationalratspräsident Maleta. Das zweite günstige Moment war ein inneres: Von der alten Parteiführung war Franz Honner gestorben, Johann Koplenig, schwer krank, legte die Parteiführung nieder; Sekretär Fürnberg hatte in Moskau die falsche Auskunft erhalten, daß sich trotz des Sturzes von Chruschtschow (1964) grundsätzlich nichts verändert habe. Fürnberg glaubte also, daß die von Chruschtschow begonnene Neuorientierung fortgesetzt würde.

Auf dem 19. Parteitag der KPÖ im Mai 1965 wurden von einer großen Mehrheit neue programmatische „Thesen“ beschlossen, die eine Vorwegnahme „eurokommunistischer“ Grundsätze waren. Es war die Orientierung auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus, also ohne Bürgerkrieg, die Anerkennung der bestehenden bürgerlichen Freiheiten als Grundlage für die weitere Demokratisierung der Gesellschaft, der Verzicht auf die führende Rolle der „marxistisch-leninistischen“ Partei. Aufgegeben wurde auch die bisherige Vorstellung von einer engen Bindung an die Sowjetunion: „Wir sind eine autonome Partei... Die Tatsache, daß wir in der Vergangenheit auf diese Autonomie nicht genügend achteten, hat auch zu manchen politischen Fehlern geführt.“ In einem Referat wies Sekretär Fürnberg nach, daß der bisher gültige Begriff von der „Diktatur des Proletariats“ überholt sei. Verfechter dieser programmatischen „Thesen“ war Franz Muhri, der Koplenig als Vorsitzenden der Partei ablöste. Es kam nun darauf an, die neuen Grundsätze in der Partei zu verankern und in praktische Politik umzusetzen.

Die Partei hatte in den letzten Jahren immer wieder Wahlniederlagen hinnehmen müssen. Trotzdem fühlte man sich politisch verpflichtet, bei jeder Wahl, auch wenn sie aussichtslos war, zu kandidieren. Im Oktober 1965 fanden in Tirol Landtags- und in Innsbruck Gemeinderatswahlen statt. Die Partei verzichtete nun auf eine Kandidatur bei der Landtagswahl, es gelang ihr aber, ein in Innsbruck verlorenes Gemeinderatsmandat wiederzugewinnen.

Eine ähnliche Taktik wurde bei der Nationalratswahl im März 1966 angewandt. Die ÖVP stellte sich die Aufgabe, die absolute Mehrheit zu erbringen. Die KPÖ beschloß, in 24 Wahlkreisen nicht zu kandidieren und nur in einem Wiener Wahlkreis einen Kandi-



daten aufzustellen. Damit sollte das Dilemma der „verlorenen Stimmen“ überwunden werden. Diese Wahltaktik scheiterte daran, daß der frühere SPÖ Innenminister Franz Olah selbständig kandidierte und der SPÖ 150.000 Stimmen wegnahm. Die in die Opposition gedrängte SPÖ distanzierte sich nun, unter der neuen Führung (Kreisky), stärker von den Kommunisten als zuvor.

Schon unmittelbar nach dem 19. Parteitag der KPÖ wurde deutlich, daß von Gruppen innerhalb der Partei, die sich besonders eng mit der Sowjetunion verbunden fühlten, gegen die neue Orientierung Front gemacht wurde. Nach der Wahl im März 1966 verstärkten sich diese Tendenzen. Aber die offizielle Orientierung der Partei wurde nicht verändert. Das führte dazu, daß die KPÖ offiziell den „Prager Frühling“ begrüßte, in dem, wie Muhri damals schrieb, „zahlreiche mit unseren Auffassungen über Demokratie und Freiheit verwandte Gedanken“ zum Durchbruch kamen. Als die sowjetischen Truppen am 21. August 1968 in Prag einmarschierten, empfand das die KPÖ als Schlag gegen die eigene programmatische Orientierung. Die große Mehrheit des Zentralkomitees „verurteilte“ die sowjetische Militäration. (Furnberg und einige andere eng mit der Sowjetunion verbundene Funktionäre waren auf Urlaub und nahmen an der ZK-Sitzung nicht teil.) Unmittelbar nach diesem Beschluß setzten von innen wie von außen wachsenden Bemühungen ein, die Orientierung der Partei zu ändern. Die Haltung der KPÖ erschien wegen der Nähe zu Ungarn und der CSSR und der sprachlichen Gleichheit mit der DDR besonders gefährlich. Bei der nun einsetzenden immer schärfer geführten Diskussion ging es nicht nur um die Haltung zum sowjetischen Einmarsch in die CSSR, sondern auch um die programmatische Orientierung der KPÖ. Solange Dubcek in Prag noch im Amt blieb, also bis zum April 1969, gab es auch in der KPÖ die Tendenz, einen Ausgleich zwischen den beiden Gruppierungen zu finden. Das zeigte sich auf dem 20. Parteitag der KPÖ im Jänner 1969, bei dem trotz schwerer Auseinandersetzungen ein Zentralkomitee gewählt wurde, in dem beide Gruppierungen vertreten waren. Aber nach dem April 1969 wurde auch in der KPÖ klar, daß es nur ein Entweder — Oder gab. Im Brennpunkt der Auseinandersetzung stand Ernst Fischer, der am häufigsten in der Öffentlichkeit auftreten konnte und am deutlichsten Stellung bezog. Sein Wort vom „Panzerkommunismus“ wurde allgemein bekannt.

Es dauerte bis zum Herbst 1969, bis die Entscheidung gefallen war. Dann legte ungefähr ein Drittel der Mitglieder des

Zentralkomitees die Funktionen zurück. In den folgenden Monaten schieden nicht nur viele Mitglieder, sondern auch Funktionäre, unter ihnen Spitzenfunktionäre, aus der Partei aus oder wurden ausgeschlossen. Aber es handelte sich nicht nur um eine personelle „Säuberung“ der Partei. Es wurden auch die programmatischen Veränderungen des Jahres 1965 zurückgenommen und natürlich auch die Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Prag. Die KPÖ, die die schweren quantitativen und qualitativen Verluste seither nicht wettmachen konnte, zählt nun zu den kommunistischen Parteien, die am treuesten den von Moskau vorgegebenen Kurs folgen.

## Zuerst buckern, dann raunzen, und...

Kommentar von Fritz Csoklich in der „Kleinen Zeitung“ vom 12. 12. 1982

*Sie hören nicht auf, die Skandale. Und weil immer wieder Politiker ihre Finger mit drin haben, wird die allgemeine Meinung über die Politiker mieser und mieser.*

*Ich halte alle pauschalen Urteile über die Politiker für ebenso unerecht und falsch wie die gängigen Vorurteile über die Hausbesorger, die Ärzte und die Journalisten. Jeder von uns weiß doch aus eigener Erfahrung: In jedem Beruf, in jedem Volk gibt's solche und solche...*

*Bei den Politikern kommt allerdings hinzu, daß wir ein Entwicklungsland der Demokratie sind.*

*Wieso? Warum?*

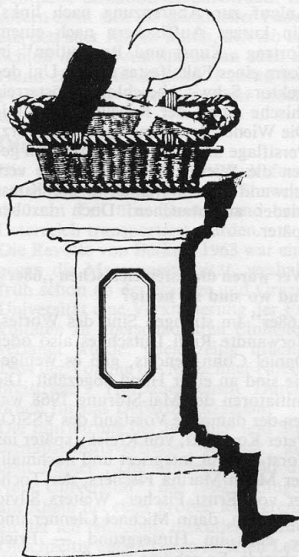
*Man muß doch nur einmal zuschauen, wie Politiker in unseren Breiten empfangen werden: Mit Buckern und untertänigem Augenaufschlag, so als ob der Fürst Bamsti zu Besuch käme, begrüßen hierzulande Leute, die sich Demokraten nennen, ihre gewählten Vertreter. Da wimmelt es in den Begrüßungsreden landauf, landab von plattesten Lobhudeleien, kein Fest im ganzen Land kann ohne Abgeordneten, ohne Landesrat oder Landeshauptmann stattfinden, so daß die meisten politischen Mandatäre vor lauter Händeschütteln gar nicht mehr zum Nachdenken kommen.*

*Hinterrücks aber, wenn die Politiker wieder verschwunden sind, sind ganz andere Töne zu hören: An Stammtischen und im Familienkreis heißt es dann, sie seien doch alle miteinander Gauner und „Abräumer“, die Politiker...*

*In der Sprache der Medizin nennt man so etwas Bewußtseinspaltung, Schizophrenie. Und ich frage mich: Wie lange wird unsere Demokratie dieses Zwiedenkens aushalten? Das widerliche Buckern auf der einen und das feige Raunzen hinter vorgehaltener Hand auf der anderen Seite?*

*Gewiß, nicht wenige Politiker sind mitschuldig an dieser Entwicklung. Sie haben die historisch gewachsene Mentalität der Leibeigenschaft durch gezielte Abhängigkeiten begünstigt. Indem sie durch die Vermittlung von Wohnungen, Arbeitsplätzen, Karrieren ihre Parteige-fördert, die Demokratie insgesamt aber ruiniert haben.*

*Wenn es dagegen noch eine Medizin gibt, dann nur diese: Mehr aufrechte Frauen und Männer, die offen ihre Meinung sagen, Aug' in Aug', auch und gerade ihren Volksvertretern. Mehr Selbstvertrauen und weniger Speichel-leckerei der Wähler. Mehr Bescheidenheit und weniger Übermut der Gewählten. Anders werden wir unsere Demokratie auf Dauer nicht in der Balance halten können.*



# 1968 IN ÖSTERREICH UND DIE „68er“ IN ÖSTERREICH SEITHER

Im ersten Teil skizziere ich den internationalen Kontext des 68er Jahres, um mich dann mit der Frage zu beschäftigen: „Wer waren die österreichischen 68er und wo sind sie heute?“ Ich komme dann vom Ergebnis dieser Fragestellung zur Skizze der sogenannten „Vor- 68er“ in Österreich — man könnte auch sagen der „Vereinnahmen“, um dann die Sachfragen zu schildern, die damals gestellt wurden. Dazu kommen die Motive dieser Generation und woher sie ihre Ideen hatten. Schließlich will ich ganz kurz etwas zu den damals so oft zitierten „zwischenmenschlichen Beziehungen“ sagen, um abschließend einige Folgerungen darzulegen, sowie eine Typologie der neuen politischen Gruppierungen zu versuchen.

1968 war das Jahr, als Peter Handke in den „Manuskripten“ seine Aufstellung des 1. FC-Nürnberg publizierte — mit Gustl Starek, dem heutigen Trainer des GAK, als Rechtsaußen.

1968 war das Jahr, als im Londoner Hyde-Park die Rolling Stones mit den Liedern „Revolution“ und „Street Fighting Man“ triumphierten.

1968 war das Jahr, als die Mütter weinten, wenn sie Heintje singen hörten.

1968 war das Jahr, als im „Neuen Forum“ in der Mai-Nummer nicht nur Rahner, Netz und Machowec über die Frage diskutierten: Kann ein Christ Marxist sein? Darin fanden sich nicht nur die ersten umstrittenen Preisreden Thomas Bernhards — jener „Beton“, mit dem er jetzt Kreisky betonierte — sondern auch ein Artikel des steirischen Bischofs Josef Schoiswohl.

1968, im April, wurde am Gründonnerstag Rudi Dutschke niedergeschossen und wurde Martin Luther King ermordet.

1968, im Mai, zog sich die Pariser Studentenrevolte hin, verlangten die Prager Studenten immer mehr Rechte, beendete Tito Studentenunruhen mit einer Rücktrittsdrohung, fanden überall in Italien Großdemonstrationen statt.

1968, am 5. Juni, wurde in Los Angeles Robert Kennedy erschossen, ein Jordanier ermöglichte damit die Ära Nixon und den Aufstieg Kissingers. Die Studentenrevolte breitete sich überall hin. In den USA verlagerte sich das Zentrum von Berkeley an die Co-

lumbia University. Tragischer Höhepunkt wurde die Niederschlagung der Studenten in Mexico City, vor den Olympischen Spielen. In New York verletzte Valerie Solanas, die an der Spitze einer Vereinigung zur Vernichtung der Männer stand, den Künstler Andy Warhol schwer.

1968 dann der August, der Herbst, der Winter: Die Niederwalzung des „Prager Frühlings“.

## 1968 und Österreich

In Österreich selbst waren die Monate Mai und Juni als Echo auf das Ausland besonders wichtig, aber mit den speziellen österreichischen Entwicklungslinien.

### Was gab es da?

Am 1. Mai die berühmte Störung der Maifeiern in Wien, die der Auftakt eines „Wiener Mai's“ sein sollte, im Grunde aber bereits die Abdankung einer großer geplanten Neuen Linken bedeutete. Es gab 12 Verletzte, aber mit Rufen wie Ho-Ho Holoabek statt Ho-Chi-Min wurde die Rebellion neben der Blasmusik gleich ausgeblasen. Für Kreisky bot sich ein willkommenen Anlauf zur Abgrenzung nach links. Ein kurzes Aufflackern nach einem Vortrag „Kunst und Revolution“ in Form eines Fäkalfestes an der Uni des Rektors Schwind beschloß die österreichische Abart der Rebellion im Juni. Die Wiener Bewegung endete als Furz; Persiflage und Ironie richteten sich gegen die Wiener APO selbst. Sie verschwand — um freilich in der Kunst wieder aufzutauchen. Doch darüber später.

### Wer waren die österreichischen „68er“ und wo sind sie heute?

„68er“ im strengen Sinn des Wortes, Verwandte Rudi Dutschkes also oder Daniel Cohn-Bendits, gab es wenige: Sie sind an einer Hand abgezählt. Die Initiatoren der Mai-Störung 1968 waren der damalige Vorstand des VSSÖ; Peter Kowalski, von Kreisky später ins Forst-Institut integriert und nachmaliger Mann Marina Fischers, der Tochter von Ernst Fischer. Weiters Silvio Lehmann, dann Michael Glenner und — eher im Hintergrund — Erich Schmidt. Er gehörte zum Redaktions-

team der VSSÖ Zeitung „alternative“, leitete aber auch die Mittelschülerzeitung „frontal“, ein Kampfforgan gegen Unterrichtsminister Piffl, der sich in Wien Ende Mai 1968 einer großen Mittelschülerdemonstration für mehr Demokratie an den Schulen gegenüber sah. Erich Schmidt ist heute ÖGB-Funktionär, Nationalratsabgeordneter und Ministerkandidat. In der Zwentendorf-Diskussion trat er Pro-Atom auf. Mit dieser Gruppierung verschränkt war die aus dem VSSÖ entstandene SÖS, die Sozialistische Österr. Studentenschaft. Zu ihrem Bereich gehörte Michael Scharang aus Kapfenberg, der meine Parallelklasse im Brucker Gymnasium besuchte, der aber mehr schrieb und sich kaum öffentlich exponierte. Ihr Haupt war Peter Jurak, ein Jahrgang vor mir und Sohn meines Zeichenprofessors Jurak. Er schrieb immer wieder programmatische Artikel in der „alternative“ und entwarf in der Jänner-Nummer 1968 folgendes Bild:

*„Wenn einst der Arbeiter die Räder still halten konnte, so ist es diesmal der Wissenschaftler, der die Veränderung der Welt zur einzig wahren und guten erzwingen kann.“*

Jurak inszenierte dann einen Tag nach der Ermordung Kennedys an der Wiener Universität den Vortrag „Kunst und Revolution“. Seine Freunde Walter Brus, Otto Mühl, Ossi Wiener verordneten anschließend jene Notdurft, die Österreich empörte. Mitverhaftet wurde der als Journalist anwesende Robert Jungk. Von Brus, einem gebürtigen Murecker, schrieb damals die „Kleine Zeitung“, er bezeichne sich als Maler. Brus hat nicht nur in Graz ausgestellt. Seine von Hermanovsky-Orlando und Kubin beeinflussten Bilder gehörten 1982 auf der „documenta“ und vor zwei Jahren bei der „Biennale“ zum Besten. Ossi Wiener begann 1968 in den „Manuskripten“ mit der Publikation seines berühmten gewordenen Romans „Die Verbesserung von Mitteleuropa“.

Wenngleich die Reaktionen auch in andere Hochschulstädte schwappte, so blieben sie doch eine Episode und verliefen dort im Sande, wo sich die Österreicher am meisten erregen — in der Kunst.

In Graz veranstaltete Matthias Wabl nicht nur eine Rektoratsinauguration mit Klopapier und Banane als Zepter — zum Rektor wurde damals Dobretsberger gewählt — sondern auch einen Bußgang in die Mur, der als Kulturerignis sogar kostenlos war. Wasserrettung und Polizei verrechneten keine Gebühren.

Matthias Wabl, Bruder des SPÖ Landtagsabgeordneten Martin Wabl und des Vorstandsmitgliedes der Alternativen Liste Steiermark, Bernhard Wabl,

ist als Dozent heute Leiter des Miescher Laboratoriums des Max-Planck-Institut in Tübingen und hat eben eine Berufung nach Kanada abgelehnt. Er möchte gern Professor in Graz werden.

Es blieb damals der „Süd-Ost-Tagespost“ vorbehalten, Wabl und die Aktion als „linksradikal“ einzustufen, weil Wabl die Notdurft der Wiener SÖS'ler mit dem aggressiven Hinweis versah, die Politiker täten schließlich nichts anderes: Sie verrichten geistige Notdurft auf die österreichische Fahne.

## Personen und Motive der „Vor-68er“ Generation

Zur Vervollständigung dieses Porträts muß ich noch die Personen und Motive der „Vor 68er Generation“ in Österreich skizzieren und weiters jene Leute, die zwar nie eine Revolte entfachen wollten, aber zu den typischen unruhigen „68ern“ gehörten.

### Dazu eine Vorbemerkung:

Bei uns gab es wohl niemand, der eine Teilung so schmerzlich erlitt, wie der Sachse Rudi Dutschke, der in einem christlichen Haus in der DDR aufwuchs und dann in Berlin studierte. Oder wie Daniel Cohn-Bendit, der im deutsch-französisch-jüdischen Spannungsbereich aufwuchs. Oder wie die spätere Terroristin Angela Luther, die Luxus einerseits — Nöte andererseits wohl nicht verkraftete.

Österreich hat sich durch den Staatsvertrag sicherlich viel erspart. Dazu kam das jeweilige Kleinklima. Speziell in Graz bot die von Hanns Koren geförderte kulturelle Explosion rund um das „Forum Stadtpark“ ein Ventil. Gleichzeitig übten Persönlichkeiten wie Otto Mauer und Karl Rahner nicht nur die Funktion von Idolen aus. Sie boten Halt und Korrektur, wengleich die Reformideen weiterwehten und Projekte wie die Einführung eines staatlichen Stipendienwesens ein soziales Erfolgserlebnis ermöglichten.

So sind heute Leute wie Erhard Busek, Heinz Fischer, Bernd Schilcher, Trautl Brandstaller, Anton Pelinka, Hans Preiner, Werner Vogt, Werner Perger, aber auch Fritz Fliszar, der heutige, Bundesgeschäftsführer der FDP um nur einige zu nennen — typische „Vor 68er“, die im Jahre 1968 selbst bereits im Berufsleben standen, die aber in der Politik und in der Publizistik im Verein mit verständnisvollen Älteren — Krainer, Csoklich, Wimmer, Skalník, Nennung, Heer, Gmoser bis zu einem gewissen Grad sogar Sassmann, Ermacora, Marcic u. a. (die meisten als Komiteemitglieder des „Neuen Forum“) jene Radikalisierung verhinderten, die den deutschen Nachbarn in Terror und Radikaleria trieb.

## Die zweite Gruppe: Die unruhigen „68er“

Während in Paris um den 12. Mai 1968 der Generalstreik begann, tagte in Obertrum bei Salzburg im Hause des ÖVP Bürgermeisters der österreichische Studententag. Hauptsprecher des „Wahlblock“ waren Ortner und Stickler, der „Aktion“ Helmut Strobl (der nämlich) und Michael Daxner, um den es vor 2 Jahren eine Kontroverse in Kassel gab: Der Pädagogikprofessor sollte Hochschulpräsident werden. Vom RFS war Schmidbauer im Vorstand, von VSSSt Roszenich (heute in der ÖIAG). Stefan Schulmeister und Wilhelm Dantine hielten sich zurück. Die Gruppe Lehmann, Kowalski war nicht gekommen. Sie war dann erst später 2 Tage bei der Audimax-Diskussion mit Piffel sehr aktiv. Diese Gruppe ist heute ein Transmissionsriemen zu den heutigen „Alternativen“. Viele — und da rede ich von Graz — sind in bürgerlichen Berufen von ihrem aufmüpfigen Vorhaben zwar abgekommen, aber sind keine „Bonzen“ geworden: A. M. Maitzen ist Astronomieprofessor an der Wiener Universität. Fritz Kleiner ist Steuerberater in Graz, Ulrich Daghofer ist Rechtsanwalt — Man könnte genauso die Wiener ÖH-Funktionäre und jene anderswo Revue passieren lassen.

Aber sie — und da nenne ich z. B. Peter Pritz — haben bereits 1969 beim Anti-Bundesheer-Volksbegehren mitgetan, haben die Null-Tarif-Kompagne gegen die GVB getragen, haben die alternativen Kindergärten gegründet, Dritte Welt Gruppen initiiert, alles Ansätze und Projekte, die in die heutige politische Situation heraufwirken. Insofern zieht sich ein personeller Faden aus den 60er Jahren durch, den ich am Schluß meiner Ausführungen auch an Hand einiger inhaltlicher Punkte und Problemkreise exemplifizieren möchte.

## Die Hochschulreform

Die österreichische Hochschulreform hat eindeutige amerikanische Wurzeln, die zum Teil über Deutschland nach Österreich transportiert wurden.

Die Revolte von Berkely 1963 war eine gegen die Massenuniversität, weshalb früh schon an der Wiener und Grazer Universität eine Verkleinerung der Fakultäten zu überschaubaren Einheiten verlangt wurde. Gleichzeitig brachte 1964 der Vortrag des Münchner Nobelpreisträgers Hofbauer einen Durchbruch für das Departmentsystem.

Die Einführung der Instituts- und Studienabschnittsvertreter stammt aus dem Papier „Die Studenten und die Neue Universität“, das 1962 in Bingen am Rhein bei einer großen Konferenz, an der ich teilnahm, diskutiert wurde. Gleichzeitig entwickelten in Wien Leeb und Vogt ähnliche Reformgedanken,

die später freilich von der Ministerialbürokratie in eine verdichtete Gremialisierung verwandelt wurden.

Aus Angst vor deutschen Zuständen wurde dann Ende der 60er Jahre die Drittelparität sanktioniert. Sie wurde in Graz nur von einer Minderheit gewollt. Hier trat man z. B. bei der Wahl der Institutsvorstände und des Rektors für das Prinzip „one man one vote“ ein, unter der Annahme einer hohen Mündigkeit und eines Basisvertrauens. Man wollte einen institutionalisierten „Klassenkampf“ an den Universitäten vermeiden.

## Die Rolle der Studenten

Der Aufbruch Anfang der 60er Jahre korrespondierte mit der wachsenden Ablehnung der großen Koalition. Das politische Denken war nämlich stark beeinflusst von den Schriften der Frankfurter Schule, speziell Adornos und Marcuses, die in Europa eine größere Rolle spielte, als in den USA. In Berkely war z. B. der Althilologe Albert Dragsedt viel wichtiger, dessen Figur an jenen Griechisch-Professor mit linken Neigungen erinnert, in den sich Anni Girardot als Kommissarin in einem französischen Film verliebt.

Für uns hier in Graz gab es noch zwei bestimmte Einflüsse:

1. Die Gemeindeftheologie Karl Rahners und das Kunstverständnis Otto Mauers, der uns mit den Bildern Rainers, Mikls, Holleghas sowie mit der Architektur Holleins u. a. vertraut machte. Das wirkte dann hinein in die neuen literarischen Störungen.

2. Zum politischen Vorbild wurde das „Port Henron Statement“ des amerikanischen SDS, dessen Hauptautor, Tom Hayden, der spätere Mann Jane Fondas wurde. Ich brachte es 1965 aus Amerika mit — und alle waren begeistert, die „Aktion“ baute ihr Programm darauf auf.

Die Kernpunkte des Port Henron Statements:

- Eine Demokratie mit individueller Teilnahme und radikaler Reduktion der Bürokratie.

- Eine politische Macht, deren Rechtfertigung nicht Besitz und Privilegien sind, sondern Liebe, Reflexion, Vernunft und Kreativität.

- Die Entscheidungen sollten frei durch „public groupings“ erfolgen, was uns früh aufschloß für erste Bürgerinitiativen.

- Die Lebensqualität, „quality of life“, war ausdrücklich unterstrichen, die Zerstörung der Natur wurde immer wieder erwähnt.

Ich meine, dies zeigt: Wir haben selbst wenig erfunden: Aber, daß uns dies ins Auge stach, zeigt jene Entwicklungslinien des Denkens, die herauf in die 70er und 80er Jahre führen.

Daß wir Studenten uns damals selbst in



Österreich als eine Art „neue Elite“ fühlen durften, wurde uns ja auch bescheinigt. Ich zitiere zwei bekannte „Figuren“:

Bei der Studentenwoche in Graz 1965 sagte Günther Nenning: „Wenn aus der Uni nichts wird, macht euch eure eigene Uni. Oder: „Geht hinein in die Politik dieses Landes als eine fünfte Kolonne des Geistes. Schlacht alles kurz und klein mit dem Hammer des Geistes“.

Und sogar Otto Schulmeister sagte uns — ebenfalls 1965 — bei dem von Heribert Steinbauer organisierten „Symposium 600“ an der Wiener Uni: Ob der Intellektuelle nicht in der Funktion des Vorausgehens der Tabus eine positive Funktion hat, um den Blick freizumachen, auf die Wahrheit der neuen Wirklichkeit?“...

So konnte also Hans Preiner anlässlich einer vielgelästerten Kunstaussstellung in der Grazer Uni mit dem Brustton der Überzeugung schreiben:

„Nicht das man Kunst als Wetzstein an Studenten — Professoren vermeiden könnte. Aber wir brauchen eine Universität — keine öden Institutionen.“

Es war die Zeit der großen Aufforderungen, aber auch der beginnenden Probleme,

— weil z. B. mit Peter Handke die Sprachkritik wieder in die Literatur einfloß;

36 — weil wir links weniger als etwas Sozialistisches, und viel mehr als etwas Oppositionelles gegen den RFS die Burschenschaften begriffen: Nestroy, Wittgenstein und Karl Kraus waren genauso für uns, wie Marcuse, Rahner und Mauer,

— weil damals auch der Kosmos wieder ins Bewußtsein drang, weil ein neues Raum-Zeit-Gefühl entstand.

Ich möchte daher ganz zuletzt sehr persönlich werden. Ich spreche über **BEZIEHUNGEN**.

Völlig überraschend stellte sich für uns die Frage, ob nicht auch die Frauen dieselben Rechte und Pflichten wie die Männer hätten. Wir suchten nach Studentinnen, die Mandate in der ÖH übernehmen würden. Jene, die sich fanden, hatten natürlich politisches Interesse — und weil sie es hatten, verliebten sich einige von uns auch sofort. Andere wieder, die sich nach der alten Façon verheiratet oder verliebt hatten, infizierten die Frauen mit den neuen Problemen. Ob sie wollten oder nicht. Bei der „Steirischen Akademie“ im Oktober 1982 hat die Theologin Mary Daly aus Boston die Erde als das Element der Weiblichkeit bezeichnet. Ich habe mich dabei sofort an einen Brief erinnert, den mir Bernhard Frankfurter 1969 zusammen mit den neuesten Plakaten aus Nanterre schickte: Du wirst doch nicht den Kardinalfehler machen, schrieb er, eine so erdgebun-

dene, unintellektuelle Frau zu heiraten wie die. Ich dachte nur, der räumt auf mit den alten Mythen.

Viele von uns haben sehr intensive, von Diskussion überladene Ehen gehabt. Glückliche jene, die das überstanden haben. Aber auch das Scheitern ist ein Synonym unserer Zeit, die mir oft so erscheint wie ein offener Kamin. Das dauernd nachgelegte frische Holz verstopft durch seinen Rauch den Kamin und die Zugluft unterliegt dem Verbrauch. Das Feuer erlischt. Wir müssen zwar immer wieder versuchen, es zu entfachen. Und wenn es eine neue Generation tut, anders als wir, sollten wir sie gewähren lassen. Nicht unkritisch, aber mit Sympathie!

### Zusammenfassend:

Die „68er“ in Österreich, das hat es kaum gegeben, weil zum Unterschied vom Ausland jene Probleme, die zu einer gewaltigen Polarisierung hätten führen können, vorher gelöst oder zu-

mindest entschärft wurden.

1. Durch den Zusammenbruch der großen Koalition

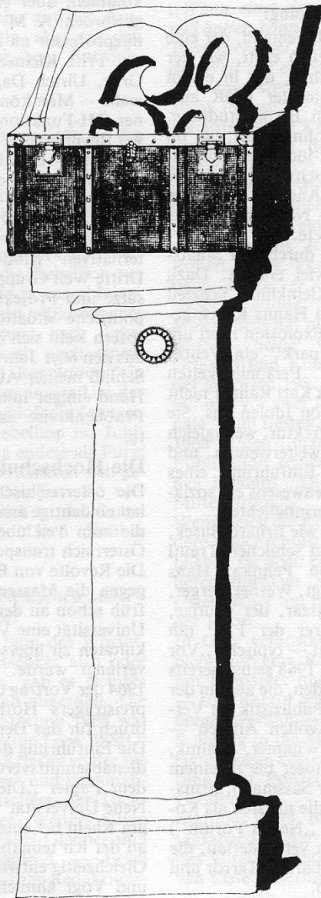
2. durch die stärkere Gesprächssituation zwischen Studenten und Politikern, die zur inneren Reform auf der Basis des „Leeb-Vogt-Papiers“ führte

3. durch eine Aufbruchsstimmung in Kirche und Kulturlandschaft.

In Österreich gab es aber die „Vor-68er“ in größerer Zahl. Die 1968/69 bereits in publizistische und politische Positionen eingerückt waren und da im Verein mit flexiblen Exponenten der älteren Generation keine Pressehetze gegen die unruhige studentische Jugend aufkommen ließen.

Diese „Vor-68er“ haben — wenn Sie wollen — einen „Marsch durch die Institutionen“ angetreten und sich vielfach eine Sensibilität gegenüber den Wünschen der Jüngeren erhalten.

Es ist möglich und wünschenswert, daß diese Bindungen quer durch die Parteien wiederum eine politische Tragfähigkeit in Krisenzeiten bieten.



# DER WERTWANDEL IN DER ÄRA KREISKY

*Auszug aus dem Referat, das der Autor anlässlich des Zeitgeschichte-Symposiums im Oktober 1982 im Josef-Krainer-Haus gehalten hatte.*

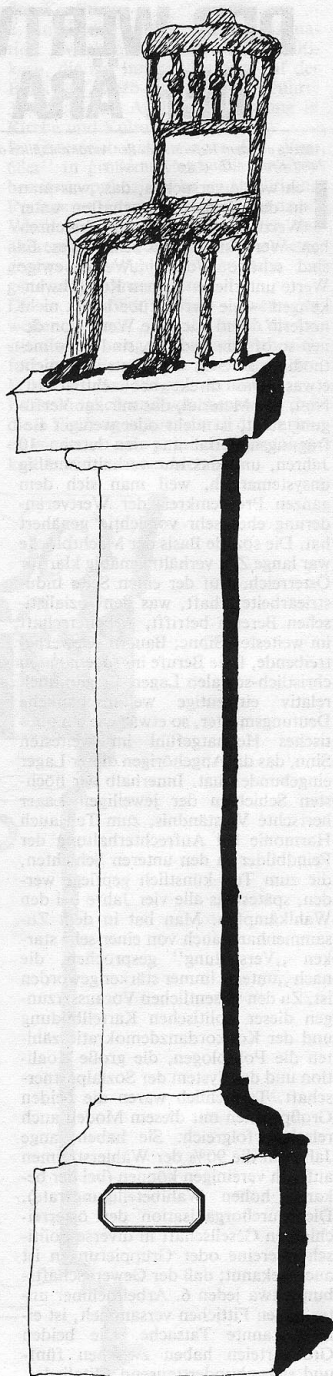
Ich werde versuchen, das, was man in den Sozialwissenschaften unter Wertwandel versteht, zu beschreiben. Werte sind etwas sehr Vages. Es sind schöne Worte: „Werte, ewige Werte unterliegen keinen Kursschwankungen — sie werden überhaupt nicht notiert!“. Und auch die Werte von denen so oft die Rede ist, sind ja — methodisch gesehen — Konstrukte, nicht etwas, was direkt beobachtbar ist. Nun, das Material, das mir zur Verfügung steht, ist mehr oder weniger Befragungsmaterial aus den letzten 10 Jahren, und das nur verhältnismäßig unsystematisch, weil man sich dem ganzen Problemkreis der Wertveränderung eher sehr vorsichtig genähert hat. Die soziale Basis der Machtblöcke war lange Zeit verhältnismäßig klar für Österreich. Auf der einen Seite Industriearbeiterschaft, was den sozialistischen Bereich betrifft, Arbeiterschaft im weitesten Sinne; Bauern, Gewerbetreibende, freie Berufe im sogenannten christlich-sozialen Lager. Es gab doch relativ eindeutige weltanschauliche Deutungsmuster, so etwas wie ein politisches Heimatgefühl im weitesten Sinn, das die Angehörigen dieser Lager eingebunden hat. Innerhalb der höchsten Schichten der jeweiligen Lager herrschte Verständnis, zum Teil auch Harmonie bei Aufrechterhaltung der Feindbilder in den unteren Schichten, die zum Teil künstlich gepflegt werden, spätestens alle vier Jahre bei den Wahlkämpfen. Man hat in dem Zusammenhang auch von einer sehr starken „Versäulung“ gesprochen, die nach „unten“ immer stärker geworden ist. Zu den wesentlichen Voraussetzungen dieser politischen Kartellbildung und der Konkordanzdemokratie zählten die Politologen, die große Koalition und das System der Sozialpartnerschaft. Tatsächlich waren die beiden Großparteien mit diesem Modell auch relativ erfolgreich. Sie haben lange Jahre an die 90% der Wählerstimmen auf sich vereinen können (bei der bekannten hohen Wahlbeteiligungsrates). Die Durchorganisation der österreichischen Gesellschaft in diverse politische Vereine oder Gruppierungen ist auch bekannt; daß der Gewerkschaftsbund etwa jeden 6. Arbeitnehmer unter seinen Fittichen versammelt, ist eine bekannte Tatsache. Die beiden Großparteien haben zwischen fünf- und siebenhunderttausend Mitglieder.

Und das entthob die politischen Parteien jahrelang einer allzu starken Konkurrenz; man konnte von einer relativ hohen Stabilität dieses Systems sprechen. Diese Stabilität hat zweifellos große Vorteile gehabt und ist auch im Bewußtsein der Bevölkerung tief verankert gewesen. Man sieht heute noch trotz Kritik von politologischer Seite eine ungeheure Befürwortung des Systems der Sozialpartnerschaft, das zwar nicht als System durchschaut wird, aber als Institution, die sozusagen eine Zusammenarbeit selbst in Zeiten größerer Konflikte sichert. Mit den ausgehenden 60er Jahren setzt ein starker Wandel in unserer Gesellschaft ein. Ganz grob skizziert: Zunahme in den Angestelltenschichten, Abnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten; die Dienstleistungsbereiche haben allgemein zugenommen — also die bekannten Daten zum Strukturwandel. Zahlenmäßig stellen wir ein starkes Ansteigen der Angestellten- und Beamtenschaft fest; eine Gruppe, die — wie immer man sie bezeichnet — ob als neuen Mittelstand, oder als neue Mittelschicht, jedenfalls weniger ideologisch gebunden war, und keine so klare natürliche Heimat bei einer der beiden Großparteien hatte. Um sie setzte ein stärkerer Wettbewerb ein und hat dann infolge dieses Drangs zur Mitte auch zu einer verhältnismäßig starken ideologischen Annäherung mit beigetragen. Die Veränderungen in der Berufsstruktur signalisierten nicht nur die großflächige Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessenlagen, sondern sie gehen im großen und ganzen auch mit einem mehr oder weniger tiefgreifenden Wertwandel einher. Die alte Wertordnung von vorindustrieller Gesellschaft und industrieller Aufbauphase teilen den Hintergrund und konzentrieren sich auf die zahlenmäßig schrumpfenden Gruppen wie Landwirte, alte Industriearbeiterschaft, aller Mittelstand im klassischen Sinn. Für die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere für die Angestellten und Beamten, steht ein anderes im Zentrum der Lebensinteressen: zunächst einmal ständige Steigerung des Lebensstandards, Vermehrung und qualitative Verbesserung der Konsummöglichkeiten, etwas, was natürlich seit der Nachkriegszeit im Steigen begriffen war. Von einer echten Konsumgesellschaft spricht man wohl erst seit

1958 — 1960, also mit den beginnenden 60er Jahren. Nach der Abdeckung der grundlegenden Bedürfnisse bringen die 70er Jahre sicher den großen Konsumboom, der zunächst die oberen und mittleren Schichten erfaßt; Denken sie nur an die Randerscheinungen, wie Vollmotorisierung oder der Zweitwohnungsbesitz, der zum Teil erhebliche Ausmaße annimmt. Reisetätigkeit, die zur Selbstverständlichkeit wird, Urlaubstätigkeit schlechthin, die für etwa die Hälfte der österreichischen Bevölkerung zur Selbstverständlichkeit wird. Und es steigen analog die Ansprüche an das System der sozialen Sicherheit und der Wunsch nach sozialem Aufstieg; wenn schon nicht für sich selber, dann doch für die Kinder. Der Wunsch nach sozialer Absicherung hat bis in die Mitte der 70er Jahre noch immer zugenommen. Es macht sich aber im politischen Bereich — und dieser Prozeß wird zweifellos noch weitergehen — ein Abbau der Lagermentalität und der Bindungen bemerkbar. Nicht unverständlich, wenn man bedenkt, daß neue Schichten, die keine so starke Verankerung in den traditionellen Parteien haben zahlenmäßig stark zugenommen haben. Es findet — verkürzt ausgedrückt — so etwas wie ein Säkularisierungsprozeß von den „Amtskirchen der Parteien“ statt. Die Parteienbindung nimmt ab, die Bereitschaft zwischen Parteien zu wechseln, zwischen einzelnen Wahlgängen zu wechseln, nimmt deutlich zu. Das ist in einzelnen Bundesländern, in Österreich ganz verschieden ausgeprägt. In der Steiermark ist es sehr hoch, in Oberösterreich ist es sehr hoch und in Graz ist es am höchsten überhaupt. Aber im großen und ganzen nimmt diese Bereitschaft zum Wechsel zu bei Aufrechterhaltung der formalen Mitgliedschaften. Also: Die formalen Mitgliedschaften in den Parteien müssen nicht zurückgehen, im Gegenteil, sie sind sogar noch gestiegen. Was allerdings auch gestiegen ist, was sich verändert hat, ist die Motivation zum Parteibeitritt. Es finden sich im verstärkten Maße gegen Ende der 70er Jahre opportunistische Motive beim Parteibeitritt, weniger ideologische Motive. Es findet sich zum Teil bei den Jugendlichen ein Politikzynismus, den sie den Politikern häufig vorwerfen. Nämlich eine Bereitschaft, eine Parteimitgliedschaft anzunehmen um zu einer Wohnung zu kommen, um eine sichere Karriere zu haben und dgl. Und wer dies bietet, dem gibt man die Stimme und von dem nimmt man ein Parteibuch. Das hat sich tendentiell leicht verschoben in Richtung opportunistisches Verhalten und ein Gefühl der Bindung, der Lagermentalität hat abgenommen. Die Reaktion der Großparteien auf diesen Wandel ist verschieden. Wäh-

rend die Volkspartei der Parole des Wirtschaftswachstums und des Konsumwachstums zumindest in den frühen 70er Jahren mit ganzem Herzen, jener der sozialen Einrichtungen mit gewissen Abstrichen gefolgt ist bzw. mitgetragen hat, hat sie den kulturellen Säkularisierungsprozeß der stattgefunden hat, eher mit Skepsis und teilweise mit offener Ablehnung gesehen. Die Gründe für diese Haltung liegen sicher nicht zuletzt im politisch weltanschaulichen Selbstverständnis der Partei, die eine christliche Fundierung hat. Die SPÖ hat sich, was diese kulturelle Säkularisierung anlangt, leichter getan. Die materialistische Anschauung ist mit der neueren Wertordnung ohne größere Schwierigkeiten zustande gekommen. Gleichzeitig hat man die marxistische Dimension doch in den Hintergrund treten lassen und die Wählbarkeit für breitere Wählerschichten dadurch zweifellos erhöht. Gleichzeitig präsentierte man sich aufgrund des traditionellen Schemas als eine klassische Arbeitnehmerpartei mit Berücksichtigung neuer Arbeitnehmerschichten wie etwa Angestellte oder Beamte. Nicht zuletzt als Folge der langen Regierungstätigkeit ist die Angst vor dem „Marxismus“ zurückgegangen. Das, was man auch als sozialliberalen Konsens bezeichnet hat, nämlich Befürwortung von Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Ausbau des Netzes der sozialen Sicherheit, hat außerordentlich lange getragen; bis Mitte der 70er Jahre, würde ich sagen, da waren die ersten Brüche bemerkbar. Man muß an der Stelle anmerken — Gerfried Sperl hat es teilweise schon getan — daß in der Programmatik der einzelnen Parteien bereits früher eine Skepsis am hemmungslosen Kurs des Wirtschaftswachstums angemeldet wurde als in der praktischen Politik; wenn ich an die ÖVP-Pläne zur Lebensqualität denke, die aus den Jahren 1971 und 1972 stammen. Erhard Busek hat in dieser Richtung weitergedacht; in einem eigenen Buch „Qualitative Marktwirtschaft“. Da waren die gedanklichen Dinge weit früher da — bei Aufrechterhaltung pragmatischer Politik, die in eine andere Richtung einfach weitergegangen ist. Am Ende der 70er Jahre kommt es nicht zuletzt infolge der prognostizierten längerfristigen Abschwächung wirtschaftlichen Wachstums zu immer stärkerer Skepsis gegenüber den einschlägigen Möglichkeiten, vor allem auch gegenüber den Finanzierungsmöglichkeiten. Es kommt auch — und da bin ich wieder beim eigentlichen Wertwandel — im Bewußtsein der Menschen eine stärkere Skepsis zum Ausdruck; eine Fortschrittskepsis bzw. ein sich abschwächender Zukunftsoptimismus, der zumindest am Beginn der 70er Jahre

noch dagewesen ist. Es gibt fast keine systematischen Untersuchungen zu der Frage des Wertwandels. Es gibt eine, die ich allen Interessierten empfehle; sie ist in Buchform greifbar und von einem Religionssoziologen gemacht worden, nämlich von Prof. Zulehner „Religion im Leben der Österreicher“. In diesem Buch ist auch der Frage des Wertwandels ein umfangreiches Kapitel gewidmet. Die Publikation stützt sich auf einen 10-Jahres-Vergleich, 1970 bis 1980. Darin kommt zum Ausdruck: ein zunehmender Überdruß an Überfluß, wie er es pointiert formuliert. Man registriert in zunehmendem Maße negative Konsequenzen des Wohlstands (negative Konsequenzen des eigenen konsumorientierten Lebensstils, den man zwar für die eigene Person nicht missen möchte, dessen negative Konsequenzen man aber für die gesamte Gesellschaft kritisiert). Es findet sich in diesem 10-Jahres-Vergleich ein gering gemildertes Autoritätsdenken: das ist ja gerade das, wofür die 68er Bewegung angetreten ist. In der Variable Autoritarismus ist also selbst in Österreich ein gewisses Abklingen feststellbar und zwar gleichmäßig in allen Altersgruppen. Das ist also nicht ein Effekt, der dadurch zustande kommt, daß eine jüngere Generation nachrückt mit einem geringeren Autoritätsdenken und dadurch den Gesamtschnitt drückt, sondern das ist sozusagen ein Wertwandel, der quer über alle Gruppen übergegangen ist und auch die älteren Leute erfaßt hat. Etwas, was in mehreren Studien auch in einer Parallelstudie, die ich zwischen 1978 und 1981 angestellt habe: Merkbar ist die Tendenz zu dem, was man als „kleinere Lebenswelten“ bezeichnen könnte. Also starke Orientierung auf Familie, Kleingruppe, Gemeinde; Sehnsucht nach dieser Kleingruppe. Ich kann mich allerdings gut an Studien der frühen 70er-Jahre erinnern, wo der Begriff „fortschrittlich“ ungläublich positiv besetzt war. Bis zur Mitte der 70er Jahre ist dieser Wert stark abgefallen und wurde zumindest ambivalent, „progressiv“; er ist heute auch nicht mehr das, was er einmal war. Es gibt eine Studie aus dem Jahre 1979 vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, wo ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung Skeptizismus zeigt gegenüber Fortschritt; nicht eine Verdrossenheit, sondern eher eine Ambivalenz, also eine Mischung aus Skepsis, Angst und Hoffnung und einer entsprechenden Abwehrhaltung. Diese Skepsis bezieht sich auch stark auf den heutigen Lebensstil, ich habe schon gesagt, nicht nur auf den eigenen, sondern primär auf den der anderen, aber die Einsicht ist im Wachsen.





# ÖSTERREICHISCHE ÜBERGÄNGE

Ich bin aufgefordert, einen Essay aus subjektiver Sicht über Entwicklungen und Tendenzen im politischen Leben unserer Republik vorzutragen. Mit der subjektiven Sicht kann ich dienen, ein subjektiver Essay aber scheint mir ein Widerspruch in sich selbst zu sein. Also wird's wohl eher ein Feuilleton werden: das macht einem leichter, subjektiv und unvermeidlicherweise auch etwas autobiographisch zu werden.

1924 geboren, bin ich, auch wenn das auf den ersten Blick vielleicht ein bissl überzogen klingt, durch die miserablen Zustände in der Ersten Republik für mein Leben geprägt worden. Ich erinnere mich an die Schüsse des Februar 1934, an die brillierenden Aufmärsche der Nazis, der Heimwehren, des Schutzbundes, ich erinnere mich an die häufigen Tage, da Polizei oder Bundesheer Maschinengewehre und Spanische Reiter auf den Straßen aufstellte, weil schon wieder ein Putsch in der Luft lag; ich erinnere mich des politischen Zwiespalts, der das Volk eines kleinen Landes in zwei, drei unversöhnliche Lager zerfallen ließ; eines Zwiespaltes, der tief in die eigene Familie hineinreichte und oft quer durch sie gehend die Generationen voneinander trennte. Und ich habe ein lebenslanges Trauma von der unglaublichen politischen Gehässigkeit davongetragen, die in meiner Gymnasialklasse herrschte, ein Haß, der bis zu Gestapodenunzationen der Schulkollegen führte, mit denen man in einer Bank zusammensaß.

Daß ich das, obwohl noch ein Kind, acht- bis vierzehnjährig, so stark empfand, hängt sehr wesentlich mit der Person meines Vaters zusammen. Mein Vater war bis 1938 Chefredakteur einer Wiener Tageszeitung, der „Wiener Neuesten Nachrichten“, des Blattes der österreichischen Großdeutschen. Diese Partei, eine lange nachwirkendes Relikt der Revolution von 1848, war nicht nur das, was man danach, übrigens nicht sehr genau, „deutschnational“ nannte, sie war zugleich auch die liberale Partei der Ersten Republik. Das erwies sich dann als unvereinbar und als 1934 diese Partei verboten wurde, zerfiel auch ihre Anhängerenschaft. Der größere Teil fiel unter dem deutschnationalen Vorzeichen dem Lager der Nazis zu, der kleinere Teil, darunter auch mein Vater, hielt am liberalen Prinzip fest, verabscheute

den Nationalsozialismus und schloß angesichts dieser Gefahr eine Art Burgfrieden mit dem christlichsozialen Ständestaat. Eine der auch mich betreffenden Folgen davon war, daß mein Vater nach 1938 von den Nazis ein sogenanntes Berufsverbot erhielt, was natürlich meine Familie in arge Bedrängnis versetzte.

Die Situation war für mich, nun schon Fünfzehn- bis Zwanzigjährigen, ziemlich kompliziert. Ich wußte lange nicht recht, wohin ich gehörte. Nazi war ich keiner, konnte es unter diesen Umständen auch nicht sein; da Nazismus und Deutschland unter den damaligen Verhältnissen ein- und dasselbe war, konnte ich mich auch nicht als Deutscher fühlen, und das Deutschtum, an dem mein Vater, leidend natürlich, festhielt, schien mir eher als eine Art von Traum, der mit der Realität einfach nicht übereinstimmte. Andererseits: das Österreich der Ersten Republik war für mich auch keine Heimat gewesen, umsoweniger, als ich ja auch noch ein Evangelischer war, also einer Minderheit angehörte, die zwischen 1934 und 1938 von den Vertretern jenes Österreichs auch nicht gerade geliebt worden war.

Der Ausweg oder die Lösung, die ich fand — und nicht nur ich, sondern in vielen Variationen viele meiner Generationskollegen — hieß demnach Österreich, allerdings eines, das damals in der Zukunft lag, und von dem sich keiner recht vorstellen konnte, wie denn das aussehen würde.

Nun, dieses Österreich kam dann auch, und wenn's vielleicht auch nicht ganz das ideale wurde, das man sich erträumt hatte, so war's doch unvergleichlich besser, als alles, was man bis dahin gekannt hatte — friedlicher, allmählich wohlhabender, nicht absolut, aber doch relativ große Freiheiten erlaubend, tüchtiger sogar, als man für möglich gehalten hätte — alles in allem ein gutes Land und endlich auch eine Heimat.

Nicht ganz so heimatlich freilich — und jetzt komme ich schon näher an die Gegenwart heran — im Politischen. Für mich, nun schon dreißigjährig und älter und beruflich erfolgreich, und für viele meinesgleichen, gab's noch immer kein politisches Zuhause. Nicht in der SPÖ, die für mich schon damals auf etwas beruhte, was ich überhaupt nicht mag, nämlich auf einer geschlossenen und de facto doch

ziemlich totalitären Ideologie, die mir als solche obsolet ist, aber auch nicht in der ÖVP, die mir zwar nicht solche Abwehrreaktionen erweckte, die aber dem Intellektuellen und Großstädter in mir gar nichts zu sagen oder gar zu geben hatte und natürlich erst recht nicht der VdU oder nachträglichen FPÖ. Und so sehr ich die Existenz der Demokratie genoß, und wenn ich auch meine billigeren Pflichten durchaus willig erledigte und nolens volens auch das Parteiensystem samt allem drum und dran grundsätzlich akzeptierte, so zufrieden war ich jedoch auch, mit allem weiter nichts zu tun haben zu müssen. Da wirkten wohl auch die traumatischen Erlebnisse meiner Schulzeit nach. Es gab gewisse Schwankungen in dieser Einstellung — ich erinnere mich einer starken Zuneigung zu Kamitz und Piffl Percevic, einer wachsenden Abneigung gegen Raab, der für mich der Inbegriff des Anti-Intellektuellen wurde, einer freilich schnell vergehenden Sympathie für jenen Kreisky, der zunächst einen neuen und unbaren Ton in die österreichische Innenpolitik zu bringen schien — aber das alles änderte nichts an der grundsätzlichen Äquidistanz, wie man das heute nennt, allem Parteiwesen gegenüber. Zugehörigkeit, ein politisches Heimatgefühl spürte ich da nicht, schon gar nicht in der Spätphase der Koalition, in der ich mich diesbezüglich sogar in gewisser Weise ausgeschlossen fühlte.

Ich erinnere Sie, meine Damen und Herren, daran, daß ich Ihnen Subjektives, Persönliches angekündigt habe; ich hoffe, daß es Sie interessiert, ich weiß nicht, ob Sie sonst was davon halten oder daraus ziehen können, eine Lehre oder eine Einsicht. Ich freilich glaube, daß ich, bei aller Individualität, in diesen Dingen doch auch einen Typus repräsentiere oder von mir aus ein Produkt der politischen Geschichte unseres Landes vorstelle und insofern als lebendes Lehrmittel vielleicht ganz lehrreich bin, wenn ich auch nicht genau weiß, inwiefern.

Und trotzdem bin ich jetzt, siehe da, gewählter Mandatar, Parteimitglied auch, Stadtrat in Wien sogar. Und Sie haben natürlich allen Grund, mich zu fragen, wie das zu dem kommt.

Nun, das hat einige private und einige eher akzentuelle Ursachen, zu denen auch die unzweifelhafte Überredungsgabe des Erhard Busek gehört — aber gerade an diesem Punkt möchte ich jetzt vom rein Subjektiven einen Schritt in das Objektive tun und versuchen, so etwas wie ein Bild oder, wie man jetzt sagt, ein Szenario des derzeitigen politischen Zustandes zu entwerfen.

Ich benütze dazu, als gelernter Kunsthistoriker, die Mittel der Stilkunde, was zunächst vielleicht ein bißchen sonderbar klingt, so sonderbar aber nicht ist.

Tatsächlich haben ja die Kulturwissenschaften, die Kunstgeschichte im besonderen, seit langem Stilkataloge und Analogielisten entwickelt, mit deren Hilfe man, so meine ich, ein weit besseres Urteil über die Gegenwart sich bilden kann, als durch die Aussagen der Wirtschaftsforscher oder statistische Parameter. Und eine Stil-Beschreibung erlaubt sogar, mit aller Vorsicht, gewisse Zukunftsextrapolationen. Ich wundere mich oft, daß Politiker und Zeitkommentatoren sich dieses Mittels fast nie bedienen.

Alle Stilmerkmale deuten klar darauf hin, daß wir in einer spätmanieristischen Phase leben: ein hohes Maß an Überspitzungen, an Kontrastgier, an Überraschungslust prägen nicht nur die Kunst und die Literatur. Auch unser Alltagsverhalten ist ein manieristisches: der rasche Wechsel an Stimmungen, der Bedarf an immer neuen Reizen und Reizungen, eine gewisse Ratlosigkeit, die Anfälligkeit für Sünde aller Art, dazu eine unzweifelhafte Saturiertheit, die es erst erlaubt, sich auszu-  
leben, ein sehr starkes Bedürfnis nach besonderen Genüssen (denken Sie etwa an die plötzliche Nachfrage nach neuen Moden, nach neuen Kochkünsten und so weiter), dazu eine tatsächliche Inflation von Reiz- und Vergnügungsangeboten (denken Sie an die Massenmedien, die Autorennen und so fort) — das alles ist sehr manieristisch und daher sehr endzeitlich: man kann alle diese Tendenzen, ich tu's hier natürlich ein bißchen grosso modo, überall dort feststellen, wo eine Kulturphase dem Ende entgegengeht, etwa gegen Ende des 13. oder des 16. Jahrhunderts, in den Rokoko-Jahren vor der französischen Revolution, im späten Biedermeier, auch in der Zeit um 1900, nicht immer gleich stark ausgeprägt, mit wechselnden Gewichtungen natürlich — ich kann da nicht ausführlicher darauf eingehen, obzwar ich's gerne täte, sondern muß mich auf den Punkt beschränken, den ich jetzt und hier für wichtig halte, weil er sehr wahrscheinlich die Politik und das Politikmachen der nächsten Jahre entscheidend beeinflussen wird. Damit kein Mißverständnis entsteht: ich schweife zwar scheinbar ins Allgemeine ab, meine aber trotzdem unsere Verhältnisse, meine das, was eben auch bei uns vorgeht.

Der Punkt, oder vielfach die Tendenz, von der ich nun im besonderen sprechen will, ist das Anarchische, das in solchen spätmanieristischen endzeitlichen Phasen freigesetzt wird und das nach der Wiederaufbauphase der Fünfzigerjahre auch bei uns ziemlich unversehens zu einer uns immer mehr beherrschenden Tendenz geworden ist. Ich schicke voraus, daß ich „das Anarchische“ hier nicht positiv oder negativ werte, auch nicht als eine Art oder Abart von Ideologie oder politischer Ge-

sinnung, obwohl es als Anarchie und Anarchismus dort münden kann, sondern als eine Kraft, eine Tendenz, eine Strömung von beachtlicher Kraft.

Anarchisches findet sich heute in allen Lebensbereichen und in den vielfältigsten Erscheinungsformen: es ist nach dem geradezu barocken Konservatismus der Fünfzigerjahre geradezu ein Stilmerkmal, wenn nicht der Stil dieses ausgehenden Jahrhunderts geworden. Es richtet sich gegen Herrschaft, Hierarchie und Einschränkung oder Bindung nahezu jeglicher Art, überhaupt gegen alles, was Pflichtanspruch außerhalb des eigenen Subjekts ist.

Dementsprechend sind Worte wie Emanzipation, Befreiung, Selbstverwirklichung, Aussteigen, Leitworte des Anarchischen; oder auch Begriffe wie „politische Äquidistanz“, oder das als „Politikverdrossenheit“ oder „Demokratiemüdigkeit“ definierte Verhaltensmuster. Worte, die ein Loslösen, ein Schwegbewegen, ein Sich-der-Verantwortlichkeit-Entziehen beschreiben. Und es sind nicht nur Modewörter, sondern Beschreibungen von Stilmerkmalen.

Ich führe schlagwortartig und ungeordnet noch ein paar Phänomene an, in denen Anarchisches sichtbar wird: etwa die neue Neigung zum sogenannten Regionalismus. Auch eine Erscheinung wie die Stadtfucht ist hierher zu zählen, denn auch die ist ja Abwendung vom Eigentlichen, wie auch das Zivildienstsyndrom; ich verweise auf die Trivialliteratur der Science Fiction und des Kinos, in denen diese Endzeitanarchismen ausgiebig und brutal geschildert werden; für meine Person halte ich aber die gegenwärtige Friedensbegeisterung zu diesem Syndrom gehörig, denn da bilden die „Ohne mich“-Töne denn doch allzu deutlich die Oberstimme. Sicherlich könnte man das alles sehr viel tiefergründiger am Zustand der heutigen Kunst und Literatur und anderer wichtigeren Parametern darstellen, aber das erspar' ich mir und Ihnen. Außerdem kommts mir ja hauptsächlich darauf an, das Alltags-Anarchische darzustellen, das, wonach wir täglich konfrontiert sind, das, was nach meiner Meinung eines der schwierigen Probleme allen Politikmachens sehr bald sein wird.

Ich stell' also noch einmal fest, daß sehr weite Bereiche unseres Lebens anarchisch durch- und schon auch zersetzt sind, daß dieses Anarchische sozusagen weiterhin auf Vormarsch ist, daß es auch schon — siehe Terroristen-sekten und die deutschen Grünen — in die uns bekannte Alltagspolitik einzieht.

Ich glaube, und erschrecke bei diesem Gedanken, daß dieser Prozeß erst an seinem Anfang steht und daß er sich mit zunehmendem Ausdruck — etwa

durch die Angst vor Ökonomie- und Wirtschaftskrise — noch sehr ausbreiten und verdichten wird. Die verfaßte Gesellschaft wird sich weiterhin zersetzen und in noch mehr Minderheiten, Regionen, Gruppen und Lager zerfallen. Damit werden auch ihre Normen weiterhin an Autorität verlieren; eine weitere Schwächung tradierter sozialer Kontrakte und Konsense wird unvermeidlich sein, und irgendwo wird es dann sicherlich auch Punkte geben, wo die Grenze zum Bürger- oder Weltbürgerkrieg und zum kriminellen Überschritten wird. Kurz, das Anarchische in unserem Zustand drängt dahin, zum Zustand selbst zu werden.

Für eine solche Entwicklung sind die Vorbedingungen günstig. Die Autoritäten aller Art sind geschwächt, stabile Moralbegriffe nicht mehr in allgemeiner Achtung, der kollektive Aggressivitätspegel ist ziemlich hoch, Orientierungslosigkeit und Orientierungswille sind weit verbreitet. Hierzu kommt noch, daß das Anarchische in seinen ersten Entwicklungsphasen entschieden Lust verbreitet; sich aus Gesetzen heraus in eine subjektive Freiheit fallen zu lassen, sich gehen zu lassen, endlich das zu tun, was man nie tun dürfte, nämlich irgendwas kaputt zu machen — das schafft Rauschgefühle; es ist ja für den manieristischen Stil unserer Zeit recht typisch, daß neben allen Ängsten ja auch einem wieder eine gewisse Euphorie, ein Tanz auf dem „Vulkan-Holldioh“ herrscht. Auch ist nicht zu vergessen, daß das Anarchische elementaren Charakter hat und das Elementare umso mehr Faszination ausübt, wenn die Umgebung, in der seine Ausbrüche stattfinden, so geordnet und abstrakt und regelrecht ist, wie sich unsere Zivilisation nun einmal vor allem den Jüngeren darstellt.

Ich denke, daß die Anarchie neben der Öko- und der Wirtschaftskrise der dritte apokalyptische Reiter sein wird, mit dem wir es zu tun kriegen könnten oder schon zu tun haben, und also frage ich mich, welche Strategien anzuwenden sein werden, seine Vorbedingung, nämlich das Anarchische in den Griff zu kriegen.

Die erste Schwierigkeit, die sich bei einer Auseinandersetzung mit dem Anarchischen einstellt: es ist politischen, technischen und wahrscheinlich rationalen Argumenten kaum zugänglich, logischerweise, weil es ja gerade die dazugehörigen Denkkategorien sind, oder vielmehr: deren Übermacht und Allgegenwart, die das Anarchische erst hervorgebracht hatten — zu viel Administration, Staat, Beton, Technik, Planung, zu hohe Funktionalisierung, zu viel Ökonomie, zu viel von jener Brutalität, die halt allem Nur-Sachlichem anhaftet, zu intensive Beanspruchung auch durch die Kollektive, durch die

Steuer und so weiter, das sind die Quellen des Anarchischen; man kann diese Liste ja bei den Alternativen aller Richtungen genauer studieren. Und ich denke, daß wir, Zeitgenossen, die auch wir sind, alle soweit ebenfalls schon anarchisch denken und fühlen, um da durchaus mitfühlen und mitbegreifen zu können; gelegentlich brauchen wir diese kritischen Vokabel ja selbst schon und sogar mit Erfolg; das Wort „weniger Staat“ ist unter den heutigen Bedingungen ein anarchisches, freilich kommt es, wenn wir es aussprechen, aus einem anderen Sinnzusammenhang.

Das Modell, das man dem Anarchischen entgegensetzen muß, kann nicht das der Welt der letzten zwanzig oder dreißig oder fünfzig Jahre sein. Unsere eher aus dem Instinkt als aus der kalten Analyse geschöpften Slogans von der „anderen Politik“ trifft da schon eher die Richtung. Und wenn der Erhard Busek häufig in aller Öffentlichkeit davon spricht, daß sich die Parteien und der Parteienstaat und die Parteipolitik gewaltig werden ändern müssen, wenn sie nicht untergehen wollen, und wenn er interessanterweise dafür keinen Widerspruch in der eigenen Partei findet, so ist auch das symptomatisch.

Hier bringe ich nun wieder meine unwürdige und inzwischen fünfzig- und mehrjährige Person ins Spiel.

Ich sehe mich selbst und das Faktum, daß ich, der politisch Heimatlose, der Evangelische, der Intellektuelle, der sich selbst als Liberalen Empfindenden, in der Wiener Volkspartei eine Art politische Heimat gefunden habe, durchaus als Symptom dieses Lockerungsprozesses, den ich, nebstbei gesagt, nicht nur für richtig, sondern einfach für notwendig halte; daß ein Typ wie ich, der durchaus etwas von Ernst Jüngers „Anarchen“ an sich hat, andererseits sich derart findet, daß er ein solches Engagement riskiert, finde ich nicht weniger typisch, ich leugne nicht, daß da auch eine Art Angst mit im Spiel ist, freilich auch das Verlangen, diese Angst zu überwinden — das Trauma meiner Kindheit, nur Objekt der politischen Auseinandersetzung zu sein, hier macht sich geltend.

Ich denke, daß die Hauptsorge der Politik, aller Politik, in der nächsten Zeit darauf gerichtet sein wird, das Anarchische nicht zur Anarchie ausufern zu lassen.

Ich meine: wenn man gegen das Anarchische ankämpfen will, nützt nichts, an den Symptomen herumzukurieren — dort halt ein bißl die Jugend befriedigen, dort irgendwas Aufklärendes gegen die Politikverdrossenheit zu zitieren, dort noch mehr Sozialsentimentalismus zeigen.

Da ist es wohl besser, man geht dorthin, woher das Anarchische stammt, nämlich an die Wurzeln.

Ich sagte schon, das Anarchische kommt aus dem elementaren Bereich; nicht aus den Vorderhirnen, sondern aus den Stammhirnen sozusagen, nicht aus dem Intellekt (der verschärft nur, im Nachhinein), sondern aus dem Instinkt, der spürt, daß da was falsch läuft, aus dem Gefühl, aus der Emotion, vielfach aus einer Art von Kollektiv-Erinnerung an irgendwelche besseren Zeiten oder Zustände. Die Sehnsucht nach Wärme, nach Kindhaftigkeit sogar, nach klaren einfachen Bildern, aber zugleich nach einer gewissen Verschwommenheit im Intellektuellen: das sind für das Anarchische sehr charakteristische Gefühle. — Gefühle und Emotionen, die durch sich verschlechternder Umweltbedingungen (etwa Wirtschafts- und Ökokrise) sicherlich nicht abgeschwächt, sondern noch verstärkt werden (man hört ja jetzt häufig den Hoffnungsstoßseufzer: „Na wart's, wenn's schlechter wird, werden euch die Spinnereien schon vergehen“ — aber das halt ich doch für reichlich naiv; das Gegenteil ist da viel wahrscheinlicher).

Aus diesem Bereich aber, aus dem Emotionalen, aus dem Gefühl und aus der Erinnerung — sprich in diesem Fall: Geschichte — muß folglich auch der an-anarchische Gegenentwurf kommen; dort müssen die Ligaturen gesucht werden, die unsere in Minderheiten zerfallende Gesellschaft wieder binden kann. Vorbilder, aus denen wieder ein Sinn deutlich wird, die Strukturen, die dauerhafter sind als unsere Konstruktionsschemata. Ich plädiere also sozusagen für Organisches anstelle des Organisierten.

Was könnte die große Ligatur sein, die das Auseinanderstrebende zusammenhält? Welcher Begriff, welches Wort wäre so elementar, daß es unmittelbar und solidarisiertend wirken könnte, daß es nicht die Flieh-, sondern die Schwerkraft mobilisiert; solche Worte hat's immer gegeben: „Kirche“ war eines, später „der Staat“, dann „die Nation“, in unserer Zeit war's „die Gesellschaft“, die jetzt, nachdem sie das Anarchische freigesetzt hat, von ihm angegriffen wird.

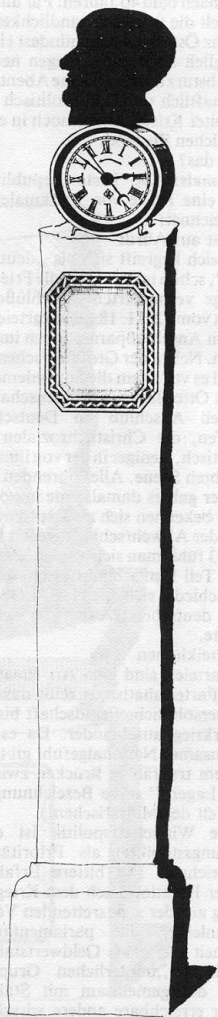
Ich schlage vor, die Volkspartei sollte schleunigst das Wort „Volk“ an die Brust nehmen.

In diesem Wort (und Begriff) steckt ungeheuer viel; es ist ein fast vergessenes, aber ein elementares, ein Ur-Wort.

Man muß ihm natürlich die letzten Reste seiner Nazi-Verfälschung abputzen, schon klar. Man muß es vor dem Nationalitätsgeruch befreien, das ihm vielleicht, nicht für mich, noch anhaftet. Man muß ihm den Sinn des „People“ geben, des „populus“, der Versammlung aller, der Gemeinschaft, der wir angehören, ob wir's wollen oder nicht. Die Staatsformen wechseln, die

Regierungen wechseln, die Ideologien kommen und gehen; die Gesellschaften bilden sich und lösen sich auf: das Volk bleibt, die einzige Konstante in der Erscheinung Flucht, das einzige Wort, das noch immer instand ist, Trost in der Angst, Nachbarschaft in der Not und Bindung zwischen allen Gegensätzen zu geben.

Hier endet der Bericht des inzwischen fast schon 60-jährigen, der zu der Einsicht gekommen ist, daß alles nur ein Übergang oder gar der Übergang eines Überganges ist, aber immer noch hofft, daß wir die Ziele dieser Übergänge selbst bestimmen können.





# DIE ERSTE UND DIE ZWEITE REPUBLIK — EIN VERGLEICH

**1** 1938: Nach nicht einmal 20 Jahren geht die 1. Republik unter, ihre Geschichte mündet schließlich in den größten Krieg aller Zeiten und die Millionen Toten, Invaliden, Witwen, Waisen des Krieges und die Bestialität des dutzendjährigen Reiches.

Heute nach bald 40 Jahren: Für uns und alle Welt die Selbstverständlichkeit der Existenz Österreichs, zumindest einmal vertraglich abgesichert, gegen neuerlichen Absturz in kriegerische Abenteuer, wirtschaftlich und innenpolitisch trotz weltweiter Krisen immer noch in einem erträglichen Zustand.

Wieso das?

**1. Damals:** Die Erste Republik ist durch eine Reihe von Merkmalen gekennzeichnet:

a) Staat auf Abruf  
Österreich begreift sich als „deutsches Land“, schon in der durch die Friedensverträge verhinderten Anschlußerklärungen vom 12. 11. 18. Alle Parteien haben den Anschlußparagrafen im Programm. Neben der Großdeutschen Partei sind es vor allem die Sozialdemokraten mit Otto Bauer, die leidenschaftlich für den Anschluß an Deutschland kämpfen, die Christlichsozialen eher theoretisch, weniger in der von ihnen beherrschten Szene. Alle führenden Köpfe, ihrer gab es damals eine imposante Reihe, bekennen sich als Deutsche. Sogar in der Abwehrschlacht gegen Hitler ab 1933 fühlt man sich als den besseren, freien Teil Deutschlands, Schuschnigg verabschiedet sich am 11. 3. 1938 „mit einem deutschen Wort“ von der Geschichte.

b) Parteikirchen

Die Parteien sind eine Art Ersatzreligion, Parteifanatismus reißt das Volk in unversöhnliche Feindschaft bis zum Bürgerkrieg auseinander. Da es kein gemeinsames Nationalgefühl gibt, gibt es kaum tragfähige Brücken zwischen den „Lagern“ (eine Bezeichnung aus der Welt des Militärischen!).

c) Die Wirtschaftspolitik ist durch Währungsstabilität als Priorität gekennzeichnet. Die bittere Erfahrung mit der Inflation nach dem Krieg, der Zwang aus der staatsrettenden Völkerbundanleihe, die parlamentarische Mehrheit der auf Geldwertstabilität bedachten „bürgerlichen Gruppen“ lassen das gemeinsam mit Stabilität schwer erreichbare andere wirtschafts-

politische Ziel, die Vollbeschäftigung, zweitrangig erscheinen; mit der Folge von zeitweise mehr als einer halben Million Arbeitslosen.

**2. Heute:**

a) Gerade durch die Teilhaberschaft am Großdeutschen Reich sind wir vom Anschlußdenken für immer geheilt. Der feste Wille zum Aufbau eines dauernd selbständigen Österreich bewirkte das Wirtschaftswunder seit 1945, insbesondere seit dem Abzug der fremden Militärs. Hieß die politische Wertstufung auch 1918 noch: Österreich — Deutschland — Europa, so heißt sie jetzt: Österreich — Europa — Welt. Bis in die Schulgesetzgebung hinein wirkt diese gedankliche Gliederung, entgegen der 1. Republik: Erziehung zum Deutschtum, der Begriff kommt nicht mehr vor. Das ermöglicht eine problemlose und soferne es sich um Demokratien handelt, aufrichtig, freundschaftliche Beziehung zu den anderen deutschsprachigen Staaten. Dem Innenminister erscheint der deutschnationale Rechtsextremismus zu unbedeutend, als das er gemäß den einschlägigen staatsvertraglichen Bestimmungen mit Vereinsboten vorgehen würde. Österreich ist Nation geworden.

b) Mögen die Parteien — und in letzter Zeit leider zunehmend — sich noch so heftig befehlen: niemand denkt an militärisierte Lager. Im Gegenteil: die eigentlich wesentlichen Entscheidungen, die heute ja überall in der Wirtschaftspolitik fallen, werden im Rahmen der Sozialpartnerschaft friedlich ausgetragen. Diese neue, von aller Welt bestaunte Errungenschaft sichert die Wirtschaft ab gegenüber lähmenden Kämpfen, wie in Italien oder England und hat einen ebenso positiven Einfluß auf die Geschichte der 2. Republik genommen, wie sie der parteipolitische, kompromißfeindliche Radikalismus negativ auf die der ersten ausübte. Man darf es natürlich nicht laut sagen, daß sich hier Elemente des ständestaatlichen Denkens im äußeren Kleide des Parteienstaates zeigen, sonst nehmen die grundsätzlichen Gegner der Sozialpartnerschaft auf der äußersten Linken, aber bis in die Gegend Dallingers hin, den Anlaß wahr, diese Einrichtung als „faschistisch“ zu denunzieren. Aber wer die Sozialpartnerschaft

ablehnt, droht unser Land in die düsteren Zeiten der Parteihysterie der 1. Republik zurückzuwerfen.

c) Der Wandel der soziologischen Strukturen hat den Anteil der Unselbständigen gegenüber dem der Produktionsmittel Eigentümer stark wachsen lassen — und der Prozeß geht durchaus weiter. Lohnabhängige aber sind — im Unterschied zu Kapitalbesitzern — immer an der Vollbeschäftigung interessiert — existenziell, weil sie sonst nichts zu essen haben. Zum Unterschied der Zeit 1918 — 1938 sind demgemäß die Wähler beider großen Lager an der Priorität der Vollbeschäftigung interessiert (Taus: sie ist eine moralische Verpflichtung!) Umso besser, wenn auch die Währungsstabilität einigermaßen erhalten werden kann. So ist auch von der wirtschaftspolitischen Seite her, wie sie von beiden Parteien mit wechselnder Regierungsbeteiligung bzw. Alleinregierung gesehen wird, der Glaube an die Lebensfähigkeit Österreichs und an die Unmöglichkeit harter Verteilungskämpfe gegeben. Wie immer das jetzt weitergehen mag: schlechter als andere Staaten in unserer Welt der parlamentarischen Demokratie stehen wir auch in Zukunft nicht da.

**3. Historische Grundlagen Österreichs nach 1945.**

Neben dem Lärm der parteipolitischen Auseinandersetzungen, die sich oft um relativ bescheidene Angelegenheiten erhitzen, sollte die geschichtlich für die nächsten Epochen maßgeblichen Voraussetzungen für die im Inneren demokratische, nach außen unabhängige Weiterentwicklung der österreichischen Nation nie außer acht gelassen werden.

a) Die Wahlen am 25. November 1945. In den heutigen „Volksdemokratien“ gab es bei den ersten Wahlen nach der Niederlegung der Hitlerbarbarei bis zu etwa 30% der frei abgegebenen Stimmen für die Kommunisten. Von dieser Basis aus war es bei den bekannten Tricks des Stalinismus keine besondere Kunst, im Zwischenepura von der Ostsee bis zur Adria kommunistische Regierungen zu installieren. Eine solche Entwicklung wurde — wie der Zeitzeuge berichten kann — durchaus auch in Österreich, zumindest in der Ostzone, erwartet. Die Wahlen am 25. 11. 1945 brachten hier eine völlig andere Entwicklung, zu deren Kenntnisnahme sich schließlich auch der Realist Stalin bequeme. An diesem historischen Tag haben die österreichischen Wähler völlig frei den Charakter ihres Landes als parlamentarische Demokratie geprägt. Von diesem Tag leben wir noch heute — und hoffen, noch lange von ihm zu leben: los vom Kommunismus.

b) Der Staatsvertrag.

Er brachte uns zunächst den 10 Jahre

lang ersehnten Abzug der Besatzungsmächte. Wenn es nur darauf angekommen wäre, brauchten wir über den Staatsvertrag heute längst nicht mehr zu reden, denn alle Signatarmächte einschließlich Österreichs haben praktisch alle seine Bestimmungen erfüllt. Aber da bleibt noch was vom Staatsvertrag — eine Dauerverpflichtung. Es ist Österreichs Interesse selbst, zu dessen Wahrung wir uns verpflichten: unsere Unabhängigkeit zu wahren. Und da bisher diese Unabhängigkeit, die ein europäisches Interesse ist, nur von einem Staat beseitigt wurde, durch Deutschland 1938, heißt das also: Unabhängigkeit von Deutschland! Die geschichtliche Erfahrung lehrt nun, daß staatliche Freiheit nicht nur durch Grenzen gesichert werden kann, wenn sie als aufgezwungen deklariert werden, sondern nur durch die innere, überzeugte Freiheit von deutschen Träumen. So steht im Staatsvertrag auch die Verpflichtung Österreichs, deutsch-nationale Tendenzen innerhalb unseres Staates zu bekämpfen und zu unterbinden. Das ist eigentlich ohnehin auch unser eigenes Interesse: Glückliche ein Staat, dem eine „Verpflichtung“ auferlegt wird, deren Erfüllung seinem eigenen Vorteil dient! Also: los von Deutschland, weg vom „zweiten Deutschland“, wie man das noch bis zum März 1938 sah.

#### c) Die Neutralität

Jahrhundertlang, zumindest in der ganzen Epoche der Neuzeit, hat unser Land an jeder größeren Rauferei teilgenommen, die sich irgendwo in Europa abgespielt hat. Sicher, da war es die Abwehr der Türken oder die Zurückweisung der napoleonischen Hegemonieansprüche, gegen die sich Österreich zur Wehr setzen mußte. Aber da war es auch dynastische Eitelkeit, die uns in die Konflikte um Spanien oder Schlesien verstrickte — heute gesehen ziemlich überflüssige Auseinandersetzungen. Schließlich gab es da die Kämpfe um den Einfluß im deutschen Raum, die das 19. Jahrhundert erfüllten, und letztlich dann an der Seite Deutschlands und gedrängt durch dieses der 1. Weltkrieg, der Altösterreich vernichtete. Man könnte fast sagen: kein Krieg ohne Österreich seit einem halben Jahrtausend.

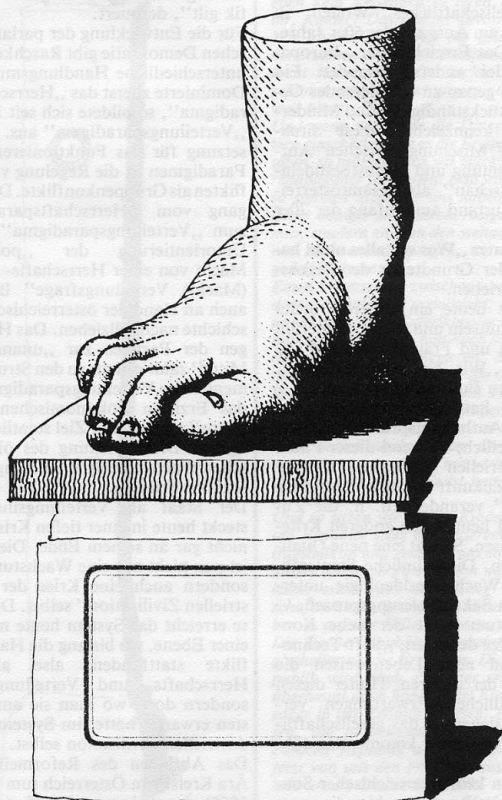
Und nun steigen wir da aus: keine militärische Teilnahme an irgendeiner Auseinandersetzung in der Welt — bewaffnete Einfälle auf unser Land ausgenommen. Das ist nun doch ein viel zu wenig beachteter Einschnitt in der Geschichte Österreichs! Langsam, ganz langsam setzt sich die Erkenntnis der Vorteile dieser Neutralität, von der die Schweiz und Schweden seit mehr als einem Jahrhundert nur profitieren, bei uns durch, sogar bei der FPÖ, deren Vorgängergruppe noch 1955 gegen das in voller Freiheit, nach Abzug des

letzten Besatzungssoldaten beschlossene Gesetz gestimmt hatten. Damals widmete auch die „Arbeiterzeitung“ dem sichtlich auf Neutralitätskurs einschwenkenden Kanzler einen Leitartikel unter der Schlagzeile „Raab nix gut“. Glücklicherweise gelang es damals Kreisky, der Jahre in Schweden verbracht hatte, seine Partei auf die von Raab vorgegebene Linie zu bringen.

#### Also: Los von der Kriegsgeschichte!

So bleibt die Hoffnung, daß diese geschichtlichen Voraussetzungen unserer heutigen, doch auch wirtschaftlich ver-

gleichsweise günstigen Lage in der Welt, von jedem im öffentlichen Leben Tätigen bewußt erhalten werden: das gemeinsame Bekenntnis zur österreichischen Nation als streitmildernden Paukboden für die innerpolitischen Auseinandersetzungen, die freiwillig übernommene Verpflichtung zur Neutralität als Beitrag zu einer friedlichen Welt und eine weniger irgendwelchen Ideologien von Kapitalismus oder Sozialismus, sondern den jeweils nötigen Entscheidungen verpflichtete Wirtschaftspolitik.



# VON DER KONSENS-DEMOKRATIE ZUM PARTEIEN-ABSOLUTISMUS

## Gedanken zum politischen System in Österreich

**A**m Beginn der 70er Jahre denkt und handelt der Österreicher „vielfach so, als sei das Atomzeitalter noch nicht angebrochen. Die Welt der Automation fordert auch von uns neues Denken und neue Taten. Ist Österreich bereit und vorbereitet zum Eintritt in die Zukunft?“ (Otto Schulmeister (Hg.) Offene Briefe an die Österreicher, 1970).

Sicherlich, Otto Schulmeister konnte den 5. November 1978 nicht vorhersehen, trotzdem beweist dieses Zitat ein gesamtgesellschaftliches Wollen in Österreich am Ausgang der 60er Jahre, nämlich: Das Erreichen der „Europareife“, oder anders gewendet: Ein nicht ganz genau zu definierendes Gefühl von Rückständigkeit und Minderwertigkeit kennzeichnet diese Situation. Eine Mischung zwischen Aufbruchsstimmung und „selbstbesudelnder Nabelschau“ als gesamtösterreichischer Zustand am Anfang der 70er Jahre.

Mit dem Satz: „Was wir alles nicht haben“ ist der Genetor der Diskussion beschrieben.

Dem steht heute ein anderes, neues Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl von Herrn und Frau Österreicher gegenüber: „Wir sind wieder wer“, „Wir haben Europareife“.

Österreich hat also einen ganz bestimmten Aufholungsprozeß durchgemacht. Freilich, während dieser Phase des industriellen Aufholens als der „neuen“ Zukunft hat sich eben diese „Zukunft“ verändert, d. h. die Zukunft wird heute nach anderen Kriterien bemessen. Sie hat eine neue Qualität erhalten. Die heimliche Staatsreligion der Wachstumsideologie unterliegt einem Säkularisierungsprozeß. Nullwachstum heißt der neue Konjunkturgötze der einen, „Soft-Technologie“ und neue Lebensweisen die Hoffnung der anderen. Hinter diesen unterschiedlichen Erwartungen verbirgt sich sicherlich das gesellschaftliche Konfliktfeld der kommenden Jahre.

Das ist nun kein österreichischer Sonderfall, vielmehr steuern hier die west-

lichen Demokratien als Industriestaaten erst auf wesentliche Auseinandersetzungen zu. Was sich hier in unterschiedlichen Intensitäten abzeichnen beginnt, kann mit dem Begriff des „Paradigmawechsels“ umschrieben werden. Joachim Raschke hat das Konzept des „politischen Paradigmas“ in die Politikwissenschaft eingeführt und dieses „als die in einem System vorherrschende allgemeinste Sichtweise dessen, was primär als Gegenstand und Aufgabe von Politik gilt“, definiert.

Für die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie gibt Raschke zeitlich unterschiedliche Handlungsmuster an. Dominierte zuerst das „Herrschaftsparadigma“, so bildete sich seit 1945 das „Verteilungsparadigma“ aus. Voraussetzung für das Funktionieren beider Paradigmen ist die Regelung von Konflikten als Gruppenkonflikte. Der Übergang vom „Herrschaftsparadigma“ zum „Verteilungsparadigma“ als der Umorientierung der „politischen Macht von einer Herrschafts- zu einer (Macht) Verteilungsfrage“ läßt sich auch an Hand der österreichischen Geschichte nachvollziehen. Das Hinbewegen der Parteien zur „unanständigen Mitte“ zählt genau zu den Strukturelementen des Verteilungsparadigmas, wie das Erzielen „ökonomischen Wachstums“ als oberstes Ziel staatlicher Tätigkeit. Die Verteilung des ökonomischen Wachstums ist die Bedingung des sozialen Friedens.

Der Staat als Verteilungsinstitution steckt heute in einer tiefen Krise, wenn nicht gar an seinem Ende. Diese Krise ist nun nicht nur eine Wachstumskrise, sondern auch eine Krise der „industriellen Zivilisation“ selbst. Diese Krise erreicht das System heute nicht auf einer Ebene, wo bislang die Hauptkonflikte stattfanden, also auf der Herrschafts- und Verteilungsebene, sondern dort, wo man sie am wenigsten erwartet hätte; im System der industriellen Zivilisation selbst.

Das Abflauen des Reformeifers der Ära Kreisky in Österreich (um 1973 bis 1975) signalisiert auch auf staatlicher

Ebene die ersten derartigen Krisensymptome, als einen Übergang von innerparteilicher, gesellschaftspolitischer Diskussion zum Krisenmanagement der Parteien.

Das neue Paradigma, das sich in seinen Strukturelementen erst abzeichnen beginnt, — von Raschke als das „Paradigma der Lebensweise“ bezeichnet —, beruht auf der Erfahrung, daß Wachstum und Verteilung nicht notwendigerweise zu mehr Lebensqualität führen. Die Bildung von Bürgerinitiativen als „Ein-Punkt-Bewegungen“ signalisieren die nachlassende Überzeugungskraft der Systemstrukturen. Die Betonung der Bedürfnisse des Individuums als primärer Ansatzpunkt von Politik, so wie eine ökologisch orientierte Lebensweise stellen eine gewisse partizipatorische Dimension von Lebensqualität dar. Basisdemokratie kontra Funktionsdemokratie als der neue Fundamentalkonflikt, der nicht nach den herkömmlich bekannten ordnungspolitischen Konfliktlösungsmustern gelöst werden kann. In herkömmlichen politischen Kategorien ist die neue Thematik nicht abzubilden.

Betrachtet man nun das Verhalten der Parteien in Österreich, so sind sie konsensdemokratisch, solange es um das Verteilen geht: Nur, wer **wiev**iel bekommt, das ist strittig. Parteien als Apparate reagieren absolut, sobald ihre staatliche Entscheidungsfunktion — die ja Bestandteil des Systems ist — in Frage gestellt wird. So kann man wohl festhalten, daß sich mit dem Aufkommen der neuen Konfliktform zwischen den Befürwortern einer ökologischen und denen der herkömmlichen ökonomischen Grundanschauung die Parteien zunehmend absoluter gebärden. Absolut ist der Ausspruch, daß nur Parteien Entscheidungsträger im Staat sein können. Das hat im parlamentarischen Bereich die Konsequenz, daß Politiker für „die Menschen draußen im Lande“ Entscheidungen treffen: Irgendwer ist da von irgendwem isoliert! Die innerparteiliche Konsequenz ist viel schwerwiegender: Parteien haben keine unbequemen Abgeordneten mehr. Die innerparteiliche Diskussion wird als Störfaktor und Schwäche betrachtet. Das „artige Mitglied“, das die Partei zur Akklamation benötigt, ist begehrt. Aus der Erbüntertätigkeit der Feudalzeit entwickelte sich die Parteibüntertätigkeit.

Unternimmt man es, diesen Absolutismus als Machtmechanismus zu begreifen, dann sind sogar historische Vergleiche möglich. Nicht nur das Schlagwort vom „Sonnenkönig“, das auf Kreisky angewendet wurde, sondern eine Reihe von Symptomen erscheinen gleichgelagert. Es sollen hier nicht mögliche historische Konstanten aufgeheilt werden, sondern gleichgelager-



te historische Variablen gesucht werden.

Das Ausschalten von Oppositionsgruppen — und damit ein Verkleinern der Opposition insgesamt — stellt ein konstitutives Merkmal des Absolutismus dar. Man dreht dabei kein Rad der Geschichte zurück, wenn man die Versuche Kreiskys zu Anfang der 70er Jahre, die ÖVP durch Abspaltungsangebote „zu zertrümmern“ (Vorhofer) als typisch absolutistisch interpretiert. Das neue Parteienfinanzierungsgesetz ist es ebenso, wenn man durch Entzug der finanziellen Basis die Opposition zu schmälern trachtet. Machtsicherung hat Vorrang vor dem Kriterium der politischen Kontrolle.

Trotzdem übt diese „Absolutesse“ eine gewisse Faszination aus, was die eigentliche Problemlage überblendet. Die Folgen der Umorientierung der SPÖ auf eine Vorsitzendenpartei, in der der Vorsitzende der Partei die Bedingungen für seine Wiederkandidatur diktiert und mit Sondervollmachten ausgestattet wird, sind in ihren negativen Auswirkungen für die Demokratie wohl noch nicht ausgelotet worden. Was macht es für einen Unterschied, zwischen dem „Intrigen- und Polizeiterror“ des 18. Jahrhunderts und dem „Journalistenterror“ unserer Zeit, wo Kreisky in halben Nachsätzen die Meute auf die in Mißkredit geratenen Politiker und Minister hetzt und diese auf solche Weise erfahren, daß die Tage ihrer politischen Tätigkeit gezählt sind.

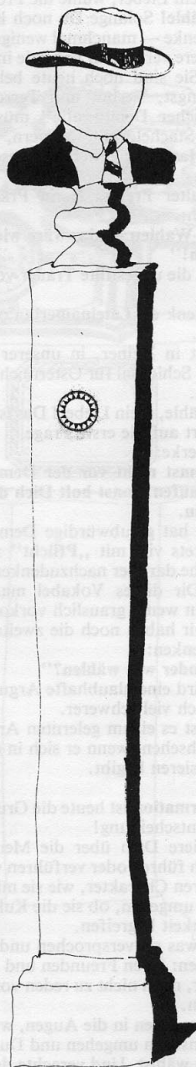
Werden im Zuge der Durchsetzung des historischen Absolutismus ständische Beamte zu königlichen Bedienten und damit vom König direkt abhängig, so haben wir es heute mit einer sogenannten „Klasse von Machern“ zu tun, die eigentlich keine demokratische Legitimation haben, dafür aber aus der persönlichen Klientel des Spitzenpolitikers kommen. Ein Politiker hat umso mehr Einfluß, desto größer seine Klientel ist.

Korruptionerscheinungen innerhalb einer solchen Klientel führten etwa schon im 18. Jahrhundert zu schweren Erschütterungen des politischen Systems in England. Mit der Überwindung dieser Krise damals wird allgemein der Beginn des modernen Parlamentarismus angesetzt. Die Parteien Mitteleuropas haben zwar eine andere Geschichte durchgemacht, allerdings hat man den Eindruck, sie würden diesen Teil der Entwicklung geradezu „nachholen“.

Der Durchsetzung des jesuitischen Fürstenideals als „Landesvater“ korreliert die Herabdrückung auch der Stände zu „Landeskindern“.

Parteien als gesamtgesellschaftliche Konfliktlösungsagenturen handeln in ähnlicher Weise. Die Zunahme von „Betreuung“ bewirkt einen Verlust an Selbstständigkeit. Den Ausweg aus die-

ser Situation hat Aurelio Peccei angedeutet, wenn er sagt: „Der Mensch ist nicht nur Verursacher von Problemen, er löst auch die Probleme, wenn man ihm die Chance dazu gibt“.



## Wir Zweitrepublikaner

Der Österreicher, so sagen uns die Meinungsforscher, bekennt sich heute uneingeschränkt zu seiner Republik.

In diesem Punkt unterscheidet er sich grundlegend von seinem Vater oder Großvater in der Zwischenkriegszeit. Das sagen wieder die Historiker.

Wir wollen es diesen gescheiterten Leuten glauben und bloß versuchen, selbst einen solchen aufrechten rot-weiß-roten Patrioten unserer Tage zu charakterisieren. Woran erkennt man den wahren Österreicher? Drei Antworten stehen zur Auswahl (die richtige bitte ankreuzen):

Ist das

a) einer, der zu jedem Ländermatch geht, b) einer, der auch am Lido von Jesolo auf sein Schnitzel mit Gurkensalat besteht, oder

c) einer, der zwar noch vom Kaiser Franz Joseph schwärmt, aber den Otto Habsburg nicht mag?

Die Lösung: Alle drei Antworten sind richtig und zeichnen zusammen wohl ein repräsentatives Bild des Österreichers, der halt doch geblieben ist, was er immer war: Sportmann und Phäke, und mit einem Hang zum Sentimentalen.

Aber auch ein Realist, damals wie heute. Unsere Vorkriegsväter, zitiert jetzt der Herr Lehrer pikiert aus dem vom Ministerium approbierten Geschichtsbüchl, hatten eben kein Vertrauen in ihren Staat. Seht ihr, Kinder? Das kommt davon.

Wir aber wissen, daß die gelehrten Alt-österreicher mit ihrem Pessimismus ja nur recht hatten. Die Geschichte hat ja die schlimmsten Befürchtungen dann noch weit übertroffen.

Und wenn wir heute die Dinge so nüchtern einschätzen wie es die Erstrepublikaner taten, so müssen auch wir glückliche Zweitrepublikaner feststellen: Daß wir jetzt einen so stabilen Staat für uns haben, liegt vielleicht weniger an unserem rosigem Optimismus, sondern eher an den weitaus günstigeren Rahmenbedingungen, unter denen er gedeihen konnte.

Einen Unterschied zwischen uns heute und denen damals gibt's vielleicht: Die Erstrepublikaner, diese Taferlklassler unserer Demokratie, taten sich halt noch schwerer mit dem gemeinsamen Regieren. Sie nahmen das alles noch bitter ernst. Sie agierten mit Waffen und Ehre, Blut und Freiheit. Die ersten drei dieser Worte sind dem eleganten Politiker von heute längst aus dem Vokabular verschwunden. Den vierten Begriff nimmt er, wenn schon, mit verlegenem Lächeln in den Mund: Es ist halt gar so was Abstraktes.

Und so sitzen wir klugen Kinder der Zweiten Republik stolz auf unserem Staatsvertragsbalkon und genießen uns ein bißerl für unsere dummen Väter. Denn wenn wir vielleicht auch nach dem Krieg kein Wirtschaftswunder geschaffen haben — wir haben es auf alle Fälle genossen.

Die Zweite Republik, so scheint es, ist halt g'scheiter als die Erste war. Die Dritte Republik wird noch g'scheiter sein. Wenn's überhaupt noch höher geht! Kürzlich stand sogar in der Zeitung zu lesen: Die Franzosen, die ja bekanntlich schon bei ihrer Fünften Republik angelangt sind, wollen jetzt von uns den Föderalismus lernen. Es lebe unsere Zweite Republik!

Wolfgang Haupt

# FREIE WAHLEN — DAS IST WIE WEIHNACHTEN

## Brief an einen jungen „Nichtwähler“

**M**ein Lieber, Nicht ganz überraschend, ziemlich leidenschaftlos und endgültig hast Du uns vor einigen Tagen mitgeteilt:

„Im Jänner, bei den **Grazer Wahlen**, bin ich erstmals wahlberechtigt. Doch ich habe Angst vor dem Mißbrauch, der mit meiner abgegebenen Stimme getrieben werden könnte. Daher **wähle ich nicht oder ungültig**. Ich unterschreibe keinen Blankoscheck für Mächtige oder solche, die es doch werden wollen.

Ich habe einfach Angst.“

Mein Lieber, ich möchte versuchen, Dir auf die folgende — briefliche — Weise zu antworten: Zum einen ist das geschriebene Wort genauer, zum anderen ist das von Dir angerissene Problem viel zu komplex und zu differenziert, um es im lässigen Plauderton zu erledigen.

46 Rezept kann ich Dir auch mit diesen Zeilen keines vermitteln.

Ich möchte Dich viel mehr in die **Verantwortung** entlassen. Und selten ist mir daher die Formulierung von Gedanken so schwer gefallen, wie diesmal.

Der verstorbene — parteiungebundene — deutsche Bundespräsident **Theodor Heuss** hat einmal trocken festgestellt: „Unsere Zeit ist gekennzeichnet vom ungehemmten Vordringen der **Ahnungslosen!**“

Auf der Basis dieser ebenso deprimierenden wie gültigen Situationsanalyse möchte ich mit Dir zwei Fragen bedenken:

**1. Wählen oder nicht wählen?**

**2. Wen oder was wählen?**

Nun, meine Antwort auf die erste Frage ist Dir vertraut, so denke ich. Aber vielleicht willst Du sie in Deiner Unsicherheit nur wieder einmal provozieren?

Hier ist sie:

Wer schon in jungen Jahren die Bösarigkeit einer **Diktatur** erleben und erleiden mußte, wer Judentempel und Bücherberge brennen sah, wer Freunde, vertraute Nachbarn plötzlich verlieren mußte, wer das entsetzliche Niederbrechen von Bomben und die Angst nie mehr verlieren wird, wer den braunen Greifer nicht vergessen kann, der uns mit gezogener Pistole zum „Mut“ vor den menschenjagenden Tieffliegern ge-

zwungen hat, wer darüber hinaus viel Schrecklicheres hörte und ahnte, für den sind **Freiheit** und **Demokratie** nicht mehr — nie mehr — teilbar. Darum, mein Lieber, wähle die Freiheit — und **wähle!** Solange Du noch kannst. Und denke — manchmal wenigstens — an unsere verfolgten Freunde in **Osteuropa**. Sie sind noch heute beherrscht von Angst, Verbot und Terror. Vor „westlicher Demokratie“ müssen sie durch Stacheldraht, Mauern, Zensur und Maschinengewehre „geschützt“ werden.

Mein alter Freund E. in Prag sagte kürzlich:

„**Freie Wahlen — das wäre wie Weihnachten!**“

Das ist die ungestillte Trauer von Böhmen.

Oder denk an **Lateinamerika** oder, — oder ...

Es liegt in Deiner, in unserer Hand, solches Schicksal für Österreich zu vermeiden.

Also wähle, mein Lieber! Das ist meine Antwort auf die erste Frage.

Und merke:

**Du kannst nicht vor der Demokratie davonlaufen, sonst holt Dich die Diktatur ein.**

Darum hat glaubwürdige Demokratie auch stets viel mit „**Pflicht**“ zu tun. Versuche darüber nachzudenken, auch wenn Dir dieses Vokabel manchmal noch ein wenig grauslich vorkommt. Aber wir haben noch die zweite Frage zu bedenken:

„**Wen oder was wählen?**“

Hier wird eine glaubhafte Argumentation noch viel schwerer.

Du wirst es einem gelernten Architekten nachsehen, wenn er sich in das Systematisieren begibt.

Also:

● **Information** ist heute die Grundlage jeder Entscheidung!

Informiere Dich über die Menschen, die Dich führen oder verführen wollen, über ihren Charakter, wie sie mit ihren Frauen umgehen, ob sie die Kultur der Zärtlichkeit begreifen.

Frage, was sie versprochen und gehalten haben: Ihren Freunden und Dir gegenüber, noch nicht zu reden von ihren Wählern.

● Schau ihnen in die Augen, wenn sie mit Menschen umgehen und Du weißt, **wen** Du wählst. Und verachte das listi-

ge, „wissende“ Zinkern der Mächtigen und ihrer Handlanger.

● „Kammer-Herrn“, „Präsidenten“, „Gewerkschafts-Profis“ und alle die „**Berufsmächtigen**“, frage sie, wo Du kannst, was sie mit ihrer Macht gemacht haben. Doch dazu brauchst Du Mut in Österreich und Risikobereitschaft und die Einsicht zum „**langen Marsch durch die Institutionen**“. Unser Freund Helmut Strobl etwa hat diesen Marsch gemacht. Red' mit ihm!

● Und ist nicht auch der schwierige Begriff der „**Treue**“ zu überdenken? Mancher „da oben“ vertritt zäh und glaubwürdig doch auch **Deine** Gedanken, die Sehnsüchte Deiner Freunde. Solche Haltung, mein Lieber, verdient Treue, auch bei der Stimmabgabe!

● Ob der Mensch, dem Du Deine Stimme gibst, auch **moralisch** sein soll? Freilich ist der Begriff „**Moral**“ heute abgegriffen und schäbig geworden, nicht zuletzt angesichts der oft zu selbstgerechten, westlichen „**Amts-Kirchen**“. Was damit gemeint ist? Nun:

Wenn Volksabstimmungen verhöhnt werden, wenn öffentliches Geld — Deines und meines — mißbraucht wird, wenn die Tötung ungeborenen Lebens frivol propagiert wird, wenn immer wieder gelogen wird, dann, und überall dann, sollte Dich vor einer Wahl Dein **Gewissen** nicht im Stich lassen!

● Wichtig ist dabei — um mit Stefan Heym (DDR) zu sprechen —, daß Du die **Achtung** vor dem redlichen Volksvertreter nicht verlierst, aber auch, daß Du die **Verachtung** vor den unredlichen Politik-Schleichern nicht verbißt.

● Bärtige „**Räte**“ sind ebenso wie glattrasierte Exponenten der sog. „**linken Reichshälfte**“ dann besonders kritisch zu beurteilen, wenn sie ihren Propheten Karl Marx nicht studiert und praktiziert haben. Denn nicht alle Sozialisten (Marxisten) kennen ihren Propheten! Die Ausnahmen kennen oft nur ein Kapitel, und das ist ihr eigenes.

● Andererseits:

Die „**christlichen**“ Verteidiger des Abendlandes (oft ohne geistige Grundlage — und Praxis) kannst Du ebenso vergessen, wie die Vertreter des sog. „**gesunden Volksempfindens**“. Ihre kulturpolitische Gefährlichkeit ist bedenklich, heuchlerisch, faschistoid.

● Und ist nicht die positive Einstellung zur **Kultur**, sind nicht die Kenntnisse über **moderne Kunst** sehr genaue Beurteilungskriterien bei der Auswahl künftiger Mächtiger.

Wenn Du da nicht aufpaßt, mein Lieber, dann erwischt Du einen Dummen, oder einen Falschen! Und solche können in der (Kultur-)Politik viel Unheil anrichten!

● Ja, mein Lieber, ärgere Dich und **wähle** dennoch! Nur wenige Staaten

dieser Welt geben ihren Bewohnern die Chance zu wählen. Österreich gehört dazu.

Noch einmal, mein Lieber — zusammenfassend —, kein Rezept, nur **Tips** zur Sensibilisierung:

- Der von Dir „Erwählte“ muß verlässlich, klug und **menschenfreundlich** sein. Er darf kein potentieller „**Töter**“ sein. Und er muß mit dem **Frieden** umgehen können. Seine Telefonnummer sollte im Telefonbuch stehen. Auch für Dich. Und Deine Freunde.

Seine **Fröhlichkeit** sollte in den nächsten Jahren bis zu Dir und Deiner Traurigkeit reichen. Es sollte wohl ein **Tröster** sein. Und ein Helfender.

- Wähle auch zwischen dem tierischen Ernst sog. „Genossen“ und der Verletzlichkeit des freien Menschen. Marxisten sind doch von einer fast programmatischen Humorlosigkeit.

- Wähle überhaupt einmal zwischen der moskowitischen Anrede „**Genosse**“ und dem frei angebotenen „**Du**“ selbstbewußter Menschen.

- Stelle Dich gegen alle schwarzen, braunen, grünen oder roten Einheits-Krawatten mit Deiner frei erworbenen **Individualität**.

- Mit Deinem von „Zabrské point“ über „Pink Floyd“ noch weit hinausreichenden **Denk- und Gefühlsrepertoire** kannst Du wichtigen Bereichen der Politik heute ganz neue Dimensionen verleihen. Behalte Deine Erfahrungen nicht selbstgerecht und stolz für Dich, sondern tu etwas!

Mein Lieber, Du siehst, daß diese Auseinandersetzung heute nicht ohne **Forderung an Dich** selbst bleiben kann:

Es ist eine Forderung zur **Leistung**, da Deine Ansprüche an andere ohne eigenen Beitrag unglaublich bleiben würden.

**Albert Camus** sagt:

„Wer seiner Gemeinschaft die Leistung verweigert, beutet die Gemeinschaft aus!“

Hart, aber bedenkenst wert.

Und noch einmal Albert Camus. Die Schlüsselstelle seines Denkens, zitiert aus „**Die Pest**“, lautet:

„Nach den Aussagen des Chronisten der großen Pest von Marseille hatten von den einundachtzig Mönchen des Klosters „*De la Mercy*“ nur vier das Fieber überlebt. Und von diesen vier flohen drei. So sprachen die Chronisten, und ihre Aufgabe war es nicht, mehr zu berichten. Aber als Pater Paneloux das gelesen hatte, richtete er sein ganzes Denken auf den einen, der allein geblieben war, trotz siebenund-siebzig Leichen und vor allem trotz des Beispiels seiner drei Brüder. Und der Pater schlug mit der Faust auf die Kanzelbrüstung und rief aus: „**Meine Brüder, man muß der sein, der bleibt!**“ Auch Du mußt der sein, der bleibt.

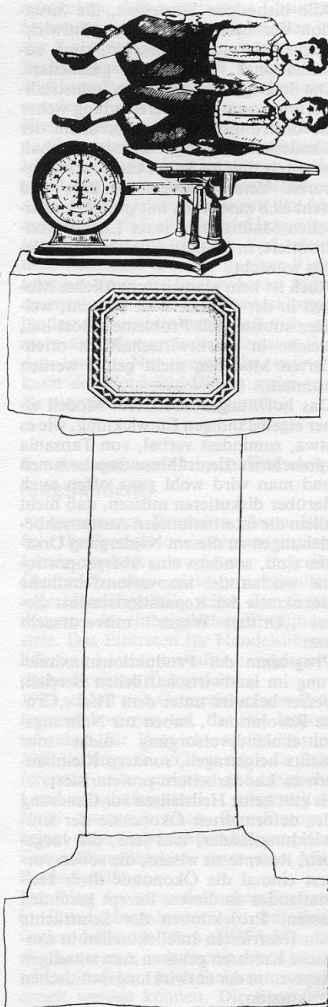
Nicht nur, aber auch, in einem demo-

kratischen Staatswesen.

Zu diesem Schlußwort füge ich noch eine Bitte:

**Wähle, und wähle österreichisch!**

Auch daraus erwächst die zarte Hoffnung unfreier Menschen, ebenso allerdings auch der Respekt raffinierter Cowboys oder überbezahlter Berufsproleten.



## Politikverdrossenheit ...

Zeitgeschichtliches Seminar im Josef Krainer-Haus. Am zweiten Tag steht die Geschichte der politischen Parteien nach 1945 auf dem Programm. Vier namhafte Referenten der verschiedenen Parteilager berichten. Organisation, Durchführung und Inhalt dieser Veranstaltung waren ausgezeichnet. Was gefehlt hat, waren die Konsumenten für diese „Qualitätsware“. Gezählte 14 Zuhörer „drängten“ sich ins Auditorium. Was, frage ich mich, kann man unternehmen, um das Interesse — vor allem der jungen Menschen — für Politik, und dazu gehört wohl auch Parteiengeschichte, zu wecken. An der Organisation lag es sicher nicht. Hunderte von Einladungen wurden gezielt ausgesendet. Die Namen wie Pisa und Reimann sind so bekannt, daß sie einer übertriebenen Propagierung wohl nicht bedürfen. Die Ursache für das eklatante Desinteresse an der Parteipolitik samt dem dazugehörenden Umfeld ist wohl dem Kapitel „Politikverdrossenheit“ zuzuordnen. In dieser Zeit der wirtschaftlichen Depression bleibt die wichtigste Aufgabe selbstverständlich für alle Politiker an verantwortungsvoller Position im Staat, im Land und in den Gemeinden die Sicherung der beruflichen Existenz und die Bewahrung der Menschen vor materieller Not. Aber das kann und darf nicht alles sein. An der Basis der Partei muß sich wer rühren. Dort, wo die Möglichkeit besteht, in vielfacher Art direkt mit den Menschen Kontakte zu knüpfen, ihre Interessen, Forderungen und Wünsche aufzunehmen und, soweit es die Parteilinie erlaubt, sich damit zu identifizieren oder auch die Konfrontation zu suchen. Vor allem die Jugend ist auf der Suche nach neuen Idealen. Es kommt nicht von ungefähr, daß sie in Scharen den absurdesten Sekten und Organisationen zufließt. Ein korrupter Politiker richtet furchtbaren Schaden an. Aber man vergißt ihn bald. Die Ignoranz gegenüber der fragenden Jugend öffnet aber den direkten Weg zum Untergang einer Partei. Es fehlt den Basisorganisationen vielfach die nötige Elastizität. Sie sind oft erstarrt, durch Inzucht sterilisiert. Parteiveranstaltungen sind demnach häufig Inzuchtveranstaltungen. Man sieht immer wieder dieselben Gesichter. Jeder noch so kleine Funktionär klebt an seinem Sessel und ist tödlich beleidigt, sollte man es wagen, ihn durch einen Jungen zu ersetzen. Sie waren einst verdienstvolle Ideenträger, heute sind sie Polit-Wracks, die sich noch halten, weil sie von Gleichgesinnten gestützt werden. Keine Gratulationen für zig-jährige Funktionärstätigkeit, sondern Tadel, weil sie nicht rechtzeitig den Platz geräumt haben. Zwei charakteristische Beispiele mögen noch demonstrieren, wie schwierig es ist, in diese Parteicliquen einzudringen.

Ein bekannter Schulmann wird dienstlich von Bruck nach Graz versetzt. In Bruck arbeitete er aktiv in der Bezirksparteiorganisation mit. In Graz zählt er nur noch Mitgliedsbeitrag und das nun schon seit Jahren. ... Ein junger strebsamer Wissenschaftler wollte sich politisch betätigen und erklärte seine Absicht, auch ein Mandat in einer Vertretungskörperschaft anzustreben. Solche Absicht war von vornherein suspekt. Er bekam keine Möglichkeit und damit keine Chance. Heute ist er wohlbestallter Universitätsprofessor und arbeitet in einer Wohlfahrtsorganisation aktiv mit. Die Politik hat er abgeschrieben. ...

Alois Adler



# DRITTE WELT UND ÖSTERREICH: EIN ÜBERBLICK

## 1. Zur ökonomischen Situation der Entwicklungsländer

Die Zustände auf dieser Welt nehmen sich aus wie eine Fundamentalontologie des Unvermögens, vorhandene Ressourcen in einer gemeinsamen Welt zum Wohl aller zu verteilen. Die Hungerzahlen sind langweilig geworden, deshalb eine andere Ziffer: 98% aller Forschungsausgaben werden in den Industrienationen getätigt.

Verschuldet ist die Dritte Welt mit insgesamt 10,800.000.000.000,— Schilling. Brasilien muß täglich 540 Millionen Schilling zurückzahlen.

Nahezu alle Entwicklungsländer haben Wachstumseinbrüche erlitten: In den ölexportierenden Entwicklungsländern sank das Brutto-Inlandsprodukt von 4,9% im Jahre 1980 auf 1,5% im Jahre 1981. In den am wenigsten entwickelten Entwicklungsländern stagniert das Wirtschaftswachstum bei 2,8%. Die Fertigwarenproduzenten erlitten einen Wachstumseinbruch von 1980 auf 1981 von 4,2% — das Wirtschaftswachstum beträgt dort nur mehr 1,5%. Ökonomen behaupten, ein jährliches Wirtschaftswachstum von 3% sei notwendig, um den Beschäftigungsstandard zu halten.

Eine der Ursachen dieses Wachstumseinbruchs der Fertigwarenproduzenten ist ein wachsender Protektionismus der Industrieländer: die USA reagierten auf ein Handelsbilanzdefizit mit Brasilien durch Importrestriktionen. Für die Fertigwarenproduzenten verschlechterte sich die Relation der Preise der exportierten Güter zu denen der importierten um durchschnittlich 26%. Die relativen Preise der Rohstoffe zu den Fertigwaren und Brennstoffen waren seit 20 Jahren nicht mehr so schlecht.

Und wenn sich entwicklungspolitisches Denken nicht allein an Wirtschaftswachstumsraten orientiert, sondern am allgemeinen Wohl einer möglichst hohen Anzahl von Menschen, dann sieht es noch düsterer aus: Auch in den Zeiten gigantischer Wachstumsraten von mehr als 10% hat sich etwa in Brasilien die Lage der Arbeiter und Bauern verschlechtert — die soziale Kluft ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Der reiche Österreicher ist arm gegenüber dem Reichen in einem

Entwicklungsland. Der arme Österreicher ist reich gegenüber dem Armen in einem Entwicklungsland.

## 2. Strategien

Alle bisherigen Strategien, die Situation der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern, sind, supranational betrachtet, gescheitert. Die Strategie der schnellen Industrialisierung konnte der Verelendung weiter Bevölkerungsschichten, vor allem der Landesbevölkerung, keinen Einhalt gebieten, hat zu kaum mehr bewältigbaren Verschuldungen geführt und sieht sich zusehends mit protektionistischen Maßnahmen jener Länder konfrontiert, in die man Güter zu exportieren wünscht.

Auch ist kein planwirtschaftliches Modell in der Dritten Welt existent, welches substanziell Probleme gelöst hat, welche in marktwirtschaftlich orientierten Modellen nicht gelöst werden konnten.

Das hoffnungsvorbelastete Modell einer eigenständigen Entwicklung, wie es etwa, zumindest verbal, von Tansania versucht wurde, ist heruntergekommen und man wird wohl ganz offen auch darüber diskutieren müssen, daß nicht allein die internationalen Austauschbeziehungen zu diesem Niedergang Ursache sind, sondern eine überproportional wuchernde, innovationsfeindliche Bürokratie den Reputationsverlust dieses „Dritten Weges“ mitverursacht hat.

Programm der Produktionsmaximierung im landwirtschaftlichen Bereich, besser bekannt unter dem Titel „Grüne Revolution“, haben zur Nahrungsmittelinlandsversorgung nicht nur nichts beigetragen, sondern Kleinbauern zu Landarbeitern proletariert.

Es gibt keine Heilslehren zur Genesung der deformierten Ökonomie der Entwicklungsländer, und jene, die vorgeben, Rezepte zu wissen, die sollen vorerst einmal die Ökonomie ihres Heimatlandes an diesem Rezept gesunden lassen. Projektionen der Sehnsüchte von frustrierten Intellektuellen in exotische Kulturen gehören zum ständigen Repertoire der entwicklungspolitischen Diskussion.

## 3. Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung darf man sich nicht als ein in sich geschlossenes und abgerundetes Paket taxativ aufgezählter Ansprüche an die Industrieländer vorstellen, sie sind Stückwerk und müssen es sein, wenn man die völlig heterogenen Gesellschaftssysteme der Entwicklungsländer bedenkt.

Die Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung basiert auf der Tatsache, daß große Teile der Welterzeugung an agrarischen und mineralischen Rohstoffen — etwa ein Drittel — aus Entwicklungsländern stammen. Der Devisenerlös der Entwicklungsländer stammt zu etwa zwei Drittel aus dem Export von Rohstoffen. Einige Länder, wie etwa Chile, Sambia oder Ghana sind in ihren Deviseneinnahmen vom Export nur eines Rohstoffes abhängig.

Es ist daher ein ganz fundamentales Interesse der Entwicklungsländer, über Möglichkeiten nachzudenken, die Rohstoffpreise zu stabilisieren.

Ein weiteres ganz fundamentales Problem für die rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer ist die Verschlechterung der Preise der Rohstoffe in Relation zu denen der Industriegüter. Eine internationale Kommission hat errechnet, daß sich die Rohstoffexportwerte im Vergleich zu den Industriegüterwerten von 1954 bis 1972 um durchschnittlich 40% verschlechtert haben.

Eine weitere Forderung der Entwicklungsländer ist der Transfer von Technologie, um die Entwicklungsländer in die Lage zu setzen, ihre Rohstoffe zunehmend selbst zu verarbeiten.

Obwohl zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern Übereinkunft in dieser Problematik besteht, konnte bislang keine Einigung darüber erzielt werden, welche finanzpolitischen und handelspolitischen Instrumentarien geeignet sind, um diese für Entwicklungsländer unakzeptablen Austauschbeziehungen längerfristig zu stabilisieren. Generell sind die Industrienationen dirigistische Eingriffe in bilaterale Preisgestaltung und wehren sich gegen die Errichtung einer Weltrohstoff-Superbehörde mit eigenem Management, Befugnissen, Kapitalausstattung und direkter Einwirkungsmöglichkeit auf die Preisgestaltung einzelner Rohstoffe.

Österreich hat sich 1974 auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen bei der Abstimmung über die „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ gemeinsam mit neun anderen Ländern der Stimme enthalten und ausdrücklich gegen

einige Artikel dieser Charta, welche einzeln abgestimmt wurden, gestimmt.

#### 4. Der Stellenwert der Entwicklungshilfe bei der Lösung der wirtschaftlichen Depression in den Entwicklungsländern

Es ist außerordentlich wichtig zu erkennen, daß die ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer nicht auf der Ebene der Entwicklungshilfe lösbar sind: ein Zahlenspiel mag dies verdeutlichen.

Wie allgemein bekannt, verfolgen die USA seit einiger Zeit eine Politik des knappen Geldes, was eine erhebliche Verteuerung der Kredite zur Folge hatte. Durch den weltweiten Kapitalfluß waren die Auswirkungen dieser Hochzinspolitik global. Durch diese Kreditverteuerung ist selbstverständlich für die Entwicklungsländer der Anteil der Zinsrückzahlung gegenüber der Kapitalrückzahlung gestiegen. Setzt man nun jene Summe, die von den Industrienationen 1981 an Entwicklungshilfe geleistet wurde, in Relation zur Verteuerung der Kredite, dann hätten 60% dieser Summe gerade ausgereicht, um die Wirkungen des Zinsanstieges abzudecken.

#### 5. Der Marshallplan von Bundeskanzler Kreisky

Die dramatische Rezession in den Entwicklungsländern hat selbstverständlich deutliche Rückwirkung auf die wirtschaftliche Situation vieler Industrieländer: eines der Hauptcharakteristika der rezessiven Entwicklung in vielen Industrieländern ist, daß die Produktionskapazität nicht durch eine entsprechende Nachfrage absorbiert werden kann. Durch die dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den Entwicklungsländern vermindert sich die Kaufkraft dieser Länder und forciert so die Rezession in den Industrienationen.

Auf der Basis dieser angenommenen globalen Verflechtung der Interessen der Industrienationen der Entwicklungsländer muß Kreiskys Marshallplan verstanden werden. Kreisky hat in seiner Regierungserklärung von 1971 explizit darauf hingewiesen, daß Entwicklungshilfe als eines der Instrumente zur Rezessionsbekämpfung in den Industrienationen betrachtet werden kann. Er schlug vor, überflüssige Ressourcen vor allem an Kapitalgütern in die Entwicklungsländer zu transferieren.

In weiterer Folge wurde auf einer Fülle internationaler Konferenzen darüber diskutiert, was die geeignetsten han-

delspolitischen und finanzpolitischen Instrumente wären, um einen Ressourcentransfer von den Industrienationen in die Dritte Welt zu bewerkstelligen. Bevor man nun in eilfertiger Kritik sich auf die schwachen Punkte dieser Konzeption Kreiskys stürzt — etwa daß dieser Plan noch viel zu wenig detailliert ausgearbeitet sei, oder daß er von der Annahme ausging, daß genau jene überschüssigen Ressourcen der Industrienationen geeignet seien, positive Entwicklungsprozesse in den Entwicklungsländern in Gang zu setzen oder daß Konzepte einer schnellen Industrialisierung in Entwicklungsländern dort nur wenig zu einer positiveren Entwicklung beigetragen hätten — sollte man die Grundidee, nämlich die Interessen der Industrienationen und der Entwicklungsländer so zu verschränken, daß gemeinsame Lösungsinteressen bestehen, bewahren. Bar jeder Eigeninteressen allein durch moralische Appelle wird sich in den Entwicklungsländern nichts zum besseren wenden.

Wenn, wie wir gesehen haben, auch eine Steigerung der Entwicklungshilfeleistungen der Industrienationen strukturell in den Entwicklungsländern nicht greifen kann, und wenn wir ferner wissen, daß alle Entwicklungsstrategien bislang gescheitert sind, dann muß sich unser Denken in einer Richtung bewegen, die Interessen der Industrienationen und der Entwicklungsländer so zu verzahnen, daß sich gemeinsame ökonomische Interessen finden lassen. Nur wenn dies gelingt, kann der Nord-Süd-Dialog mehr sein als moralisches Feiertagsgerede.

#### 6. Außenhandel mit Entwicklungsländern

Ausgenommen Produkte, deren Einfuhr die Produktionsinteressen unserer Landwirtschaft tangieren, betreibt Österreich eine nicht-protektionistische Handelspolitik, selbst zum Schaden etwa der einheimischen Textilindustrie. Das Eintreten für Handelsliberalisierung ist eine bewußte handelspolitische Position Österreichs.

1972 schloß sich Österreich einem Präferenzabkommen an, das die Importabgaben für Entwicklungsländer um 30% verringerte. 1975 wurden die Präferenzen unter anderem auf tropische Landwirtschaftsgüter ausgeweitet. Nach österreichischen Berechnungen bringt diese Handelsliberalisierung den Entwicklungsländern etwa eine Milliarde Schilling.

Der Wert der österreichischen Exporte in Entwicklungsländern ist mit dem Osthandel oder dem EFTA-Handel gleichzusetzen, jedoch mit dem Unterschied, daß hier noch Steigerungsraten erzielt werden können. Die Rezession

im Jahre 1974 wurde unter anderem durch eine starke Expansion der Exporte in Entwicklungsländer bekämpft. Jan Stankovsky hat eindringlich nachgewiesen, daß in Entwicklungsländern Marktücken existieren, die durch die österreichische Wirtschaft nur unzureichend genutzt werden. In Relation zu anderen Industrienationen ist Österreich auf den Märkten der Entwicklungsländer unterrepräsentiert.

#### 7. Die österreichischen Entwicklungshilfeleistungen

Vor 1973 hatte Österreichs Position zur Dritten-Welt-Problematik kaum ein eigenes Gewicht innerhalb der Außenpolitik Österreichs. Ein interministerielles Komitee, beschickt von Vertretern der 13 Ministerien, war für die Entwicklungshilfe verantwortlich. Seit 1973 liegt die Hauptkompetenz für Entwicklungshilfe im Bundeskanzleramt, das Außenministerium ist zuständig für multilaterale technische Hilfe, das Finanzministerium für multilaterale Kapitalhilfe und das Handelsministerium für das GATT und einen Teil der UNCTAD. Politisch ist der Staatssekretär im Bundeskanzleramt nicht nur für die Entwicklungshilfe, sondern auch für wirtschaftliche Koordination und verstaatlichte Unternehmen zuständig. Aus dieser Konstruktion ist ersichtlich, daß es durch diese Kompetenzzuordnung zu Zielkonflikten zwischen Interessen der verstaatlichten Industrie und entwicklungspolitischen Zielvorstellungen kommen kann.

Die österreichische Entwicklungshilfe hat sich zwar qualitativ zweifellos verbessert, dennoch ist der Geschenkannteil von 55% der geringste aller Industrienationen. Der empfohlene Wert beträgt 86%. Von der sich selbst auferlegten Verpflichtung, 0,7% des Bruttoinlandsproduktes als Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, ist Österreich noch weit entfernt — nach Aussage des Finanzministers wird dieser Prozentsatz erst im Jahre 1990 erreicht werden. 1981 hat Österreich 0,48% seines Bruttoinlandsproduktes als Entwicklungshilfe budgetiert, was gegenüber 1979, wo nur 0,19% vorgeesehen war, zweifellos einen gewaltigen Fortschritt darstellt.

Einer der größten Mängel der Politik Österreichs gegenüber der Dritten Welt ist die nicht integrative Betrachtungsweise von Außenpolitik, Außenkulturpolitik, Wirtschafts- und Handelspolitik, Entwicklungshilfemaßnahmen und Bildungshilfen für Dritte-Welt-Studenten. All diese verschiedenen Ebenen unserer Beziehung zur Dritten Welt sind nur mangelhaft oder überhaupt nicht miteinander koordiniert

und größtenteils von oft kleinlichen Eigeninteressen getragen. Andere Länder wie etwa Schweden, die Niederlande oder Dänemark haben längst erkannt, daß eine nicht integrierte Betrachtungsweise dieser verschiedenen Ebenen einer aktiven Definition der eigenen Position gegenüber der Dritten Welt abträglich ist, und haben aus dieser Position einen nicht unerheblichen ökonomischen Nutzen gezogen.

## 8. Chancen für die steirische kleine und mittlere Industrie in wirtschaftlicher Kooperation mit der Dritten Welt

Seit Krainer in der Steiermark das Zepher schwingt, ist Entwicklungspolitik ein integrativer Bestandteil der Außenbeziehungen unseres Bundeslandes. Seit Fuchs Landesrat ist, kann man mit einem gescheiten, phantasievollem, innovationsfreudigen und entscheidungsstarken Menschen über wirtschaftliche Perspektiven reden.

Das Entwicklungshilfebudget wurde unter Landeshauptmann Krainer ganz gewaltig aufgestockt. Aber, was vielleicht noch wichtiger ist, ist der Versuch, Entwicklungshilfe-Projekte partnerschaftlich zu organisieren. Dies wird zur Folge haben, daß bei immer mehr Menschen in der Steiermark das Wissen über Bedürfnisse in der Dritten Welt an Niveau gewinnen wird.

50 Langfristig und strukturell können diese Bedürfnisse der Dritten Welt nur auf der Basis normaler Handels- und Geschäftsbeziehungen befriedigt werden — die Reduktion von Entwicklungspolitik auf Entwicklungshilfe ist eine Ideologie von Schrebergärtnern. Es wurde schon kurz bemerkt, daß die Wirtschaft Österreichs und somit auch die Wirtschaft der Steiermark in den Entwicklungsländern unterrepräsentiert ist.

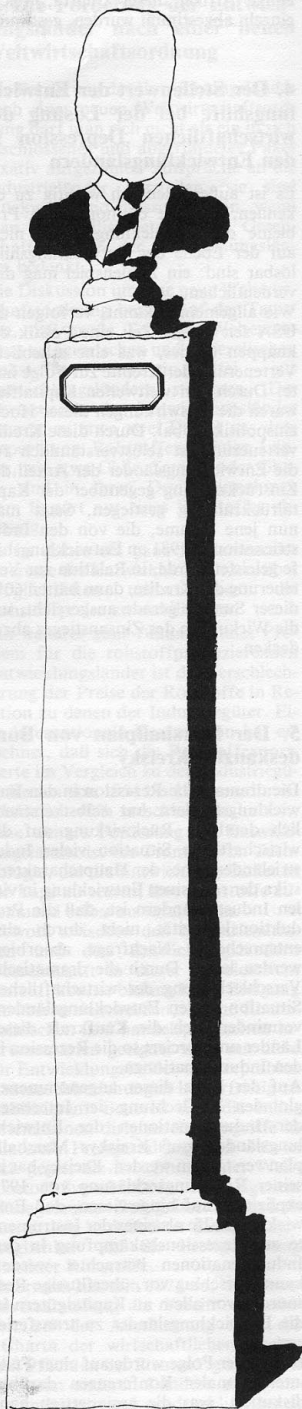
Österreich hat gegenüber anderen Industrienationen einen Standortvorteil, weil es klein ist, weil es neutral ist und weil es nicht von kolonialer Vergangenheit belastet ist. Immer wieder wird von prominenten Vertretern der Entwicklungsländer bedauert, daß es die multinationalen Konzerne oder die großen Firmen aus Ost und West nicht dabei belassen, Geschäfte zu machen, sondern ihren Einfluß auf die inneren Verhältnisse der Entwicklungsländer ausdehnen wollen. Wenn man nun bedenkt, daß diese Ängste der Entwicklungsländer in einer verstärkten wirtschaftlichen Kooperation mit Österreich unbegründet sind, und daß darüber hinaus kleine und mittlere Betriebe bei uns oft über die geeigneteren und angepaßteren Technologien zur Problemlösung in Entwicklungsländern verfügen, dann ist hier ein gewaltiger, ungenutzter Markt, um ungenutzte Pro-

duktivität zu gegenseitigem Nutzen auszulasten.

Firmen wie Pumpen-Bauer in Voitsberg haben dies längst erkannt und bieten weltweit ein allorts begehrtes Technologiepaket an. Aber da gibt es noch eine ganze Reihe von anderen Firmen, die ebenfalls kompetent für Technologien sind, welche für Entwicklungsländer hoch interessant sind, aber diese Firmen haben es aus irgendwelchen Gründen noch nicht geschafft, eigenständig Kontakte zu Ländern der Dritten Welt aufzunehmen. Und hier müssen Überlegungen angestellt werden, wie man diesen Transmissionsriemen vom Bedürfnis in der Dritten Welt zur Kompetenz in der Steiermark herstellt. Um konkret zu werden: mit Technologien zur Billigbauweise, einfachen landwirtschaftlichen Maschinen, dezentralen Energiegewinnungsmöglichkeiten oder Technologien zur Trinkwasserherstellung können dringende Bedürfnisse in der Dritten Welt befriedigt werden und rezessive Entwicklungen bei uns bekämpft werden.

Um Phantasien in diese Richtung zu entwickeln, ist es notwendig, eine Trennungslinie zu jenen vordergründig entwicklungspolitisch Engagierten zu ziehen, welche die Welt als Ansammlung von Bergbauernhöfen mit eigener Butter und Käseproduktion organisieren wollen. Diese Gruppe von Menschen projiziert ihre eigenen Sehnsüchte auf Verhältnisse, von denen sie nichts verstehen, für sie ist jede Verfolgung von Eigeninteresse eine Sünde wider dem Heiligen Geist.

Eine gerechte Welt wird nur dann existieren, wenn jeder auf dieser Welt seine Eigeninteressen gewahrt sieht. Moralische Appelle allein bewirken nichts oder führen zu totalitären Gesellschaftssystemen. Die Welt ist in ihrer Realität zu modifizieren und was die Realität auf dieser Welt bewirkt, ist eine an Eigeninteressen orientierte Wirtschaft, und das ist überhaupt nichts moralisch Verwerfliches, sondern muß eben mit einem anderen Eigeninteresse kombiniert werden. Allein ein Denken in diese Richtung kann eine tragfähige Basis der Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern schaffen.





# DIE „ZWEITE REPUBLIK“ IN SPRÜCHEN

Gesammelt von Günther Kogler

Wer da glauben sollte, Nachgiebigkeit sei der beste Weg, um die SPÖ zur Anerkennung des Führungsanspruches der ÖVP zu bewegen, befindet sich in einem Irrtum. Je eher alle in der ÖVP begreifen, daß diese Partei mit ihren 81 Mandaten um ihren Führungsanspruch auch kämpfen muß, umso eher werden wir aus dem Wellental herauskommen.

*Hermann Withalm am 8. Februar 1965*

Ich habe in meinem Leben die politischen Extreme wie selten einer erfahren. Ich weiß daher auch, wie selten einer, daß nur Mäßigung, Verständnis und Ausgleich eine friedliche und gedeihliche Gesellschaft möglich machen.

*Alfons Gorbach am 31. August 1958*

Die Verschuldung Österreichs ist, verglichen mit anderen wichtigen Ländern von weltwirtschaftlicher Bedeutung, als durchaus bescheiden zu betrachten.

*Julius Raab am 27. April 1959*

Ein Drittel der Anwesenden wünscht, daß die Bemühungen um einen Kompromiß fortgesetzt werden. Ich schließe mich an. Damit ist die Mehrheit gegeben und der Antrag auf die Ausschreibung vorzeitiger Neuwahlen gefallen.

*Julius Raab im Jahre 1956*

Ich bin froh darüber, daß in unserem Land in Kulturfürsagen ein anderes Klima hergestellt ist, als es früher herrschte. Ich will alles daran setzen, daß in diesem Klima eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und der römisch-katholischen Kirche erfolgt, ohne daß dabei Sentimentalitäten von einst geweckt werden.

*Adolf Schärp am 22. Mai 1957*

Solange ich Finanzminister bin, wird es nicht zu einem Vier- bis Fünf-Milliarden-Defizit kommen.

*Finanzminister Kamitz am 5. Oktober 1959*

Dennoch spürte ich nie ein stärkeres Verlangen danach, Politiker zu werden.

*Adolf Schärp am 9. Februar 1957*

Vielleicht hat die Österreichische Volkspartei zu sehr Zurückhaltung geübt, die Öffentlichkeit über die rücksichtslose Propaganda, die Verleumdungen und Verdrehungen des politischen

Gegners aufzuklären.

*Bundeskanzler Josef Klaus am 10. November 1967*

Die Kritik ist lauter und stärker geworden und bei Wahlen gab es tausende Denkkzettel. Ein Regierungschef und eine Regierung sind gut beraten, wenn sie an den einmal für richtig erkannten Zielen festhalten.

*Klaus am 4. November 1967*

Er kann ka Fremdsprach', i kann ka Fremdsprach', dös wird a Hetz.

*Julius Raab im Jahr 1953 über seinen neuen Außenminister Leopold Figl, der mit ihm gemeinsam die Staatsvertragsverhandlungen führte.*

Wenn ich nur eine halbe Minute feig gewesen wäre, dann wäre es mit Österreich für eine Ewigkeit aus gewesen...  
*Figl im Jahre 1953 über die Staatsvertragsverhandlungen*

Das erfordert viel Takt und es nützt nichts, wenn man den russischen Bären, der mitten im österreichischen Garten drinnen steht, immer wieder durch lauttönende Sonntagsreden in den Schwanzstummel zwickt, sondern es ist viel zweckmäßiger, daß sich die Öffentlichkeit und die Presse darum bemühen, überflüssige Spitzen zu vermeiden.

*Julius Raab im Jahre 1954 über das Vorgehen bei den Staatsvertragsverhandlungen.*

Bundeskanzler ist schließlich kein Lebensberuf, sondern eine Mission, zu der man berufen wird und von der man wieder abgerufen wird. Schauen Sie — und der Figl ist eben ein Österreicher, der auf dem Posten, auf dem er steht, seine Pflicht erfüllt.

*Leopold Figl am 20. Mai 1953*

Ich möchte aber ausdrücklich betonen, daß die Österreicher diese Neutralität im strikten klassischen Sinn des Völkerrechts auffassen, als eine Verpflichtung, sich keinen militärischen Allianzen anzuschließen und keine fremden militärischen Stützpunkte auf ihrem Territorium zuzulassen. Die Neutralität bedeutet aber für uns keine Verpflichtung, im ideologischen Kampf neutral zu sein.

*Klaus am 4. November 1965 bei einer Ansprache vor US-Studenten in Kalifornien.*

Die Jugend kann es nicht verstehen, daß die Generationen der Älteren die Entideologisierung zur Ideologie erhoben hat, daß eine Wertneutralität zum Wert erhoben wurden, und sie lehnt sich mit dem gesunden Sinn, der der Jugend eigen ist, gegen diese Haltung der älteren Generationen auf.

*Klaus am 20. Mai 1968*

Die Bundesregierung denkt nicht daran, eine Gesetzesvorlage, sei es zur vollständigen oder teilweisen Reprivatisierung der verstaatlichten Betriebe, einzubringen. Wohl aber bereiten wir sehr tiefgreifende Reorganisationsmaßnahmen vor, um die Rentabilität der Betriebe zu sichern.

*Klaus am 20. Mai 1966*

Ich bin ein Politiker sui generis

*Klaus über Klaus*

Es war ein offenes Gespräch zwischen Freunden.

*Klaus am 20. März 1967 nach seinem Besuch bei Ministerpräsident Kossygin*

Und so bin ich bereit, wenn es von mir gewünscht wird, wenn mir die Gesundheit geschenkt wird, wenn ich so gesund bleibe, wie ich mich fühle, und wenn ein echtes Vertrauen, eine echte Mehrheit unter den Wählern dies will, auch die Verantwortung nach den Wahlen 1970 in der Partei und, wenn es sein soll, in der Regierung zu tragen, und dadurch mein Bestes für unser Land zu geben.

*Klaus am 19. Juli 1968*

Nein, ich will schon die Politik mitbestimmen, weil ich ja eine andere Politik für die Menschen machen will.

*Mock am 20. Dezember 1981*

Ich werde dafür sorgen, daß die ÖVP bei den nächsten Wahlen einen Sieg feiert, der sich gewaschen hat.

*Michael Graff im März 1982*

Der Koalitionsausschuß kann und darf niemals eine vierte Gewalt sein, die sich anmaßt, die drei natürlichen Gewalten der Demokratie — Regierung, Parlament und Justiz — unter seine Oberhoheit zu bringen und damit die natürliche Trennung zwischen ihnen aufzuheben.

*Alfons Gorbach am 17. Februar 1961*

Stimmt es, lieber Genosse Kery, daß Du mehr verdienst, als der Bundeskanzler? Zweitsens frage ich dich, ob es stimmt, daß du verbilligten Strom beziehst? Und drittens, ob es stimmt, daß du in deiner Freizeit dem MP- und Combatschießen fröhnst, oder wie immer das heißt?

*Josef Cap am 28. Oktober 1982*

Der 1. März wird Österreich wahrscheinlich entweder eine kleine Rechtskoalition oder eine große Koalition bringen. Eine kleine Koalition zwischen Sozialisten und der FPÖ analog zu Bonn scheint in Österreich unmöglich. Die FPÖ hat den Sozialisten eine klare Absage erteilt.

*Bruno Kreisky am 18. 2. 1970*

Ja, und zwar eine Koalition zwischen den beiden großen Sozialgruppen. Nur das hat einen Sinn.

*Kreisky am 25. April 1966 zur Frage einer möglichen Koalition mit einer der anderen im Nationalrat vertretenen Parteien.*

Ich bin so zäh für die Koalition eingetreten, weil ich ... sie für die beste Ausdrucksform der funktionellen Demokratie halte.

*Kreisky am 25. April 1966*

Es ist sicherlich so, daß wir die Sozialstruktur der Wähler innerhalb der Par-

tei meiner Auffassung nach zu wenig berücksichtigt haben. Und hier hat es aber doch starke Fortschritte in den letzten zehn Jahren gegeben.

*Alois Mock am 26. Februar 1980 vor dem Salzburger Parteitag*

Ich möchte nicht sagen, daß ich sicher nicht zurücktrete; ich möchte auch nicht sagen, daß mich das unbeeinflusst ließe; das wäre schon eine Niederlage der Regierungspartei.

*Bundeskanzler Bruno Kreisky am 23. Oktober 1978, zwei Wochen vor der Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf.*

Ich bin zwar kein Gegner der großen Koalition, aber eine große Koalition ist nur dann eine Regierungsform, wenn es nicht anders geht.

*Kreisky am 11. September 1971*

Als alter Skeptiker sage ich, warten wir lieber den Wahltag ab.

*Kreisky am 7. Oktober 1971*

In Wirklichkeit wollen die Leute und sogar die militanten Anhänger der Parteien keinen Streit.

*Kreisky am 13. Oktober 1971*

Wenn man uns nicht regieren läßt, dann werden wir die Bevölkerung über die Situation aufklären.

*Kreisky am 27. Mai 1970*

Hätte er eine Bestattungsfirma gehabt, hätte ich ja nichts gesagt, denn dann hätte er die Nachfrage ja nicht regulieren können.

*Bruno Kreisky über Hannes Androsch am 28. November 1982*

Fünfzehn Jahre lang hat die Koalition gehalten, weil man einander traute. Heute aber ist das Mißtrauen in der Politik zu einem Ostrazismus geworden wie seinerzeit in den griechischen Stadtstaaten.

*Alfons Gorbach am 1. Juli 1969*

## Bemerkungen

### Betrifft:

**Das Referat von Dr. Jörg Mauthe (siehe auch S. 38), vorgetragen beim Zeitgeschichte-Symposium im Josef-Krainer-Haus**

Ohne auch nur einen Moment zu zögern, war für uns die Frage, ob wir uns als Österreicher fühlen, mit „ja“ zu beantworten. Auch Frau Prof. Weinzierl hatte dazu bereits anhand von statischem Material nachgewiesen, daß sich ein großer Prozentsatz nicht nur der Jungen, sondern überhaupt aller Österreicher, ohne zu hinterfragen zu diesem Staat bekennt. Die Frage aber, wo wir unsere Heimat sehen, stellte uns schon vor diffizileren Überlegungen. Der Begriff „Heimat“ fordert doch eine stärkere, vor allem auch eine emotionale Bindung zu einem bestimmten Gebiet oder zu einer bestimmten Personengruppe. Für mich liegt die Ursache dafür, daß wir die Frage nach einer Heimatänderung zunächst bloß auf die Bejahung des eigenen Österreichbewußtseins reduziert haben, darin, daß wir uns noch gar nicht so sehr mit einem Heimatbewußtsein auseinandergesetzt haben bzw. haben müssen.

Es gewinnt — so meine ich — vor allem erst dann an Bedeutung, wenn man sich als außerhalb einer Gemeinschaft stehend fühlt, wenn man sich mit dem Kern ihres Ideengutes nicht identifizieren kann und schließlich dann, wenn man sich von der Umgebung und ihren Menschen bedrückt fühlt. Dann suchen wir Halt und Stütze, und damit wird die Frage nach einer möglichen Heimat aktuell.

Die Bindung zu meiner Umwelt, zu meiner Heimat, zu dem Bereich, wo ich mich zu Hause fühle, stellt sich für mich als ein Bild von konzentrischen Kreisen dar, in deren Mitte ich mich befinde. Der innerste, aber auch kleinste Kreis, der nur wenigen Platz bietet, wird von meiner Familie und engsten Freunden eingenommen. Je weiter die Kreise vom Zentrum entfernt sind und je größer sie sind, desto mehr Personen finden darauf Platz. Gleichzeitig wird aber auch die Distanz zwischen ihnen und mir immer größer.

*Dr. Gudrun Maurer*

Im großen und ganzen stimmt das Österreichbild meiner Zeit mit dem heutigen überein. Trotzdem habe ich den Eindruck, daß man aus den Fehlern der Vergangenheit zu wenig lernt und bereit ist, die gleichen Fehler, die wir machten, zu wiederholen.

*Reg.-Rat Dir. Hans Vollmann*

Mauthe (siehe *politicum* 13, Anm. d. Red.) hat sicher recht, wenn er meint, daß die Zeit der großen, allmächtigen Parteien vorbei ist, und daß es daher notwendig ist, aus verschiedenen Gruppen eine brauchbare Führung im Lande zu bilden. Da wir derzeit in einer wirtschaftlichen Krise stecken, deren Überwindung sicher einige Zeit dauern wird, bin ich der Meinung, daß eine möglichst breite Basis für eine Regierung gebildet werden soll, am besten also eine Konzentrationsregierung, in der alle aufbauwilligen Kräfte vertreten sind.

*Reg.-Rat Dir. Hans Vollmann*

Die Aussage von Staatssekretär a. d. Pisa (siehe *politicum* 13, S. 21, Anm. d. Red.) ist insofern richtig, als die ÖVP bereits in der Zeit des Raab-Kamitz-Kurses einen Innovationsvorsprung erreichte und nicht erst in den frühen 60er Jahren — durch die berufliche Umschichtung und ihre politische Taktik; andererseits diesen jedoch an die von Kreisky modern geführte SPÖ in den späteren 60er Jahren verlor. Man muß nun daran denken, mit welcher Verbitterung die ÖVP das liberale Lager verfolgte und mit welchem Ge-

schick der Bundeskanzler, wie auch durch die Wahlreform etc. die Tore diesem öffnete.

*Botschafter i. R. Wilfried Gredler*

Wir befinden uns in einer Krise der Durchschnittsbevölkerung zu den maßgebenden Leitungsorganen der Politik, für welche ich die Formulierung „Elite“ allerdings nur mit leichtem Zögern anwende.

Nicht unmaßgeblich ist dafür der seit 1945 kaum geänderte Proporz, der jeden Vorwärtstrebenden zwingt, sich einer der beiden Großparteien zu unterwerfen bzw. diesen beizutreten, obwohl gerade in der geistigen Elite eine tiefe Ablehnung gegen die kollektivistische Tendenz beider vorherrscht. Demgegenüber ist die FPÖ durch keine einzige Korruptionsaffäre belastet, und zwar auch dort, wo sie auf Landes- oder Gemeindeebene Haupt- bzw. Mitverantwortung trägt, was jedoch in den Medien bewußt verschwiegen wird.

*Botschafter i. R. Dr. Wilfried Gredler*

Ich ziehe an sich jeden politisch Aktiven in den anderen Parteien jenen vor, die nur kritisieren und nicht bereit sind, Mitverantwortung zu tragen. Meine Ablehnung trifft die Radikalen in jedem politischen Lager, ebenso wie die Geschäftsmacher mit überzogener Kritik, seien es Alternative, Grüne oder auch parteilose Journalisten, die ohne Bereitschaft sind, konstruktiv mitzuwirken.

*Botschafter i. R. Dr. Wilfried Gredler*

# EX LIBRIS

Mehrmals wurde in verschiedenen Aufsätzen darauf hingewiesen, daß man an dem immer wieder angekün- digten und dann doch wieder verzögerten Erscheinen des Buches:

**Günter BARUDIO, „Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung“ 1648 — 1779 (Fischer Weltgeschichte Band 25) Frankfurt/Main 1981**

die Problematik, die Komplexität und die Widersprüchlichkeit dieser Epoche ablesen könne.

Nun ist das Buch seit mehr als einem Jahr erschienen und hat noch keine entsprechende wissenschaftliche Be- sprechung erfahren.

(Maßstab für diese Behauptung: Alle an der UB-Graz aufliegenden historischen Zeitschriften).

Das wäre ein Umstand, um über institutionelle Wissen- schaft öffentlich und laut nachzudenken. Warum bei- spielsweise Perry Andersons Buch „Die Entstehung des absoluten Staates“ sehr rasch und vielmehr be- sprochen, gelobt wurde, (Targi Ali nannte das Buch ein „marxistisches Meisterstück“, Barudio dagegen spricht von einem Buch, das „fast nur aus Sekundärlite- ratur oft älteren Datums zusammengestellt“ worden ist (341). Warum aber rangiert Barudio's Buch nur unter den eingelaufenen Büchern, obwohl Bücher aus dieser Zeit sehr oft als „Bücher der Gegenwart“ werden? Möglicherweise liegt es an der Schärfe der vorgetra- genen Kritik — die nichts von der allerorts üblichen aka- demischen Schonung an sich hat — und der Radikalität des Anspruchs, es will kein Handbuch sein, „sondern zu einer neuen Diskussion über die historischen Grund- lagen der Staatlichkeit in Europa aufrufen“ (11).

Im Zentrum der Darstellung steht das „Zeitalter der „hi- storisch wandelnde Potent“ — denn gerade „das Anrufen kollektiver und damit auch anonymer Kräfte in der Ge- schichte, wie Feudalismus und Kapitalismus, hat im Zu- ge der rein strukturell ausgerichteten Methode oft dazu geführt, den Wert handelnder Personen zu verkennen.“ (11)

Die Generallinie der Kritik läßt sich wie folgt beschrei- ben: „Die „lineare Fortschrittsformel“ (13), wonach der absolute Staat ein notwendiges Durchgangsstadium von Feudalismus zum modernen Staat darstelle, sei als Erklärung unbrauchbar, da es an der „These des Dualis- mus“ (14) festhalte, der in der Person des Fürsten „hi- storisch überwinden worden sei. Demgegenüber er- scheint „das politische Ständewesen als Ausdruck des „absoluten Staates“ und der Behauptung, daß ein sol- ches Streben nach dem Status einer Großmacht“, der Fürst aber „als Träger des Fortschritts, des Gemeinnutzes und einer Großmachtpolitik“ (14).

Insofern operiere vor allem die bourrische Absolutis- musforschung, die nur „in Ansätzen über das Aufsatz- stadium hinausgegangene“ (14) mit einer „Nötlige“ (Nietzsche), „daß die Stände ihrem Eigenem nicht die Kraft zur eigentlichen Staatsfähigkeit besessen“ hätten und deshalb von der Dynastie und ihrem „sovereä- nen Haus“ politisch überwunden werden mußte.

Aus diesem Grund wurde bewußter Terror bei der Eta- blierung der „absoluten Macht“ nicht mehr Terror ge- nannt. Die neue Energie mit ihren Vertragsbrüchen, Lügen und Rechtsverwehungen erhielt den Wert eines be- sonderen „Staatskraft“, die im Namen des Fortschritts in all ihren Machtansprüchen und Willkürakten — trotz mancher Kritik im Einzelfall — Verständnis fand, wäh- rend „Verfassungskritiken der Stände in der Regel als rückständig verworfen wurde“ (383). Geschichtswissen- schaft legitimiert damit das „monarchische Prinzip“.

„Dasselbe gilt auch weitgehend für den Zustand, daß die absolutistischen Regimes über ein hohes Potential an diktatorischen Energien verfügen, deren destruktive Wirkungen aus einer vorgegebenen Geschichtsnoten- digkeit heraus legitimiert würden“ (15).

Mit dieser Kritik geht einher die Absage an die „Vorrei- terrolle“ Frankreichs — auch in bezug auf die europäi- sche Aufklärung. Denn, was man unter „aufgeklärten Verstand“ außer „christianischer Rationalität“ nicht verstehen konnte, danach wird oft nicht gefragt. Der Hinweis auf die Rationalität der „Nikomarchischen Ethik“ und ihrer Proportionalitätslehre bringt ein anderes Charakteristikum politischer Aufklärung in die Diskus- sion. So überrascht es auch nicht, daß die Darstellung der Geschichte der einzelnen Länder — die „übliche Fixierung“ auf Frankreich und England aufgebend — in Nordeuropa (Schweden) Finnland) beginnt. Nicht aber, um einem historischen West-Ost-Gefälle die These von einem Nord-Süd-Gefälle gegenüber zu stellen, son- dern sogenannte „Randzonen“ wie „Zentralräume“ werden als gleichwertig angesehen. Obwohl Barudio vor allem die jeweiligen Eigenentwicklungen der einzelnen Länder betont und deshalb, vertritt er gleichzeitig die „strukturellen Gemeinsamkeiten“ (376) dieser Epo- che herauszuarbeiten. Nicht so, daß er ein Modell der Durchsetzung von absoluter Macht entwickelt, dem dann die historische Wirklichkeit angepaßt wird, wohl aber die bisher vorgebrachten Theorien und Thesen der Geschichtswissenschaft auf ihr Zutreffen hinterfragt. So manches historische Argument degeneriert zum ideol-

ogischen Vorurteil: Etwa die These von der Notwendig- keit einer absoluten Macht als Voraussetzung zur Groß- machtbildung. Demgegenüber wendet Barudio ein, daß beispielsweise „Schweden in den Rang einer großen Macht aufgestiegen (ist), als es im Inneren liberärer organi- siert war, die individuellen und korporativen Ener- gien possessiv ausgerichtetem Stände-Volkes im Reichsrat und im Reichstag aktivierte und nach außen Schutzzonen- stände der Nachbarn konsequent zu nutzen verstand. Es verlor seine Position, als ein Monokrat wie „ein Gott auf Erden“ patrimonial und absolut seine Macht ausüben durfte, die kurzfristig zwar zu einer Kraftsteigerung führte, aber auf die Dauer sich dadurch lähmte, daß „blinder Gehorsam“ erzwungen wurde. Beachtet man nicht die beiden unterschiedlichen Qualitäten des Königtums und inwiefern die „Königliche Gewalt“ in der absoluten Monarchie eine stürzende Kraft, dann müssen Ersatzideolo- gien wie die „Adelsverdrängung“ des Teutonismus, der vertragsverneinende Rechtspositivismus, der Organizis- mus, das lineare Fortschrittsdenken oder die reine Oko- metrie bemüht werden. Damit wird die zentrale Fra- ge nach dem Verhältnis von Recht und Macht nicht mehr formuliert und stattdessen die Frage nach der „Macht des Königs“ von Monokratie verdrängt, zu welchen Leistungen auch die Freiheit fähig war.“ (86)

Die Handhabe und Wirkung des „Ausnahmezustandes“ ist meist das Mittel zur Durch- setzung von absoluter Macht.

Der Durchsetzungsprozeß selbst ist unterschiedlich. In Frankreich ist der König zwar nach außen souverän und absolut, im Inneren durchsetzt er sich gegen die „Wieder- standspotential“ (117) der Parlaments beschließen. Die Parlaments werden — zwar nicht ausschließlich — vom 3. Stand besetzt; die Mitglieder sind Besitzer ihrer Ämter nicht absetzbar.

„Ihre Kompetenz hinsichtlich der Registrierung königlicher Gesetze wird immer angefochten. Vorgebracht wird, daß die Durchsetzungsvorgänge in den Versam- lungen der Parlaments, die „Seance de la flagellation“ (Sit- zung der Geißelung) von März 1766 zeigt vom Selbstver- ständnis eines „sovereänen Gerichtshofes“ als „Wäch- ter des Gleichgewichts des Regierungssystem“ (133).

Die Bindung der Macht an Besitz, die Verflechtung von Eigentum und die eigentumsgebundene Verfügungsge- walt stellen die Grundkategorien der frühneuzeitli- chen Geschichte Europas dar. Die sogenannten „Erb- folgekriege“ beweisen sehr deutlich in welchem Maße Staatsräson eigentlich Besitzräson, die Sicherung und Erweiterung der Besitzbasis der Herrschenden zum Hauptinhalt der Politik schlechthin geworden ist. Si- cherheitspolitik ist nicht mehr Verfassungspolitik, son- dern Machtpolitik. Der Staat als Haus-Staat; die Herrschaft zur „Selbstherrschaft“. Ständische Selbstverwaltung wird weggeformiert (Österreich, Preußen, Dänemark). Be- amte als „entpolitisierte Befehlsempfänger“ — helfen den „Haus-Eigenen“ (201) befriedigen, dies führt zur Bereicherung des Hauses wie umgekehrt zur kulturellen und ökonomischen Verarmung des Landes.

Die Habsburger stehen den Hohenzollern keineswegs nach. Die „Verneuerte Landes-Ordnung des Erb- Königreiches Böhmische“ von 1627, die den Böhmen aufoktroiert wurde, stellt eine der frühesten „Mani- festationen des europäischen Absolutismus“ dar. Die Habsburger versuchen das „Fürstentum des der Jesu- iten“ zu verirklichen, indem sie auch die Stände zu „Landeskinder“ herabdrücken. Die Vorstellung von Selbstherrschaft duldet kein Selbstbewußtsein der Un- tertanen. Unter Maria Theresia wird der Prozeß der „Ablösung ständischer Zutändigkeiten“ fortgesetzt, wiewohl gerade in Österreich das „libertäre Gemein- wesen potentiell leistungsfähiger (war) als das absolutis- sche Hauswesen“ (297).

Österreich hat diesen Vorgang mit dem Begriff der „So- zialdisziplinierung“ zu fassen versucht. Freilich, dieser Begriff kann wohl nur als eine vornehme Umschreibung eines System einer Diktatur verstanden werden, das von seinen Untertanen — als Preis der Vereinheitlichung — „blinden, unumschränkten, absoluten und unbeding- ten Gehorsam“ (173) erzwingt.

Aufklärung steht nun in keinem Widerspruch mit dem arbiträren System des Absolutismus, solange die Waffe der Aufklärer nur die „Feder“ ist. Aufklärung wird von Friedrich II. wie von Josef II. funktional zur Festigung absoluter Macht eingesetzt. Aufklärung hat nur instru- mentellen Charakter, wenn sie wie beim Pietismus machtabstabilisierend (243) wirkt oder die Depositions- erklärung der Kirche die eigene Hausmacht stärkt.

Gerade die Politik Friedrichs II. und Josefs II. läßt sich auf die Vorstellung des „Governments by Will“ reduzie- ren, einer Vorstellung also, die Politik als das Durchset- zen des subjektiven Willens versteht und sich nicht „um objektive Normen kümmern“ sollte (303).

So kommt Barudio zu dem Ergebnis, daß „der absolute Staat als Familienunternehmen für politische Emanzi- pation und Selbstverwirklichung des Individuums, Maß und Ziel des modernen Verfassungsstaates ist, nichts geleistet“ hat (384).

So stellt das Buch Barudio's nicht nur einen großarti- gen, gelungenen Entwurf dar, sondern ist in seinen kriti- schen Ansätzen ein sehr politisches Buch. H. Schuch

Das Schlagwort von der „Unregierbarkeit“ der Welt veranlaßt den St. Galler Wirtschaftshistoriker Theo- dor Leuenberger die „Vielschichtigkeit gesellschaftli- cher Lebenskonzepte in der entstehenden Weltgesell- schaft“ zu untersuchen.

**Theodor Leuenberger: Lebenskonzepte: brauchen wir veränderte Leitbilder? Edition Interfran Zürich 1981 (Texte und Thesen, Band 139: Sachgebiete: Kulturschock)**

Die gegenwärtige globale Krise, die durch „zunehmende Entkulturationsrisierung“ verschiedener Weltregionen, durch einen Verfall „internationaler Machthierarchien“ gekennzeichnet werden kann, führt zunächst zu einem „Kontrollverlust der Supermächte“, bietet aber „mit- teler und kleineren weltpolitischen Akteuren“ (23) eine neue Machtmacht. Da die „Gegengart keine stabile Ordnung“, sondern eine sich beschleunigende Abfolge ständiger, kumulativer Veränderungen (ist)“ (66), stellte Leuenberger eine „Konzeptuelle Europa“ (80) fest, das heißt, die Probleme werden „unter dem Ge- sichtspunkt der Stabilitäts-erhaltung“ (80) gesehen. Fle- xibilität aber auch „Sinn“ (Habermas) werden in einer solchen Gesellschaft zu einer knappen Ressource. Leu- enberger untersucht jene Ländergruppen, die die zu- künftige Weltinterdependenz mitbestimmen werden: Die USA, die OPEC-Länder, China, Japan, die NICs (Newly Industrialized Countries) die EG-Länder, die UdSSR und die COMECON Länder.

Kulturrhistoriker haben bisweilen versucht, die Folgen- wirkungen des Aufeinanderreffens zweier sich fremder und unbekannter Kulturen als eine Art von „Kulturschock“ zu beschreiben. „Kulturschock“ als Folge der Europäi- sierung der Welt, globale Industrialisierung, europäi- scher Kulturexport, Technologietransfer und anderes mehr. Leuenberger gelingt es nun, gleichsam diesen Kul- turschock für die Europäer zu beschreiben: nämlich Ja- pan! Wie anders soll man denn folgende Sätze inter- pretieren: „Zu Japanen Störken gehört der Gemeinschafts- geist. Die wichtigste Kraftquelle seit der Modernisierung ist das hohe Niveau von nationaler Übereinstimmung, von Solidarität und Kohäsion. (...) Japans heutige Macht hat auch mit seiner Aufnahmebereitschaft für Neues zu tun (...) „Wichtiger noch als seine Lernfä- higkeit ist seine Autonome Innovationsfähigkeit“ (52, 53). Bewunderung, Gefühle von Überlegenheit bzw. Unterlegenheit sind Aspekte des Kulturschocks.

Die destruktiven Wirkungen der europäischen Expan- sion sind schon teilweise untersucht und beschrieben worden. Die Japanische Expansion erleben wir täglich via Medien, wenn Dumpingpreise heimische Märkte ru- nieren. Aber, das hier erörtern zu wollen, führt schon weit über das Buch hinaus.

H. Sch.

